



LANDESPARTEITAG · 23. SEPTEMBER 2023

ANTRAGSBUCH

4

- ▶ **Konsensliste | Stand 19.09.2023**
- ▶ **Leitantrag „Berlin: Sozial, klimaneutral, innovativ und für alle bezahlbar“
in der Fassung der Antragskommission**
- ▶ **Voten über zurückgestellte Anträge**
- ▶ **Aktualisierte Anträge mit Fassung der Antragskommission**

Bereich	Antragsteller:in	Antragstitel	Votum	Konsens
Leitantrag	Landesvorstand	Antrag 02/II/2023 Berlin: Sozial, klimaneutral, innovativ und für alle bezahlbar	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Statuten- und Richtlinienänderungen	Abt. 01/07 Bellevue	Antrag 01/II/2023 Antrag zur Änderung des § 22 a (9) der ergänzenden statutarischen Bestimmungen des Landesverbandes Berlin zum Organisationsstatut der SPD	Überweisung Orgakomm	Konsens
Statuten- und Richtlinienänderungen	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 12/II/2023 Diskriminierung der AG Selbst Aktiv beenden – gleichberechtigtes Stimmrecht in den Gremien	Überweisung an Orgakomm und Statutenkommission	Konsens
Statuten- und Richtlinienänderungen	AG Selbst Aktiv Landesvorstand	Antrag 13/II/2023 Diskriminierung der AG Selbst Aktiv beenden – gleichberechtigtes Stimmrecht in den Gremien	Überweisung an Orgakomm und Statutenkommission	Konsens
Organisation	KDV Mitte	Antrag 18/II/2022 Kein Platz für Diskriminierung - Für starken Awareness überall!	Überweisung Orgakomm	Konsens
Organisation	KDV Mitte	Antrag 20/II/2022 Weg mit der Altersgrenze für die SPD-Mitgliedschaft!	Ablehnung (Dissens)	Dissens
Organisation	Jusos LDK	Antrag 21/II/2022 Für echte Parität in unserer Partei – FINTA-Quote von 50%!	Vertagung	Konsens
Organisation	Abt. 03/02 Französisch Buchholz (Pankow)	Antrag 05/II/2023 Beschlüsse des Landesparteitages respektieren	Ablehnung	Konsens
Organisation	KDV Treptow-Köpenick	Antrag 06/II/2023 Mitgliederentscheide für Koalitionsentscheidungen regelhaft durchführen	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Organisation	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 07/II/2023 Informierte Entscheidungsfindung sichern	erledigt durch Beschlusslage 05/I/2023	Konsens
Organisation	Jusos Landesvorstand	Antrag 08/II/2023 Zukunft geht nur mit der Partei! Für eine ernstgemeinte Erneuerung der SPD Berlin	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Organisation	Abt. 06/10 Dahlem (Steglitz-Zehlendorf)	Antrag 09/II/2023 Trennung Amt-Mandat - Kooptierung LV	Erledigt durch Beschlusslage	Konsens
Organisation	SPDqueer Berlin LDK	Antrag 10/II/2023 Geschlechterneutrale Toiletten in allen Räumlichkeiten der SPD Berlin	Überweisung an GLV und GKV	Konsens
Organisation	Abt. 08 Johannisthal/Niederschöneweide	Antrag 11/II/2023 Solidarität mit den ostdeutschen Landesverbänden der SPD	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Arbeit / Wirtschaft	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 15/II/2023 Vorwärts - und nicht vergessen: die Solidarität! Die SPD als Partei der guten Arbeit in die Zukunft führen	Annahme	Konsens
Arbeit / Wirtschaft	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 16/II/2023 Arbeit fortschrittlich gestalten – die 32-Stunden-Woche	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Arbeit / Wirtschaft	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 17/II/2023 Modellprojekt 32-Stunden-Woche	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Arbeit / Wirtschaft	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 18/II/2023 Mindestlohn auf 14 Euro anheben	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Arbeit / Wirtschaft	KDV Pankow	Antrag 19/II/2023 Für eine angemessene Mindestloohnerhöhung!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Arbeit / Wirtschaft	KDV Marzahn-Hellersdorf	Antrag 20/II/2023 Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung am sozialen Arbeitsmarkt - gleicher Anspruch auch für geflüchtete Menschen mit Bleiberecht	Annahme	Konsens
Arbeit / Wirtschaft	KDV Spandau	Antrag 21/II/2023 Schaffung rechtlicher Grundlagen für Modelle unbefristeter Qualifizierungsstellen im deutschen Hochschulsystem	Annahme in Fassung FA V	Konsens
Arbeit / Wirtschaft	KDV Spandau	Antrag 22/II/2023 Vereinheitlichung der Einstellungs Voraussetzungen in Hoch- und Fachhochschulen	Rücküberweisung an Antragssteller	Konsens
Arbeit / Wirtschaft	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 23/II/2023 Klimawandel und Berliner Wirtschaftsfördergesellschaften	Erledigt durch Leitantrag	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 303/II/2022 Heizkostenbeteiligung von Hauseigentümer*innen – für Mieter*innen und Klimaschutz	Erledigt durch Leitantrag	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	Abt. 10/06 (Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord)	Antrag 305/II/2022 Einlagensicherungsgesetz für Genossenschafts-Einlagen	Rücküberweisung an Antragssteller	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 321/II/2022 Wohnraumversorgung sozialverträglich und klimagerecht gestalten	Erledigt durch Leitantrag	Konsens

Bereich	Antragsteller:in	Antragstitel	Votum	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 25/I/2023 Umgehung der Mietpreisbremse als Geschäftsmodell – Möbliertes Wohnen regulieren!	Annahme	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	ASJ Landesvorstand	Antrag 25/II/2023 Bezahlbare Mieten und sozialer Wohnungsbau - Strategien für die landeseigenen Wohnungsunternehmen	Überweisung FA Soziale Stadt	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	FA IV - Kinder, Jugend, Familie	Antrag 26/II/2023 Jungen Menschen Wohnraum gewähren - bedingungslos und adäquat	Überweisung ASJ, FA VIII und FA IX	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	FA IV - Kinder, Jugend, Familie	Antrag 27/II/2023 Familien mit besonderen Herausforderungen entlasten - Angebote des Kurzzeitwohnens schaffen	Überweisung FA Soziale Stadt	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 28/II/2023 Sicheres Wohnen für queere Menschen in landeseigenen Wohnungen	erledigt	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	Abt. 06/10 Dahlem (Steglitz-Zehlendorf)	Antrag 29/II/2023 Wende auf dem Wohnungsmarkt – Für eine soziale Umsetzung der Vergesellschaftung des Wohnungsmarktes in Berlin	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	AG Selbst Aktiv Landesvorstand	Antrag 30/II/2023 Für Barrierefreiheit in denkmalgeschützten Gebäuden sorgen – bei Umbauten von Anfang an!	Annahme	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	Abt. 06/03	Antrag 31/II/2023 PPP und ÖÖP sind keine Wundermittel!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	KDV Reinickendorf	Antrag 32/II/2023 Öffentliche Förderung von Beratungsleistungen vor Ort für private Hausbesitzer zu Klimaschutzmaßnahmen	Erledigt durch Leitantrag	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	KDV Marzahn-Hellersdorf	Antrag 33/I/2023 Kein Verlust des Gewerbesteuerprivilegs bei Hauseigentümern als Energieproduzenten	Zurückgezogen	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 33/II/2023 Gebäudeenergiegesetz mit Augenmaß - - Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft ohne Überforderung der Bürgerinnen und Bürger	Erledigt durch Leitantrag	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	FA XII - Kulturpolitik	Antrag 34/II/2023 Stadtentwicklungsplan Kultur (StEP Kultur)	Überweisung FA VIII	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	KDV Mitte	Antrag 35/I/2023 Lasten von Eigenbedarfskündigungen gerechter verteilen	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	AG Migration und Vielfalt Landesvorstand	Antrag 35/II/2023 Anti-Rassismus als Tragende Säule der Stadtteilzentren!	Annahme	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	KDV Neukölln	Antrag 36/I/2023 Einführung eines Baulückenkatasters für Berlin	Rücküberweisung an Antragssteller	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	KDV Neukölln	Antrag 36/II/2023 Volksfesten einen angemessenen Platz in Berlin einräumen	Annahme	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	Jusos Landesvorstand	Antrag 37/II/2023 Eine grüne und offene Mitte für Berlin!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	KDV Treptow-Köpenick	Antrag 38/I/2023 Für mehr Raum für Kinder und Jugendliche bei der kooperativen Baulandentwicklung	Ablehnung	Konsens
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	AG Selbst Aktiv Landesvorstand	Antrag 108/I/2023 Denk-Mal barrierefrei – Denk mal an und für alle Menschen	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Bildung	KDV Spandau	Antrag 40/II/2023 Erhöhung der Grundfinanzierung deutscher Hochschulen	Zurücküberweisung an Antragssteller	Konsens

Bereich	Antragsteller:in	Antragstitel	Votum	Konsens
Bildung	KDV Spandau	Antrag 41/II/2023 Zweckgebundenheit von Hochschul-Fördermitteln in der Bundesrepublik Deutschland	Überweisung FA V	Konsens
Familie / Kinder / Jugend	Abt. 10/06 (Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord)	Antrag 80/II/2022 Elterngeld gerecht gestalten	Überweisung ASF und FA IV	Konsens
Familie / Kinder / Jugend	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 44/II/2023 Anpassung der Errechnung des Elterngeldes für finanzielle Unabhängigkeit der Frauen und gleichberechtigte Sorgearbeit	Annahme	Konsens
Familie / Kinder / Jugend	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 45/II/2023 Geschlechtergerechtigkeit bei Unterhaltszahlungen	Überweisung an ASJ	Konsens
Familie / Kinder / Jugend	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 46/II/2023 Kein Vaterschaftsurlaub - Für eine inklusive Partner*innenfreistellung	Erledigt durch 61/I/2023	Konsens
Familie / Kinder / Jugend	FA IV - Kinder, Jugend, Familie	Antrag 47/II/2023 Mehr Generationengerechtigkeit durch die Berliner Jugendstrategie	Annahme	Konsens
Familie / Kinder / Jugend	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 48/II/2023 Inklusive Formulare für alle Eltern: Schluss mit der Diskriminierung queerer Familien	Erledigt durch 109/I/2023	Konsens
Familie / Kinder / Jugend	KDV Pankow	Antrag 49/II/2023 Wickeltische in öffentlichen Gebäuden und in der Gastronomie gesetzlich garantieren	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Familie / Kinder / Jugend	FA IV - Kinder, Jugend, Familie	Antrag 50/II/2023 Psychosoziale Versorgungsstruktur	Annahme	Konsens
Familie / Kinder / Jugend	KDV Spandau	Antrag 51/II/2023 Elternhandbuch in Berliner Schulen	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Europa	Jusos LDK	Antrag 84/II/2022 Zwischen „Solidaritätsmechanismus“ und systematischer Haft an den europäischen Außengrenzen	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Friedenspolitik	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 54/II/2023 Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine	Erledigt durch 67/I/2023	Konsens
Friedenspolitik	Abt. 06/10 Dahlem (Steglitz-Zehlendorf)	Antrag 55/II/2023 Die dritte Phase der Entspannungspolitik: Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit	Erledigt durch 67/I/2023	Konsens
Friedenspolitik	KDV Neukölln	Antrag 66/II/2023 Sozialdemokratische Friedenspolitik: Außen- und Sicherheitspolitik gestalten	Erledigt durch 67/I/2023	Konsens
Friedenspolitik	KDV Mitte	Antrag 67/II/2023 Sozialdemokratische Friedenspolitik: Außen- und Sicherheitspolitik gestalten	Annahme in der Fassung der AK	Offen
Friedenspolitik	KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 68/II/2023 Die Verteidigung unserer östlichen Nachbarn nachhaltig unterstützen!	Erledigt durch 67/I/2023	Konsens
Internationales	SPDqueer Berlin LDK	Antrag 57/II/2023 Queere Rechte weltweit stärken - Queerpolitik auch in Städtepartnerschaften einbeziehen	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Internationales	FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Antrag 58/II/2023 Für eine parteiübergreifende Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik jetzt!	Erledigt durch 67/I/2023	Konsens
Geflüchteten-/ Asylpolitik	ASJ Landesvorstand	Antrag 59/II/2023 Keine Festung Europa - Das EU-Asylrecht darf nicht zum Nachteil der Schutzsuchenden geschwächt werden!	Erledigt durch 60/II/2023	Konsens
Geflüchteten-/ Asylpolitik	FA I – Internationale Politik, Frieden und Entwicklung + AG Migration und Vielfalt Landesvorstand	Antrag 60/II/2023 Keine Festung Europa - Das EU-Asylrecht darf nicht zum Nachteil der Schutzsuchenden geschwächt werden!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Geflüchteten-/ Asylpolitik	SPDqueer LDK + Juso Landesvorstand	Antrag 61/II/2023 Keine Festung Europa - Das EU-Asylrecht darf nicht zum Nachteil der Schutzsuchenden abgeschwächt werden	Erledigt durch 60/II/2023	Konsens
Geflüchteten-/ Asylpolitik	KDV Pankow + AG Migration und Vielfalt LV	Antrag 62/II/2023 Irrweg der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems beenden	Erledigt durch 60/II/2023	Konsens

Bereich	Antragsteller:in	Antragstitel	Votum	Konsens
Geflüchteten-/ Asylpolitik	AG Migration und Vielfalt Landesvorstand	Antrag 63/II/2023 Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte im Europäischen Asylsystem verteidigen	Erledigt durch 60/II/2023	Konsens
Geflüchteten-/ Asylpolitik	AG Migration und Vielfalt Landesvorstand	Antrag 64/II/2023 Keine Aufweichung des Rechtsstaatsprinzips und Abkehr von der Menschlichkeit	Annahme	Konsens
Geflüchteten-/ Asylpolitik	Abt. 06/10 Dahlem (Steglitz-Zehlendorf)	Antrag 65/II/2023 Menschenwürdige Bedingungen für Menschen auf der Flucht sichern – Verschärfung des Asylrechts verhindern	Erledigt durch 60/II/2023	Konsens
Geflüchteten-/ Asylpolitik	KDV Pankow	Antrag 66/II/2023 Humanitären Schutz für russische Kriegsdienstverweigerer gewährleisten	Annahme	Konsens
Geflüchteten-/ Asylpolitik	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 67/II/2023 Queer Refugees Welcome! Für eine Reform der Geflüchtetenpolitik	Erledigt durch Beschlusslage (77/I/2023)	Konsens
Finanzen	KDV Spandau	Antrag 69/II/2023 Senkung des Umsatzsteuersatzes für Hygieneartikel zur Körperpflege	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Finanzen	KDV Marzahn-Hellersdorf	Antrag 70/II/2023 Steuerpflicht nach Staatsbürgerschaft, nicht nach Wohnsitz	Überweisung ASJ	Konsens
Finanzen	FA II - EU-Angelegenheiten	Antrag 71/II/2023 Europäische Steuerzahlenden vor Finanzspekulationen schützen. Trennbankensystem EU-weit einführen	Annahme	Konsens
Finanzen	KDV Spandau	Antrag 72/II/2023 Verschärfung von Meldepflichten bei Aktienhandel	Erledigt durch Beschlusslage	Konsens
Gesundheit	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 74/II/2023 Herstellung, Import, sowie Verkauf von Einweg-Vapes verbieten	Erledigt durch Beschlusslage	Konsens
Gesundheit	KDV Spandau	Antrag 75/II/2023 Verbot von E-Einwegzigaretten	Erledigt durch Beschlusslage	Konsens
Gesundheit	KDV Marzahn-Hellersdorf	Antrag 76/II/2023 Maßnahmen im WETTrennen gegen Antibiotikaresistenzen	Erledigt durch Beschlusslage	Konsens
Gesundheit	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 77/II/2023 Herzsport in Vereinen stärken: Faire Abrechnungen durch die Krankenkassen ermöglichen	Annahme	Konsens
Gesundheit	ASG Berlin	Antrag 78/II/2023 Krankheit und Tod gehören zum Leben – Pallativ- und Hospizversorgung stärken!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Gesundheit	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 79/II/2023 Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung für Soldat:innenfamilien - Erweiterung des Beihilferechts	Annahme	Konsens
Gesundheit	SPDqueer Berlin Landesvorstand	Antrag 96/II/2023 Versorgung sichern – Zugang zu Misoprostol wiederherstellen!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Gesundheit	KDV Marzahn-Hellersdorf	Antrag 98/II/2023 Maßnahmen im WETTrennen gegen Antibiotikaresistenzen	Erledigt durch Beschlusslage	Konsens
Gesundheit	Jusos LDK	Antrag 101/I/2023 Kein catchiger Titel, aber dafür catchige Krankheiten: für Testmöglichkeiten von STIs	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Gesundheit	KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 103/I/2023 Änderung des Patientenfürsprecher_innengesetzes	zurückgezogen	Konsens
Gleichstellung / Teilhabe	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 81/II/2023 Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes: Effektiver Schutz vor Diskriminierung durch öffentliche Stellen des Bundes	Annahme	Konsens
Gleichstellung / Teilhabe	AG Migration und Vielfalt Landesvorstand	Antrag 82/II/2023 Reform des AGG: Den Klageweg für Betroffene und Antidiskriminierungsverbände erleichtern	Annahme	Konsens
Gleichstellung / Teilhabe	AG Selbst Aktiv Landesvorstand	Antrag 83/II/2023 Inklusionstaxis in Berlin Menschen mit Behinderungen direkt zugänglich machen	Votum folgt am 23.09.2023	offen
Gleichstellung / Teilhabe	AG Selbst Aktiv Landesvorstand	Antrag 84/II/2023 Gewährleistung eines umfassenden Gewaltschutzes und Gründung einer „Koordinierungsstelle Gewaltschutz inklusiv“	Annahme	Konsens
Gleichstellung / Teilhabe	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 85/II/2023 Sprachliche Gleichstellung aller Geschlechter in Berlin	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Gleichstellung / Teilhabe	SPDqueer Berlin LDK	Antrag 86/II/2023 Flagge zeigen ohne Kompromisse	Annahme in der Fassung der AK	Konsens

Bereich	Antragsteller:in	Antragstitel	Votum	Konsens
Gleichstellung / Teilhabe	AG 60plus Landesvorstand	Antrag 87/II/2023 Behindertengerechte Autobahntoiletten den erforderlichen Standards anpassen	Annahme	Konsens
Gleichstellung / Teilhabe	KDV Reinickendorf	Antrag 88/II/2023 Beratungsstellen für Betroffene transfeindlicher Gewalt	Überweisung an SPDqueer	Konsens
Gegen Rechts	Jusos Landesvorstand	Antrag 90/II/2023 Demokratie schützen - Finanzierung für politische Bildung und Teilhabe sichern!	Annahme	Konsens
Gegen Rechts	Jusos LDK	Antrag 114/I/2023 Nazis in Zivil? Nein, danke!	Rücküberweisung an Antragssteller	Konsens
Inneres	Abt. 04/98 Wilmersdorf-Nord	Antrag 92/II/2023 Keine Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung!	Annahme	Konsens
Inneres / Recht	KDV Neukölln	Antrag 94/II/2023 Vertrauen statt Verurteilung – Zeugnisverweigerungsrecht auch für Sozialarbeiter*innen!	Überweisung ASJ	Konsens
Inneres / Recht	FA IV - Kinder, Jugend, Familie	Antrag 95/II/2023 Zeugnisverweigerungsrecht für Mitarbeiter*innen der Sozialen Arbeit	Überweisung ASJ	Konsens
Inneres / Recht	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 96/II/2023 Raum für politische Arbeit schaffen!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Inneres / Recht	KDV Reinickendorf	Antrag 97/II/2023 Die Leistung von Bürgerdeputierten durch angemessenere Entschädigung würdigen	Überweisung an AH-Fraktion	Konsens
Inneres / Recht	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 98/II/2023 Fusion der Länder Berlin und Brandenburg 2026 realisieren	Überweisung: Als Material an Landesvorstand	Konsens
Inneres / Recht	SPDqueer Berlin LDK	Antrag 99/II/2023 Sicher und zu Hause fühlen: Sozialdemokratische Antworten für queere Sicherheit in unserer Regenbogenhauptstadt	Annahme	Konsens
Inneres / Recht	AG Migration und Vielfalt Landesvorstand	Antrag 100/II/2023 Gewährleistung erfolgreicher Einbürgerungen durch qualifizierte Beratungsmöglichkeiten	Annahme	Konsens
Digital / Medien / Datenschutz	Forum Netzpolitik	Antrag 101/II/2023 Europäische Biometriedaten nicht an US-Behörden weitergeben	Annahme	Konsens
Digital / Medien / Datenschutz	Forum Netzpolitik	Antrag 102/II/2023 Parlamentarische Daten als Open Data	Annahme	Konsens
Digital / Medien / Datenschutz	Forum Netzpolitik	Antrag 103/II/2023 Ein starkes Recht auf Verschlüsselung zum Schutz der Bürger:innen und sensibler Unternehmensdaten	Überweisung ASJ + FA III	Konsens
Digital / Medien / Datenschutz	Forum Netzpolitik	Antrag 104/II/2023 Verantwortungsvoller Umgang mit Blockchain im öffentlichen Sektor	Annahme	Konsens
Digital / Medien / Datenschutz	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 105/II/2023 Solidarität mit der kritischen Presse	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Digital / Medien / Datenschutz	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 106/II/2023 Beautyfilter kennzeichnen	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Digital / Medien / Datenschutz	Forum Netzpolitik	Antrag 138/I/2023 Gleicher Datenschutz für alle in Deutschland!	Rücküberweisung an Antragssteller	Konsens
Kultur	KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 156/I/2022 Sicherung der Kulturfinanzierung in Berlin	Überweisung an AH-Fraktion	Konsens
Kultur	Jusos LDK	Antrag 174/II/2022 Für Medien ohne Kapitalismus: Öffentlich-rechtlichen Rundfunk zukunftssicher und gerecht finanzieren	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Kultur	SPDqueer Berlin LDK	Antrag 108/II/2023 Clubkultur darf kein Luxusgut werden! Für eine differenzierte Preisgestaltung in Berliner Clubs	Annahme	Konsens
Kultur	SPDqueer Berlin LDK	Antrag 109/II/2023 Queere Geschichte bewahren und für alle zugänglich machen: ein zentrales queeres Archiv für Berlin aufbauen	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Kultur	Jusos LDK	Antrag 142/I/2023 Ein Kulturregister für Berlin	Vertagung LPT I/2024	Konsens
Mobilität	KDV Neukölln	Antrag 110/II/2023 Semesterticket und Auszubildenden-Ticket der bundesweiten ÖPNV-Kostenreduzierung gerecht, sozialverträglich und räumlich anpassen	Annahme in Fassung des LV	Konsens

Bereich	Antragsteller:in	Antragstitel	Votum	Konsens
Mobilität	KDV Spandau	Antrag 111/II/2023 Kostenlose Fahrradmitnahme für alle Azubis	Erledigt durch 110/II/2023	Konsens
Mobilität	KDV Marzahn-Hellersdorf	Antrag 112/II/2023 Videoüberwachung für die Fahrradstellflächen an den U- und S-Bahnhöfen	Überweisung FA III, FA XI und Forum Netzpolitik	Konsens
Mobilität	AG Selbst Aktiv Landesvorstand	Antrag 113/II/2023 Dringendst zusätzliche Finanzmittel für den besonderen Fahrdienst im Doppelhaushalt 2024/2025 einsetzen	Überweisung an AH-Fraktion	Konsens
Mobilität	KDV Pankow	Antrag 114/II/2023 Sanierung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Berlin	Erledigt durch Leitantrag	Konsens
Mobilität	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 115/II/2023 Sanierung priorisieren, Autobahn-Neubau stoppen	Ablehnung	Konsens
Mobilität	KDV Pankow	Antrag 116/II/2023 Grenzenloser Bahnverkehr in Europa	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Mobilität	KDV Marzahn-Hellersdorf	Antrag 117/II/2023 Zweiter Zugang zum S-Bahnhof Mahlsdorf	Erledigt durch Beschlusslage 150/I/2023	Konsens
Mobilität	KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 146/I/2023 Verkehrswende in Berlin – Schienen-Kapazität der Stadtbahn ausbauen!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Mobilität	KDV Pankow	Antrag 147/I/2023 Beschleunigung des Straßenbahnverkehrs – Optimierung bestehender Systeme	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Mobilität	KDV Pankow	Antrag 148/I/2023 Berlins Infrastruktur voranbringen – bessere U-Bahnerschließung der Ostbezirke realisieren	Erledigt durch 147	Konsens
Mobilität	KDV Reinickendorf	Antrag 189/I/2023 BER-Taxis die Rückbeförderung ermöglichen	Erledigt durch Beschlusslage	Konsens
Umwelt / Energie/ Tierschutz	FA X - Natur, Energie, Umweltschutz	Antrag 184/I/2022 Mehr naturverträgliches und klimaresilientes Bauen in Berlin	Überweisung an AH-Fraktion	Konsens
Umwelt / Energie/ Tierschutz	Jusos LDK	Antrag 202/II/2022 Wasser schützen!	Erledigt durch Leitantrag	Konsens
Umwelt / Energie/ Tierschutz	KDV Reinickendorf	Antrag 205/II/2022 Berlin braucht eine neue Waldbaurichtlinie – für einen klimafesten Wald	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Umwelt / Energie/ Tierschutz	Jusos LDK	Antrag 207/II/2022 Jenseits von Wasserstoffträumen – Endverbraucher*innen aller Länder, elektrifiziert euch!	Überweisung an die BT-Landesgruppe als Material	Konsens
Umwelt / Energie/ Tierschutz	Jusos LDK	Antrag 211/II/2022 Clubkultur auch für das Klima	Zurücküberweisung an Antragssteller	Konsens
Umwelt / Energie/ Tierschutz	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 118/II/2023 Berlin bis spätestens 2040 klimaneutral machen	Erledigt durch Leitantrag	Konsens
Umwelt / Energie/ Tierschutz	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 119/II/2023 Für eine konsequente, sozial gerechte und gut organisierte Klimaanpassung	Überweisung FA X	Konsens
Umwelt / Energie/ Tierschutz	FA II - EU-Angelegenheiten + FA X Natur, Energie, Umweltschutz	Antrag 120/II/2023 Klimaschutz global gestalten. Für die Einführung eines globalen CO2-Mindestpreises	Votum folgt am 23.09.2023	offen
Umwelt / Energie/ Tierschutz	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 121/II/2023 Für Bewohner*innen in Großraumsiedlungen Teilhabe am Sondervermögen Klimaschutz	erledigt durch Leitantrag	Konsens
Umwelt / Energie/ Tierschutz	KDV Spandau	Antrag 122/II/2023 Ein europaweites Pfandflaschensystem	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Umwelt / Energie/ Tierschutz	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 159/I/2023 Bürgerenergiegesellschaften rechtlich entfesseln	Ablehnung	Konsens
Soziales	Jusos LDK	Antrag 217/II/2022 Coronafolgen bekämpfen – Perspektiven für junge Menschen schaffen	Vertagung	Konsens
Soziales	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 124/II/2023 Vollständige Angleichung der Kindererziehungszeiten in der Rente endlich durchsetzen	Annahme	Konsens
Soziales	KDV Spandau	Antrag 125/II/2023 „Peri-Box“ an Schulen und beim Sozialamt aufstellen	Erledigt durch Beschlusslage	Konsens
Soziales	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 126/II/2023 Finanzierung der 24/7 Frauen-Notunterkunft am Halleschen Ufer dauerhaft sichern	Überweisung an AH-Fraktion	Konsens
Soziales	KDV Pankow	Antrag 127/II/2023 Sonnencreme für alle	Annahme in der Fassung der AK	Konsens

Bereich	Antragsteller:in	Antragstitel	Votum	Konsens
Wahlen	KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 128/II/2023 Wahlwerbung für politische Parteien in Wahlkampfzeiten	Annahme in der Fassung der AK	Konsens
Wahlen	FA IV - Kinder, Jugend, Familie	Antrag 129/II/2023 Wahlrecht mit 16 umsetzen	Erledigt durch tätiges Handeln	Konsens
Wahlen	KDV Marzahn-Hellersdorf	Antrag 130/II/2023 Wahlplakate nicht an Straßenlaternen	Ablehnung	Konsens

Antrag 02/II/2023**Landesvorstand****Der Landesvorstand möge beschließen:****Berlin: Sozial, klimaneutral, innovativ und für alle bezahlbar**

1 Der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel
2 ist die große Jahrhundertaufgabe, vor der wir stehen –
3 weltweit und hier in Europa. Es geht um den Erhalt un-
4 serer natürlichen Lebensgrundlagen. Klimaschutz ist des-
5 halb Kernaufgabe der Sozialdemokratie.
6 Die Geschwindigkeit und die Auswirkungen des Klima-
7 wandels zeigen, wie wichtig es ist, die gesamte Trans-
8 formation zu beschleunigen. Dazu bietet der von Bun-
9 deskanzler Olaf Scholz angestoßene Deutschland-Pakt die
10 wesentliche Grundlage. Die SPD Berlin unterstützt daher
11 den Deutschland-Pakt zur Beschleunigung der Transforma-
12 tion in eine klimaneutrale Gesellschaft. Die Amtsinha-
13 ber*innen und Mandatsträger*innen der SPD Berlin wer-
14 den aufgefordert, die Beteiligung ihrer jeweiligen Ebene
15 am Deutschland-Pakt einzufordern und zu fördern, sowie
16 seine Realisierung im Sinne einer nachhaltigen und insbe-
17 sondere sozial gerechten Entwicklung voranzutreiben.
18 Als große europäische Metropole und Deutschlands
19 Hauptstadt muss Berlin dabei auch Verantwortung über-
20 nehmen. Deshalb haben wir uns vorgenommen, Berlin
21 möglichst vor 2040 klimaneutral zu machen. Das Ziel
22 muss sein, die Emission von Treibhausgasen so schnell wie
23 möglich deutlich zu reduzieren.
24 Wir wollen zeigen, dass wir Klimaschutz sozial gestalten
25 können. Fortschritt wagen und ökologische Zeitenwen-
26 de heißt, ein gesellschaftliches Drehmoment herzustellen,
27 das uns den Weg in ein besseres, gesünderes, so-
28 zial gerechteres und ökologisch nachhaltiges Leben öff-
29 net. Die zentrale Generationenaufgabe des Klimaschutzes
30 darf nicht zu der Ungerechtigkeit führen, dass gleichzeitig
31 die Konzerngewinne und die Lebenshaltungskosten der
32 Menschen explodieren. Dazu gehört für uns auch, weiter-
33 hin Energiearmut und Energiesperren zu verhindern. Die
34 Energiewende darf nicht an der sozialen Frage scheitern
35 und umgekehrt. Denn Klimaschutz und soziale Gerechtig-
36 keit gehen nur zusammen. Die SPD muss dabei klare Ori-
37 entierung bieten – die Klimaschutzpolitik ist eine Grund-
38 satzfrage der sozialen Gerechtigkeit. Wir regen deshalb
39 an, das Grundsatzprogramm der SPD zu überarbeiten.
40 Die Klimaziele sind nur durch eine hohe Akzeptanz der Be-
41 völkerung und mit einem Dreiklang aus finanzieller För-
42 derung, Anreizen und stärkerer Regulierung erreichbar.
43 Berlin soll schnell eine klimaneutrale und klimaresiliente
44 Stadt werden und dabei für alle bezahlbar bleiben. Als So-
45 zialdemokratie sehen wir uns in der zentralen Verantwor-
46 tung, die Mobilitätswende, die Transformationsprozesse
47 in der Arbeitswelt und in der Wirtschaft sowie in den an-
48 deren zentralen Lebensbereichen so zu gestalten, dass Kli-

49 Klimaschutz und soziale Absicherung als gemeinsame Ziele
50 gedacht und umgesetzt werden. Wir wollen den Wohlstand
51 in Berlin wahren und den sozialen Frieden sichern.
52 Um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist entschlossenes
53 Handeln in vielen Bereichen erforderlich. Wir müssen
54 Berlins Abhängigkeit von fossiler Energie schnellstmöglich
55 überwinden, die Wärmewende entschlossen angehen, den
56 Gebäudesektor energetisch ertüchtigen und die Mobilitätswende
57 voranbringen. Und wir müssen unsere Stadt an ein sich veränderndes
58 Klima – mit höheren Temperaturen, weniger Niederschlag und extremeren
59 Wetterlagen – anpassen. Das alles erfordert hohe Investitionen.
60 Die daraus entstehenden Kosten müssen gerecht und nach Leistungsfähigkeit
61 verteilt werden. Sie dürfen nicht überwiegend auf Mieter*innen und
62 Verbraucher*innen abgewälzt werden. Der Reichtum unserer
63 Industriegesellschaft basiert zu großen Teilen auch auf der Freisetzung
64 von Klimagasen. Es ist folglich nur gerecht, wenn die Verursacher*innen
65 auch zur Bewältigung der entstandenen und entstehenden Folgen
66 herangezogen werden.
67 Die Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende
68 betreffen insbesondere auch die Industrie, die sich in einem umfangreichen
69 Transformationsprozess befindet. Nur gemeinsam mit einer nachhaltigen
70 Industrie kann das Erreichen der Klimaschutzziele und die Energiewende
71 gelingen, der Industriestandort Deutschland erhalten und somit der
72 Wohlstand und gute Arbeitsplätze gesichert werden.
73 Die Krisen der letzten Jahre, vor allem aber der russische
74 Angriffskrieg auf die Ukraine haben den Druck auf die Energiepreise
75 erhöht. Das betrifft besonders die energieintensive verarbeitende
76 Industrie, die nicht nur auf verlässliche und bezahlbare Energie
77 angewiesen ist, sondern auch den Weg zu einer CO₂-neutralen
78 Produktion z.B. durch Einführung intelligenter und effizienter
79 Maßnahmen zur Verringerung des Prozessenergieverbrauchs,
80 zügiger angehen muss. Wir werden die Berliner Wirtschaftsakteure
81 – sowohl im Handwerk als auch in der Industrie – bei der
82 notwendigen Transformation unterstützen und damit qualifizierte
83 Arbeitsplätze und unseren zukünftigen Wohlstand sichern. In
84 diesem Prozess werden wir die Gewerkschaften eng einbinden
85 und bauen auf Instrumente der Mitbestimmung in den Betrieben.
86 Klimaschutz ist Teil der Daseinsvorsorge und darf nicht finanziell
87 schwächer gestellte Bürger*innen erheblich belasten. Beim
88 Klimaschutz müssen wir die Menschen miteinnehmen, ihre Sorgen
89 und möglichen Ängste ernst nehmen und ihnen ihre Zukunftschancen
90 aufzeigen. Klimaschutz begreifen wir auch als Chance und wollen
91 die Berliner* dafür gewinnen. Energiekosten für Verbraucher*innen
92 können langfristig sinken, zukunftsfeste und sichere
93 Arbeitsplätze entstehen und können damit auch für einen
94 wachsenden Wohlstand sorgen. Zeitgleich ist es

102 für uns essenziell, dass Klimaschutzmaßnahmen soziale
103 Missstände nicht entstehen lassen oder bestehende Miss-
104 stände verschärfen.

105 Wir verstehen Klimaschutz als größte soziale Aufgabe un-
106 serer Zeit. Die Ärmsten der Armen leiden am meisten un-
107 ter den Folgen der Klimakrise und werden künftig noch
108 stärker leiden. Die Kosten des Klimaschutzes müssen so
109 verteilt werden, dass die, die bereits wenig haben, nicht
110 mehr bezahlen. Staatliche Förderungen müssen da an-
111 kommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Es
112 kann und muss uns immer um sozial gerechten Klima-
113 schutz gehen. Der Klimaschutz ist die Gerechtigkeitsfrage
114 unserer Zeit.

115

116 **Sondervermögen für Investitionen in Klimaschutz, Resili-** 117 **enz und Transformation**

118

119 Mit dem vereinbarten Sondervermögen „Klimaschutz, Re-
120 silienz und Transformation“ schaffen wir die finanziellen
121 Möglichkeiten, die notwendigen Investitionen zu stem-
122 men, damit Berlins Weg zur klimaneutralen Stadt be-
123 schleunigt werden kann. Zunächst können über das Son-
124 dervermögen bis zu fünf Milliarden Euro aufgenommen
125 werden. Nach einer Evaluation Ende 2024 können weite-
126 re bis zu fünf Milliarden Euro dem Sondervermögen zuge-
127 führt werden. Damit stehen bis zu zehn Milliarden Euro
128 zur Verfügung. Die eingesetzten öffentlichen Mittel wer-
129 den eine Hebelwirkung entfalten und so weitere private
130 Investitionen in Klimaschutz und Transformation generie-
131 ren. Das Sondervermögen ist maßgeblich von der SPD vor-
132 angetrieben worden. Es ist in seiner Struktur und Höhe
133 bundesweit einmalig und beispielgebend. Berlin kann so
134 zur Vorreiterin der urbanen Klimawende werden.

135 Mit dem Sondervermögen soll die Abhängigkeit von fos-
136 silen Energieträgern schnellstmöglich überwunden, Ener-
137 gie eingespart, die Transformation der Energieversorgung
138 auf CO₂-neutrale Energiequellen beschleunigt und die
139 Infrastruktur der Daseinsvorsorge resilienter aufgestellt
140 werden. Die Maßnahmen, die über das Sondervermögen
141 finanziert werden, sollen sich auf die Handlungsfelder Ge-
142 bäudesektor, Energieerzeugung und -versorgung, Mobi-
143 lität sowie Transformation der Wirtschaft konzentrieren.
144 Außerdem wollen wir das Sondervermögen nutzen, um
145 Berlins Klimaresilienz zu erhöhen und Klimafolgenanpas-
146 sungen vorzunehmen. Neben Zuschüssen wollen wir auch
147 das Angebot von Krediten und Bürgschaften prüfen, die
148 helfen, eine kostengünstige Quartiersversorgung mit er-
149 neuerbaren Energien aufzubauen.

150 Als SPD möchten wir die Schwerpunkte beim Sonderver-
151 mögen auf die öffentliche Daseinsvorsorge legen, die ei-
152 nen erheblichen Beitrag leisten kann, Berlin möglichst
153 schnell klimaneutral zu machen. Das Sondervermögen
154 ist zur Finanzierung neuer und zusätzlicher Klimaschutz-

155 maßnahmen zu nutzen. Eine Finanzierung bereits geplan-
156 ter Klimaschutzmaßnahmen durch das Sondervermögen,
157 um den regulären Haushalt zu entlasten, lehnen wir ab.
158 Wir sind davon überzeugt: Ein beschleunigtes Erreichen
159 der Klimaziele rechtfertigt eine Kreditaufnahme
160 über ein Sondervermögen, denn die Klimakrise ist eine au-
161 ßergewöhnliche Notsituation. Der notwendige Kampf ge-
162 gen den Klimawandel darf nicht zulasten des Sozialstaats
163 gehen. Klimaschutz ist auch eine Verteilungsfrage, denn
164 die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung sind ge-
165 meinsam für so viel Treibhausgasausstoß verantwortlich
166 wie die ärmste Hälfte der Bevölkerung.

167

168 **Emissionsfreie Fernwärme - dafür holen wir die Wärme**
169 **zurück!**

170

171 Die kommunale Wärmeplanung, die wir bis 2026 auf den
172 Weg bringen wollen, wird für uns entscheidend sein, um
173 die Klimaneutralität sozialverträglich erreichen zu kön-
174 nen. Die Wärmeplanung wird gemeinsam mit den Trägern
175 der Infrastruktur erstellt. Aus der Wärmeplanung wird klar
176 hervorgehen, in welchen Quartieren der Stadt langfristig
177 welche Arten der Wärmeversorgung möglich sein werden.
178 Damit wollen wir den Berliner*innen mehr Klarheit und
179 Sicherheit bei den zukünftigen Möglichkeiten ihrer Wär-
180 meversorgung geben.

181 Von den denkbaren Optionen zur Wärmeversorgung ha-
182 ben für uns CO₂-freie Fern- und Nahwärmenetze Priori-
183 tät. Die Primärenergie für die Wärmenetze wird vorran-
184 gig aus überschüssigem Windstrom, Geothermie, Groß-
185 wärmepumpen, Flusswärme, Abwasserwärme und indus-
186 trieller Abwärme kommen. Auch die Wärme aus Biomas-
187 se und Müllverbrennung wird genutzt, auch wenn diese
188 langfristig weniger zur Verfügung stehen werden.

189 Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Land Berlin
190 gemeinsam mit starken industriellen Partnern das Fern-
191 wärmenetz inklusive der Wärmekraftwerke erwirbt und
192 mindestens die Mehrheit kontrolliert: Wir holen die Wär-
193 me nach Hause! Ziel ist es, den Anteil erneuerbarer En-
194 ergien in der Fernwärmeversorgung schnell zu erhöhen
195 und deutlich vor 2045 eine emissionsfreie Fernwärme-
196 versorgung zu erreichen. Um die Anschlussquote an die
197 Fernwärme zu erhöhen, wollen wir Förderprogramme des
198 Bundes für Betreiber konsequent nutzen und die Ein-
199 führung von Landesförderungen prüfen. Die Fernwärme
200 muss auch für die Verbraucher*innen attraktiv sein und
201 faire Preise bieten.

202 Wir fordern auch einen mehrheitlichen Einstieg des Lan-
203 des Berlin bei der GASAG, um eine schnelle Dekarboni-
204 sierung politisch steuern und das Gasnetz z.B. für ein
205 Wasserstoffleitungssystem zu ertüchtigen. Auch die Nut-
206 zer*innen des Berliner Gasnetzes erhalten mit der kom-
207 munalen Wärmeplanung Verlässlichkeit und Planungssi-

208 cherheit. Aus unserer Sicht ist dies aus der Rolle des (Mit-
209)Eigentümers am besten zu gewährleisten.

210 Die Reform des Gebäudeenergiegesetzes war trotz der
211 stürmischen Entstehung und der notwendigen politi-
212 schen Kompromisse ein bedeutender Schritt für die Wär-
213 meweende in Deutschland. Die Kappung der Umlage für
214 den Einbau von neuen Heizungen auf 50 Cent pro Qua-
215 dratmeter ist ein wichtiger sozialdemokratischer Erfolg,
216 der zeigt, wie sozial gerechte Klimaschutzpolitik funk-
217 tionieren kann. Als Mieter*innen-Stadt mit einem aufge-
218 heizten Mietmarkt ist dies gerade für Berlin von zentra-
219 ler Bedeutung. Daher müssen wir, über die Bundesrege-
220 lung hinausgehend, Mieter*innen vor hohen Energiekos-
221 ten schützen. Heizungen, die zwar klimaneutral sein kön-
222 nen, nicht jedoch energieeffizient sind, belasten einseitig
223 Mieter*innen. Daher setzen wir uns für ein Verbot erwie-
224 senermaßen ineffizienter Heizsysteme ein. Stromdirekt-
225 heizungen sollen zukünftig nur noch für Häuser im Passiv-
226 hausstandard mit begrenzter, niedriger Leistung geneh-
227 migt werden.

228

229 **Gebäude sanieren - sozial gerecht**

230

231 Der Gebäudesektor ist für einen Großteil der Emissionen
232 in unserer Stadt verantwortlich. Daher muss der Gebäude-
233 sektor einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende er-
234 bringen, da sonst Klimaneutralität kaum erreichbar ist.
235 Dies gilt auch für den öffentlichen Gebäudebestand. Die
236 durch den russischen Angriffskrieg verursachten hohen
237 Energiekosten machen Energieeinsparungen zusätzlich
238 notwendig. Deshalb muss ein Schwerpunkt der über das
239 Sondervermögen finanzierten Maßnahmen im Gebäude-
240 sektor liegen, zum Beispiel bei den Gebäuden in Landes-
241 besitz. Hier ist neben der Dekarbonisierung der Wärme-
242 versorgung die Senkung des Wärmebedarfs ein Schwer-
243 punkt. Darüber hinaus wird die Kühlung von Gebäuden
244 eine zunehmende Herausforderung darstellen. Abwärme
245 muss effizient genutzt werden. Diese Maßnahmen müs-
246 sen sozialverträglich und praxistauglich gestaltet werden.
247 Wir setzen uns für eine sozial gerechte Wärmewende ein,
248 die sicherstellt, dass niemand aufgrund finanzieller Be-
249 lastungen von den notwendigen Maßnahmen zur Dekar-
250 bonisierung der Wärmeversorgung ausgeschlossen wird.
251 Deswegen muss die Wärmewende von umfassenden För-
252 derprogrammen sowie klaren und fairen Härtefallrege-
253 lungen begleitet werden, die insbesondere einkommens-
254 schwächere Haushalte entlasten. Zudem setzen wir uns
255 für die Förderung von genossenschaftlichen und gemein-
256 wohlorientierten Ansätzen ein, die die Umsetzung von
257 Wärmeprojekten auf lokaler Ebene erleichtern. Diese Mo-
258 delle können zur gerechten Kostenverteilung und Stär-
259 kung von Nachbarschaften beitragen.

260 Eine höhere Rate energetischer Gebäudesanierung ist un-

261 umgänglich und nur mit dem Dreiklang aus Anreizen, För-
262 derung und gesetzlicher Regulierung erreichbar. Deswe-
263 gen sollte zuerst die Sanierung von Quartieren mit einem
264 hohen Anteil finanzschwacher Haushalte im Vordergrund
265 stehen. Bei denkmalgeschützten Gebäuden muss in je-
266 dem Einzelfall ein Weg für eine klimaneutrale und wirt-
267 schaftlich vernünftige Wärmeversorgung gefunden wer-
268 den. Um Emissionen zu sparen, werden wir vermehrt auf
269 Bestandsgebäude für neue Nutzungen des Wohnens, der
270 Wissenschaft und Forschung oder der Wirtschaft zurück-
271 greifen. Um dies zu ermöglichen, werden wir die Regelun-
272 gen des Denkmalschutzes neu überdenken und auf das
273 Wesentliche reduzieren: das Alte zu bewahren, ohne das
274 Neue zu verhindern.

275 Umfassende energetische Sanierungen sind teuer. Daher
276 kommt es besonders hier auf starken Mieter*innenschutz
277 an, indem die Kosten sozialverträglich aufgefangen wer-
278 den und nicht zu drastischen Mietererhöhungen führen.
279 Aktuelle Programme wie z.B. „soziale Wohnraummoder-
280 nisierung“ oder „Effiziente GebäudePlus“ sind ein Bau-
281 stein, müssen aber massiv ausgebaut werden.

282 Klimaschutz und bezahlbares Wohnen wird dabei nur mit
283 einem breit angelegten Förderprogramm möglich sein,
284 das Darlehen und Zuschüsse im Gegenzug für Mietpreis-
285 bindungen anbietet. Hierfür wird die SPD Berlin sich für
286 ein neues Förderprogramm „Klima- und Mieterschutz“
287 einsetzen, das im Sondervermögen einen Schwerpunkt
288 darstellen wird. Das Förderprogramm soll für alle sa-
289 nierungsbedürftigen Bestandswohnungen zur Verfügung
290 stehen. Es soll auch für Wohngebäude mit hohem Wär-
291 mebedarf, Großsiedlungen, Gründerzeit- und denkmalge-
292 schützte Gebäude ausreichende Förderkonditionen bie-
293 ten, mit denen die Miete – auch für barrierefreie Gebäu-
294 de – bezahlbar bleibt, da deren Vollsanieung oft nur mit
295 hohem finanziellem Aufwand zu erreichen ist. Für die en-
296 ergetische Gebäudesanieung auch von Eigenheimen soll
297 die Beratung gestärkt werden.

298 Für Berlin als Mieter*innenstadt ist eine sozial gerechte
299 Klimaschutzpolitik, die Mieter*innen vor hohen Energie-
300 kosten schützt, von zentraler Bedeutung. So tragen bis-
301 her die Mieter*innen ihre Wärmekosten fast vollständig
302 allein. Auf die Wahl der Heizungsart, den energetischen
303 Zustand des Gebäudes oder geplante energetische Sanie-
304 rungen, die die Kosten aber weitgehend bestimmen, ha-
305 ben sie bisher keinen Einfluss. Die Interessen von Mie-
306 ter*innen müssen bei energetischen Sanierungen berück-
307 sichtigt werden.

308 Wir werden uns für Sanierungspflichten im Bestand ein-
309 setzen und Sanierungsmaßnahmen aus dem Sonderver-
310 mögen fördern. Dies gilt insbesondere für die Sanierungs-
311 pflichten, die in Kürze durch die EU für die ineffizientes-
312 ten Gebäude in Kraft gesetzt werden. Wir gehen nach dem
313 Worst-First-Ansatz vor: Die effizientesten Teilsanierungen

314 der ineffizientesten Gebäude haben Vorrang. Durch ein
315 Beratungsangebot „Energiespar-Check“ sollen finanziell
316 bedürftige Haushalte neben der Stromsparberatung auch
317 Tipps zur Wärmeeffizienz bekommen und konkrete Hil-
318 fen durch handwerkliche Unterstützung und Energiespar-
319 maßnahmen im geringinvestiven Bereich erhalten.
320 Klimaschutz darf nicht zur Verdrängung von Mieter*innen
321 führen. Die Förderprogramme des Landes werden auf das
322 Ziel einer weitgehenden Warmmietenneutralität ausge-
323 richtet. Das neue Berliner Förderprogramm für sozialver-
324 träglichen Klimaschutz im Wohnungsbestand wird wei-
325 terentwickelt und aufgestockt.
326 Berlin braucht einen neuen Flächennutzungsplan, in dem
327 die Belange des Klimaschutzes, der Klimafolgenanpas-
328 sung und des Natur- und Artenschutzes als verpflich-
329 tendes Ziel in die Stadtentwicklung integriert werden.
330 Bauen und Umweltschutz müssen Hand in Hand gehen.
331 Beim Umweltschutz im Baubereich sollte der Fokus auf
332 der Anwendung der Solar- und Windenergietechnik, bei
333 ambitionierten Vorgaben bezüglich Versickerung, Grün-
334 dächer und -fassaden, Regenwassermanagement sowie
335 beim Einsatz von Holz, von anderen nachwachsenden
336 Rohstoffen z. B. bei der Dämmung und Recyclingmateria-
337 lien als Baustoffe liegen. Dabei müssen wir auch das mo-
338 dulare Bauen stärken.
339 Neben den Wohngebäuden sind auch die öffentlichen
340 Gebäude von einem enormen Sanierungsstau betroffen.
341 Deshalb liegen in der energetischen Sanierung von z.B.
342 Hochschulen und Krankenhäusern ein enormes Poten-
343 zial zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung. Zu-
344 gleich müssen die Gebäude der öffentlichen Grundversor-
345 gung vordringlich auf die Klimafolgenanpassung vorbe-
346 reitet werden, dazu zählen Maßnahmen zur Isolierung,
347 Kühlung und Verschattung von öffentlichen Gebäuden so-
348 wie die Modernisierung der Anlagentechnik.
349 Politik und Verwaltung gewinnen mehr Spielraum und
350 Entscheidungshoheit, je mehr die Stadt bzw. die Bezir-
351 ke selbst über Grund und Boden verfügen und entschei-
352 den können. Flächen können selbst entwickelt werden,
353 ohne dass Dritte entscheiden können, wie und wann das
354 geschieht. Daher ist neben dem Ankauf von Wohnraum
355 der Ankauf von Boden weiter zu fokussieren. Ankauffonds
356 müssen für den Senat, aber auch für die Bezirke zur Verfü-
357 gung stehen, um so Freiflächen, Wohnflächen, Ausgleichs-
358 flächen oder auch Flächen für Kleingartenanlagen zu si-
359 chern. Ziel soll dabei sein, dass Senat und Bezirke mehr
360 über eigene Entwicklungen in unserer Stadt entscheiden
361 können.
362
363 **Neubau klimaneutraler Quartiere mit hoher Lebensquali-**
364 **tät**
365
366 Beim Neubau muss es unser Ziel sein, klimaneutrale Quar-

367 tiere mit einer hohen Lebens- und Aufenthaltsqualität zu
368 bauen, die an die Folgen des Klimawandels angepasst
369 sind – mit viel Grün- und Wasserflächen, möglichst wenig
370 Versiegelung, Dach- und Fassadenbegrünung, verschatte-
371 ten öffentlichen Plätzen und Rückzugsräumen für Wild-
372 tiere. Wir wollen, dass ab 2030 in Berlin netto keine wei-
373 teren Flächen mehr versiegelt werden und zusätzlich die
374 Entsiegelung ganzstädtisch vorantreiben. Effiziente und
375 sparsame Wohnungsgrundrisse verringern den Flächen-
376 verbrauch, führen zu niedrigen Kaltmieten und vermin-
377 dern den Energiebedarf und damit die Warmmiete.

378 Nachhaltiges Bauen bedeutet auch, dass die Gebäude und
379 Wohnungen für alte und kranke Menschen, für Famili-
380 en mit Kleinkindern und für Menschen mit Behinderun-
381 gen nutzbar sind und allen die gleichen Gesundheitschan-
382 cen bieten. Mit Blick auf die demografische Entwicklung
383 und dem zunehmenden Bedarf an barrierefreiem Wohn-
384 raum ist Bauen mit Barrieren mittelfristig unwirtschaft-
385 lich. Um Versorgungslücken zu schließen, wollen wir Neu-
386 bauwohnungen in der Regel barrierefrei errichten, bei Sa-
387 nierungen streben wir Barrierefreiheit an. Erforderlich ist
388 außerdem eine barrierefreie Infrastruktur in den jeweili-
389 gen Stadtquartieren.

390 Neue Quartiere sollen zu weiten Teilen in Holzbauwei-
391 se entstehen, die mindestens dem KfW-40-Standard ent-
392 sprechen oder als Passivbauten errichtet werden. Für die
393 Versorgung mit erneuerbaren Energien und -erzeugung
394 ist ein Quartiersansatz zu verfolgen, der auch auf Nahver-
395 sorgungsnetze, insbesondere bei der Wärme setzt. Ebenso
396 muss ein nachhaltiges Verkehrs-, Logistik- Versorgungs-
397 konzept zur Anwendung kommen.

398 Darüber hinaus wird sich die SPD Berlin dafür einsetzen,
399 ein „Förderprogramm zur Kohlenstoffspeicherung im
400 Baustoff“ aufzulegen, mit welchem jede gespeicherte
401 Tonne CO₂ mit einem entsprechenden Betrag gefördert
402 wird.

403 In absehbarer Zeit wird unsere Stadt auf vier Millionen
404 Berlinerinnen und Berliner anwachsen. Die Entwicklung
405 neuer Quartiere muss deshalb enger mit der Planung
406 des öffentlichen Nahverkehrs verzahnt werden. Wir un-
407 terstützen die Vision einer Expressmetropole der BVG, die
408 aufzeigt, wie neue Stadtquartiere und insbesondere die
409 Außenbezirke in den kommenden Jahrzehnten besser an-
410 gebunden werden können. Dabei setzen wir besonders
411 auf den Schienenausbau, um Pendlerströme mit dem Au-
412 to effektiv zu reduzieren und auch möglichst vielen Pend-
413 lerinnen und Pendler den Umstieg auf den öffentlichen
414 Nahverkehr zu ermöglichen oder diesen attraktiver zu ma-
415 chen.

416 Damit durch den erforderlichen Neubau nicht unnötiger
417 zusätzlicher motorisierter Individualverkehr entsteht, ist
418 sicherzustellen, dass eine zeitgleiche Planung des dazu-
419 gehörigen ÖPNV erfolgt. Hierfür müssen übergangsweise

420 kurzfristig neu entstandene Quartiere mit z.B. Kiezbussen
421 angebunden werden, um eine Alternative zum PKW so-
422 fort zu etablieren. Ebenso wollen wir insgesamt eine bes-
423 sere Anbindung der Wohn- und Gewerbegebiete außer-
424 halb der Innenstadt an das Schienennetz durch Kiezbusse
425 und durch engere Takte bei S-, U- und Straßenbahnen er-
426 reichen. Dazu ist das Sondervermögen „Klimaschutz, Re-
427 silienz und Transformation“ zur Finanzierung der zusätz-
428 lichen Investitionen zu nutzen. Auch neue Gewerbege-
429 biete müssen möglichst klimafreundlich, CO2-neutral und
430 nachhaltig entwickelt werden.

431

432 **Mobilitätswende voranbringen**

433

434 Bisher ist im Bereich Mobilität eine Reduzierung klima-
435 schädlicher Emissionen nicht gelungen. Seit 1990 ist der
436 Treibhausgasausstoß des Verkehrssektors global um fast
437 80 Prozent angestiegen – so stark wie in keinem ande-
438 ren Sektor. Wir wollen die Mobilitätswende! Sie vereint die
439 Verkehrswende mit der Energie- und Antriebswende und
440 bezieht den Aspekt der Stadtentwicklung und -gestaltung
441 mit ein.

442 Die Mobilitätswende senkt den Energieverbrauch, ohne
443 die Mobilität einzuschränken. Dazu werden wir die De-
444 karbonisierung, den Ausbau und die Beschleunigung der
445 Busverkehre massiv fördern, die Verlagerung des Perso-
446 nenverkehrs von der Straße auf Schiene und Radwege
447 entschieden vorantreiben und die Dekarbonisierung des
448 Individual- und des Wirtschaftsverkehrs gezielt unterstüt-
449 zen. Außerdem ist dazu eine erleichterte Anordnung von
450 Bussonderfahrstreifen unerlässlich. Wir unterstützen da-
451 her, dass das Land Berlin gemeinsam mit anderen Bun-
452 desländern einen Vorschlag zur Änderung der Straßenver-
453 kehrsordnung erarbeitet und dem Bundesministerium für
454 Digitalisierung und Verkehr übermittelt hat.

455 Um die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die
456 Schiene in der Metropolregion zu erreichen, muss die ge-
457 meinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg gestärkt
458 werden. Darüber hinaus kann der Klimavorteil der Schie-
459 ne durch Elektrifizierung weiter erhöht werden. Ziel ist ei-
460 ne Vollelektrifizierung des Schienennetzes bis 2040. Berlin
461 und Brandenburg sollen sich in den Bund-Länder-Gremien
462 für eine Senkung der überhöhten Trassenpreise bei der
463 Nutzung der Schiene in Deutschland einsetzen.

464 Im Bereich des Personenverkehrs muss die Umsetzung des
465 Projekts i2030, der Ausbau der Schieneninfrastruktur in
466 Berlin und Brandenburg, beschleunigt werden.

467 Auch den Güterverkehr möchten wir stärker auf die Schie-
468 ne verlagern. Dazu braucht es mehr dezentrale inner-
469 städtische Schienenlogistikzentren, Flächen und Gleisan-
470 schlüsse, um die Verlagerung zu ermöglichen. Außerdem
471 sind im gesamten Stadtgebiet Mikro-Depots vorzusehen
472 und der Lastenrad-Lieferverkehr auf der letzten Meile aus-

473 zubauen. Die BEHALA als landeseigenes Logistikunterneh-
474 men ist für eine flächendeckende Versorgung der Stadt
475 auf der Schiene und die Verteilung der Güter auf emissi-
476 onsfreie stadtverträgliche Fahrzeuge auf der Straße aus-
477 zubauen.

478 Wir setzen uns für den Erhalt von Häfen und Wasser-
479 wegen ein. Zur spürbaren Reduzierung von Emissionen
480 und Lärm sowie gegen Gewässerverunreinigung sollen
481 die Gewässer Berlins bis möglichst 2040 frei von Antrie-
482 ben mit fossilen Brennstoffen sein. Wir werden das Po-
483 tenzial der Berliner Wasserstraßen zur Nutzung für weite-
484 re Transporte von Personen und Gütern auf den Wasser-
485 wegen prüfen und entsprechende Maßnahmen umset-
486 zen. Darüber hinaus sollen dazu passend die Anlegestel-
487 len für den Personen- und Güterverkehr nutzbar gemacht
488 werden und an geeigneten Standorten mit E-Ladetechnik,
489 Cargo-, Bike- und Packstationen und Microdepots, etc.,
490 ausgestattet werden.

491 Für den Klimaschutz hat auch der zügige Ausbau eines lü-
492 ckenlosen und sicheren Rad- und Fußverkehrsnetzes in-
493 nerhalb des gesamten Stadtgebietes eine große Bedeu-
494 tung, vor allem auch die sichere und schnelle Anbindung
495 der S- und U-Bahnhöfe. Hierbei ist für uns das Berliner
496 Mobilitätsgesetz handlungsleitend. Wir setzen uns für ei-
497 ne zügige Umsetzung der Fahrradschnelltrassen und Rad-
498 wegen ein. Eine gute Infrastruktur sorgt dafür, dass mehr
499 Menschen zu Fuß gehen oder mit dem Rad fahren.

500 Bei allen Verkehrsplanungen muss Barrierefreiheit zur un-
501 verzichtbaren Voraussetzung werden. Eine besondere Rol-
502 le muss hierbei neben dem konsequenten weiteren bar-
503 rieriefreien Ausbau des ÖPNV eine entsprechende Planung
504 der Fußwege spielen. Fußverkehr ist nicht nur eine nach-
505 haltige, emissionsfreie Form der Fortbewegung, sondern
506 trägt auch zur Förderung der Gesundheit und Verbesse-
507 rung der Lebensqualität in unseren Städten bei. Wir set-
508 zen uns deswegen dafür ein, die Bedingungen für Fußgän-
509 ger*innen zu verbessern, indem wir sichere und attrak-
510 tive Fußwege, barrierefreie Umgebungen und eine infra-
511 strukturelle Anbindung an andere Verkehrsträger fördern.
512 Dazu zählt auch eine Anpassung der Ampelschaltungen
513 stadtweit, die konsequent aus Sicht der Fußgänger*innen
514 und Menschen mit zum Beispiel Gehhilfen geplant sein
515 muss.

516 Attraktive Tarifangebote können die Wirkung eines Um-
517 stiegs auf den ÖPNV verstärken. Deshalb halten wir an un-
518 serem Vorhaben fest, für Berlin ein 29-Euro-Ticket einzu-
519 führen als preiswerte Alternative zum Deutschlandticket.
520 Wir setzen uns dafür ein, dass für größere Fahrzeuge hö-
521 here Parkgebühren erhoben werden können. Im Umland
522 und in den Berliner Außenbezirken sind flexible ÖPNV –
523 Angebotsformen aber auch Park & Ride – und Bike & Ri-
524 de – Anlagen auszuweiten. Wir werden diesbezüglich mit
525 Brandenburg übergreifende Angebote schaffen.

526 Um die Aufenthalts- und Lebensqualität zu erhöhen und
527 für insgesamt mehr Verkehrssicherheit zu sorgen, möch-
528 ten wir Flächen gerechter verteilen. Geschwindigkeits-
529 begrenzungen sind eine wirksame und kostengünstige
530 Maßnahme, um die Emissionen zu verringern. Daher
531 brauchen wir deutlich mehr Tempo-30-Zonen innerhalb
532 des gesamten Stadtgebietes. Darüber hinaus wollen wir
533 Anreize setzen, dass immer mehr Menschen das Auto mit-
534 einander teilen, über Fahrgemeinschaften, Taxis, stationä-
535 re Car-Sharing Angebote und Apps, die es ermöglichen,
536 dass Nachbar*innen ein Auto gemeinsam nutzen.

537 Wir bekräftigen unsere Beschlusslage zur Autobahn A100
538 und streben einen qualifizierten Abschluss des im Bau
539 befindlichen 16. Bauabschnitts an. Wir wirken auf eine
540 schnelle Streichung des 17. Bauabschnitts hin.

541 Die Umstellung der Fahrzeuge auf klimaneutrale al-
542 ternative Antriebe ist eine wichtige Maßnahme, CO2-
543 Emissionen im Verkehrssektor zu reduzieren. Wir unter-
544 stützen kleine Unternehmen im Sozialen Sektor bei der
545 Umstellung des Fuhrparks auf reine Elektrofahrzeuge. Die
546 Ladeinfrastruktur ist so auszubauen, dass sie der Ver-
547 kehrswende (z.B. einer Neuverteilung der öffentlichen Flä-
548 chen) nicht entgegensteht. Wichtige Bausteine sind die
549 Ausstattung der Tankstellen mit Ultra-Schnellladesäulen
550 und die Ausstattung von großen öffentlich zugänglichen
551 Parkplätzen und Parkhäusern mit Ladepunkten. Dabei ist
552 auch ein barrierefreier Zugang zu gewährleisten.

553 Nicht unerheblich sind die Treibhausgasemissionen des
554 Flugverkehrs am BER. Hier muss mehr Verkehr auf die
555 Schiene verlagert werden. Das Nachtzugsystem hat sich
556 mit einigen neuen Verbindungen in den vergangenen
557 zwei Jahren gut entwickelt und muss weiter gestärkt wer-
558 den. Wir wollen Berlin zu einem europäischen Nachtzug-
559 drehkreuz machen. Nachtzüge sollten als Klimaschutz-
560 maßnahme von Trassenpreisen und der Mehrwertsteu-
561 er befreit werden. Zudem müssen Fernbahnanbindungen
562 nach Polen dringend verbessert werden. In Brüssel set-
563 zen wir uns für die Einführung eines 99-Euro-Tickets ein,
564 das für eine einfache Zugreise (Hin- oder Rückfahrt) durch
565 ganz Europa gilt. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin
566 sich in den Bund-Länder-Gremien für den Abbau der Wett-
567 bewerbsverzerrungen zu Gunsten des Flugverkehrs stark
568 macht.

569

570 **Klimaschutz ist Wohlstandsgarant – Berlins Wirtschaft**
571 **modernisieren**

572

573 Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirt-
574 schaft findet bereits statt. Sie ist Herausforderung und
575 Chance zugleich und umfasst auch die Digitalisierung und
576 Automatisierung von immer mehr Lebens- und Arbeits-
577 bereichen. Märkte, Produkte und Dienstleistungen verän-
578 dern sich im Zuge dieser Transformation. Ganze Branchen

579 wie der Sektor der Energieerzeugung, der Mobilitätsbe-
580 reich und die industrielle Fertigung, aber auch Bauwirt-
581 schaft, Landwirtschaft, Tourismus sind dem schnellen und
582 tiefgreifenden Wandel unterworfen und damit auch der
583 Arbeitsmarkt.

584 Technologien der Transformation und Erneuerbare Ener-
585 gien sind die Zukunft unserer Wirtschaft, Klimaschutz
586 ist auch Wohlstandsgarant und bietet Wachstumspoten-
587 zial. Klimaschutz und Klimafolgenanpassung benötigen
588 entschlossenes Handeln auf der Grundlage von Wissen:
589 Wir werden Berlin zu einem weltweiten Zentrum der
590 Klima- und Klimafolgenforschung entwickeln, wie wir es
591 gemeinsam mit dem Land Brandenburg mit dem Clima-
592 te Chance Center bereits begonnen haben. Diese neu-
593 en Erkenntnisse „Made in Berlin“ werden uns helfen, die
594 Jahrhundertausforderung der Klimakrise zu bewälti-
595 gen. Die exzellente Wissenschaftslandschaft des Landes
596 Berlin entwickelt bereits heute die Grundlagen und hat
597 sich zu einem Motor der Innovationen entwickelt und
598 sichert den Wissenstransfer in die Wirtschaft. Die Berli-
599 ner Industrie kann mit dem Umfeld einer hervorragen-
600 den Forschungs- und Wissenschaftslandschaft auf dem
601 Weg zu einer CO₂-neutralen Produktion Innovations- und
602 Umsetzungstreiber sein. Wir unterstützen den Wissens-
603 transfer zwischen unseren Hochschulen und außeruniver-
604 sitären Forschungseinrichtungen und den Berliner Unter-
605 nehmen und fördern gezielt Transferaktivitäten und Aus-
606 gründungen. Wir haben hier in Berlin einen starken Grün-
607 der*innengeist, ein vitales Startup-Ökosystem sowie den
608 politischen Willen, Rahmenbedingungen zu gestalten und
609 Experimentierräume zu ermöglichen.

610 Die Zusammenarbeit mit Brandenburg bleibt für die
611 industrielle Entwicklung Berlins und den Wohlstand
612 in der Region essenziell. Die Metropolregion Berlin-
613 Brandenburg ist schon heute eine Region mit einem vor al-
614 lem in Brandenburg produziertem hohen Anteil an Erneuerbaren Energien – Tendenz steigend. Brandenburg ist mit seiner Industrietradition, wichtigen neuen Ansiedlungen
615 zum Beispiel im Bereich der E-Mobilität und dem Fokus
616 auf Erneuerbare Energien für Berlin eine nahezu kongeniale Partnerregion. CO₂-neutrale Produktion ist in Berlin-
617 Brandenburg möglich und damit hat die Metropolregi-
618 on einen Standortvorteil. Unser Ziel ist eine länderübergreifende Industriestrategie mit einer gemeinsamen institutionellen Steuerung durch Berlin und Brandenburg.
619 Neben den Clusterstrategien beider Länder bilden Initiativen wie zum Beispiel der Innovationskorridor Berlin-
620 Lausitz und das Regionale Transformationsnetzwerkes für die Fahrzeugindustrie Berlin-Brandenburg (ReTraNetz BB)
621 wichtige länderübergreifende industrielle Initiativen, die
622 wir einbinden und uns für eine Verstetigung einsetzen
623 wollen.

631 Wenn wir erreichen wollen, dass diese Transformation als

632 großer, chancenreicher Veränderungsprozess wirkt, dann
633 sind verlässliche Regeln, Unterstützung des Wandels und
634 eine aktive Rolle des Staates notwendig. Tarifverträge von
635 starken Gewerkschaften und starken Arbeitgeberverbän-
636 den bleiben das flexibelste und gerechteste System zur
637 Gestaltung von Arbeit und Qualifizierung. Wir werden
638 deshalb alles tun, die Tarifbindung zu stärken und kämp-
639 fen gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine sozial
640 gerechte Transformation.

641 Berlin weist dank einer sehr vielfältigen Branchenmi-
642 schung und einer guten Ansiedlungspolitik seit Jahren
643 ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum auf und
644 steht besser da als viele andere Bundesländern. Es ist jetzt
645 wichtig, diese Entwicklung weiter zu unterstützen, die in-
646 dustrielle Transformation und die damit einhergehende
647 Energie-, Mobilitäts- und Klimawende sozial gerecht zu
648 gestalten und so zur weiteren (Re-) Industrialisierung der
649 Region und ganz Ost-Deutschlands beizutragen.

650 Die Satzungen der Wirtschaftsfördergesellschaften müs-
651 sen auf die Erfordernisse des Klimawandels und der von
652 Berlin beschlossenen Klimaziele angepasst werden. Die
653 von Steuergeldern finanzierten Wirtschaftsfördergesell-
654 schaften Berlins müssen im Beteiligungsbericht des Lan-
655 des Berlin nachweisen, wie sie die beschlossenen Klima-
656 ziele des Landes Berlin bei der Wirtschaftsförderung be-
657 rücksichtigen. Das Sondervermögen wird für intelligente
658 Programme zur Dekarbonisierung der Berliner Wirtschaft
659 genutzt werden. Damit wird eine Hebelwirkung für wei-
660 tere Dekarbonisierungsschritte erreicht. Mobilität, indus-
661 trielle Gesundheitswirtschaft und Energie sind die zen-
662 tralen Wachstumsmotoren unserer Stadt sowie der ge-
663 samten Region. Hier müssen wir verstärkt nachhaltiges
664 Wachstum und gute Arbeit mit tarifgebundenen und mit-
665 bestimmten Arbeitsplätzen schaffen.

666 In vielen Branchen entsteht eine Vielzahl neuer Beschäfti-
667 gungsfelder und ganz neue Berufsbilder. Arbeitsmarktpo-
668 litik, Aus- und Weiterbildung sind in den nächsten Jahren
669 zentrale Handlungsfelder, denen mehr Aufmerksamkeit
670 und auch zusätzliche Mittel zukommen müssen. Bei den
671 sogenannten Klimaberufen werden Arbeits- und Fach-
672 kräfte schon längst händeringend gesucht, vor allem auch
673 im Handwerk. Gleichzeitig haben immer noch zu viele
674 junge Menschen in Berlin keinen Zugang zu einer Arbeit,
675 die fair bezahlt wird. Wir setzen uns weiterhin dafür ein,
676 junge Menschen, insbesondere Frauen, für die teils hand-
677 werklich geprägten Klimaberufe zu begeistern. Alle jun-
678 gen Menschen haben einen Anspruch auf eine gute Aus-
679 bildung. Die Ausbildungsquoten sind in Berliner Betrieben
680 jedoch teilweise noch zu niedrig. Wir erkennen die Bemü-
681 hungen an, auf freiwilliger Basis die Lücke zwischen Aus-
682 bildungswilligen und Ausbildungsplätzen zu schließen.
683 Wenn dies nicht gelingt, dann muss das Gesetz zur Ausbil-
684 dungsumlage zügig umgesetzt werden. Die Anstrengun-

685 gen der Bundesregierung für die Fach- und Arbeitskräf-
686 tezuwanderung unterstützen und fördern wir. Gleichzei-
687 tig setzen wir uns dafür ein, dass gezielte Umschulungs-
688 programme in Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrie-
689 ben erstellt werden, um Umschüler*innen sowie Geflüch-
690 teten den Einstieg in diese Berufe zu erleichtern.

691 Für das Gelingen der Transformation brauchen wir alle Ta-
692 lente, die jüngeren und auch die älteren. Das bedeutet u.a.
693 auch die Unterstützung bei der Weiterqualifizierung, die
694 langfristige Sicherung der Arbeitsverhältnisse und die Fo-
695 kussierung auf gute Arbeit in einem zunehmend digita-
696 lisierten und automatisierten Arbeitsumfeld. Wir werden
697 dafür sorgen, dass Arbeitnehmer*innen nicht als Verlie-
698 rer*innen aus der Transformation hervorgehen, sondern
699 vielmehr am Fortschritt teilhaben, sozial abgesichert sind
700 und Zugang zu den neuen Berufen und Tätigkeiten haben.

701 Wir werden dazu massiv in Bildung, Ausbildung und Qua-
702 lifizierung investieren.

703 Darüber hinaus gilt es, Unternehmen in der Transforma-
704 tion bei der Anpassung an veränderte Marktbedingungen
705 wie beispielsweise bei den Energiepreisen, zu unterstüt-
706 zen. Für eine international konkurrenzfähige Industrie ist
707 ein konkurrenzfähiger Industriestrompreis essenziell. Da-
708 für werden wir uns gekoppelt mit einer klaren Verpflich-
709 tung zum Aufbau erneuerbarer Energien auf Bundesebe-
710 ne genauso einsetzen wie für faire Netzentgelte, die Netz-
711 kosten, die durch den Ausbau von Erneuerbaren Energi-
712 en entstehen, austarieren. Bei der Inanspruchnahme des
713 Industriestrompreises sind Transformationsverpflichtun-
714 gen, Tarifbindung sowie Standort- und Beschäftigungsga-
715 rantien Voraussetzung.

716 Subventionen dürfen nicht notwendige Strukturanpas-
717 sungen verhindern und sind darauf stets zu prüfen, um
718 notwendige Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung
719 und Modernisierung technischer Anlagen zu beschleu-
720 nigen. Mit einer ambitionierten Investitions- und För-
721 derpolitik werden wir die Anpassungsfähigkeit, Innova-
722 tionskraft und Krisenfestigkeit (Resilienz) der hiesigen
723 Wirtschaft stärken sowie die Umsetzung innovativer Ge-
724 schäftsideen und Produkte von den Prototypen bis zur
725 Marktreife unterstützen. Die Internationalisierung unse-
726 rer Wirtschaft werden wir ebenso unterstützen.

727 Unternehmen brauchen Platz. Deswegen dürfen Konkur-
728 renzen um Räume nicht für die Entwicklung Berlins wich-
729 tige Gewerbeflächen reduzieren. Vielmehr muss es auch
730 angesichts des dringenden Fachkräftebedarfs intelligente
731 Verknüpfungen von Bedarfen geben – zum Beispiel von
732 Gewerbe, Werkswohnen und Betriebskita. Die Initiative
733 zur Gründung eines Azubiwerkes für bezahlbares, teilwei-
734 se barrierefreies Azubiwohnen unterstützen wir. Wir for-
735 dern den Senat auf, für Werks- und Azubiwohnen unter
736 Einbindung der Sozialpartner initiativ zu werden und zu
737 prüfen, wo zum Beispiel mit Landesgrundstücken unter-

738 stützt werden kann.

739 Mit der Urban Tech Republic in Tegel wird beispielsweise
740 ein riesiges Innovationszentrum mitten in der Stadt ent-
741 stehen, das die Zukunft der Städte und des urbanen Le-
742 bens beeinflussen wird. Hier werden urbane Technologien
743 erforscht, entwickelt, produziert, getestet und exportiert.
744 Mit dem Schumacher Quartier entsteht ein Leuchtturm-
745 Projekt für ein nachhaltiges und sozial gemischtes Wohn-
746 quartier.

747 Wo es um grundsätzliche Weichenstellungen für
748 Industrie- und Gewerbeflächen sowie Werkswoh-
749 nungen geht, sind die Sozialpartner*innen einzubinden,
750 damit alle Belange berücksichtigt werden und schnelle
751 Umsetzung ermöglicht wird. Um bei Gewerbeflächen als
752 Land mehr Entscheidungshoheit zu erhalten, sollte Berlin
753 insbesondere brachliegende Gewerbeflächen vermehrt
754 erwerben, um Spekulation zu vermeiden. Dazu sollte
755 der Boden-Ankaufsfonds des Landes Berlin finanziell
756 gestärkt werden. Außerdem regen wir die Gründung
757 einer landeseigenen Gewerbebaugesellschaft an, welche
758 Gewerbeflächen besitzt und selbst entwickelt. Damit
759 kann der Verdrängung von produzierendem Gewerbe,
760 sozialen Trägern, kulturellen Einrichtungen und von
761 Handwerksbetrieben entgegengewirkt werden. Dies
762 sollte in Kooperation mit der WISTA umgesetzt werden.

763 Mit Erneuerbarer Energie und grünem Wasserstoff kann
764 die Hauptstadtregion in vielen Bereichen Benchmark für
765 nachhaltige Produktion werden. Wir betrachten dabei die
766 gesamte Wertschöpfungskette und setzen uns deshalb
767 dafür ein, dass Forschung, Entwicklung, Herstellung sowie
768 Montage und Wartung erneuerbarer Technologien in un-
769 serer Region angesiedelt werden. Dazu muss die Berliner
770 Politik mit Brandenburg eine gemeinsame Standort- und
771 Industriepolitik mit einer länderübergreifenden Entschei-
772 dungsstruktur schaffen. Bis 2030 wird ein Wasserstoff-
773 Startnetz für Berlin aufgebaut, das in einem ersten Schritt
774 große Netzanschlüsse wie Heizkraftwerke mit Wasser-
775 stoff versorgen kann. Unabdingbar ist dafür ein Anschluss
776 Berlins an das Wasserstoff-Backbone und eine enge Zu-
777 sammenarbeit mit Brandenburg und dem Bund.

778

779 **Energiewende hin zu erneuerbaren Energien**

780

781 Um klimaneutral zu werden, muss Berlin eine konsekuen-
782 te Energiewende hin zur vollständigen Versorgung mit er-
783 neuerbaren Energien anstreben. In Zukunft sollen Strom
784 aus regenerativen Quellen und Wasserstoff statt Kohle,
785 Erdgas und Erdöl für eine saubere Energie- und Wärmever-
786 sorgung, Industrieproduktion und Schwerlastverkehr sor-
787 gen. Wir werden bestehende Hürden beim Ausbau von
788 Solar- und Windenergie, auch bei denkmalgeschützten
789 Bauten, und bei Balkonkraftwerken identifizieren und be-
790 seitigen, etwa in der Berliner Bauordnung. Wir werden

791 mit Bundesratsinitiativen entsprechende Änderungen in
792 der Bundesgesetzgebung anregen, um z.B. sog. Mieter*in-
793 nenstrommodelle sowohl für Mieter*innen als auch für
794 Gewerbe attraktiver zu machen. Gleichzeitig bedarf es
795 auch einer Förderung zum Tausch von energieineffizien-
796 ten Haushaltsgeräten zur Senkung des Energiebedarfs.
797 Der Masterplan „Solarcity“ ist unser Fahrplan für die So-
798 larstromwende auf den Berliner Dächern. Er beinhaltet
799 konkrete Ziele wie das Ausbauziel von 12 Prozent Solar-
800 strom im Berliner Netz bis 2026 und 25 Prozent Solarstrom
801 an der Berliner Stromerzeugung bis 2035 sowie 100 Pro-
802 zent Ökostrom im Berliner Stromsektor bis 2040. Das Ber-
803 liner Solargesetz und das Berliner Energiewende-Gesetz
804 flankieren diesen Fahrplan mit verbindlichen Pflichten
805 zum Bau von Solaranlagen, sowohl auf privaten wie öf-
806 fentlichen Gebäuden. Gerade die öffentliche Hand muss
807 hier ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, indem alle lan-
808 deseigenen Unternehmen und Betriebe, wie das Land Ber-
809 lin bereits seit vielen Jahren, nur noch zertifizierten Öko-
810 strom verbrauchen und diesen möglichst selbst erzeugen,
811 sofern dies technisch möglich ist. Das „SolarReadiness“-
812 Programm ist zu einem „SolarPowering“-Programm wei-
813 terzuentwickeln und das SolarPLUS Programm wird fort-
814 geführt und aufgestockt.

815 Die 2016 gegründeten Berliner Stadtwerke sind inzwi-
816 schen ein anerkannte Kompetenzpartner für nachhalti-
817 ge Energieversorgung, der nicht nur komplexe Planungen
818 und Beratung leistet, sondern auch innovativer Energie-
819 erzeuger ist. Sie sind zu echten „Klimawerken“ gewor-
820 den, die gerade die solare Stromerzeugung auf öffentli-
821 chen Gebäuden wie auf Schulen und Rathäusern schnell
822 und zuverlässig organisieren, Windkraftanlagen betrei-
823 ben und zunehmend auch für den nachhaltigen Betrieb
824 von Nahwärmenetze in klimaneutralen Quartieren ste-
825 hen. Sie betreiben ein umfangreiches Ladensäulennetz
826 und sind damit ein wichtiger Player bei der E-Mobilität in
827 der Stadt. Wir werden die Berliner Stadtwerke weiter stär-
828 ken und ausbauen.

829 Bei der Ausstattung von Schul- und Sporthallendächern
830 mit Solaranlagen oder Gründächern durch die Stadtwer-
831 ke muss die begleitende Information und Aktivierung der
832 Nutzer*innen zwingender Bestandteil werden, in dem in
833 der Regel 5 Prozent der Investitionssumme für die Nut-
834 zer*innenmotivation einkalkuliert werden. Allein durch
835 verhaltensbedingte Änderungen der Nutzer*innen lässt
836 sich der Energieverbrauch von Gebäuden nachweislich
837 um bis zu 10 Prozent reduzieren. Wir streben an, die Ver-
838 brauchsdaten für Wärme und Strom von öffentlichen Ge-
839 bäuden in Berlin monatlich digital zu erfassen und regel-
840 mäßig zu veröffentlichen. Transparenz kann dabei helfen,
841 die wichtigsten „Klima-Baustellen“ frühzeitig zu erken-
842 nen, gegenzusteuern und alle Nutzer*innen eines Gebäu-
843 des aktiv einzubeziehen. Die Außenanlagen sind unter Be-

844 rücksichtigung der Bedürfnisse der Schüler*innen, der Be-
845 lange des Umwelt- und Klimaschutzes, der Barrierefrei-
846 heit und der standortspezifischen, fachlich notwendigen
847 Nutzungsmöglichkeiten für Sport und Bewegung so weit
848 wie möglich zu entsiegeln und als "grüne Pausenhöfe" zu
849 gestalten.

850

851 **Nachhaltiges Stadtgrün ist Klimaschutz**

852

853 Berlin als wachsende Großstadt braucht dringend mehr
854 und sehr viel besser gepflegte öffentliche Grünanlagen,
855 Stadtgrün, Wälder und Gewässer. Denn sie sind die Grund-
856 voraussetzung, dass wir uns an die nicht mehr vermeid-
857 baren Folgen des Klimawandels anpassen und damit die
858 Lebensqualität sichern können. Gleichzeitig sind diese Or-
859 te auch die Lebensräume tausender, in Berlin heimischer
860 Tierarten. Ihre Lebensräume zu schützen, ist unser ge-
861 samtgesellschaftliches Anliegen. Wir wollen Berlins Ar-
862 tenreichtum mit 20.000 verschiedenen Tier- und Pflan-
863 zenarten gezielt schützen und entwickeln. Denn dort, wo
864 Ökosysteme aus dem Gleichgewicht geraten, sehen wir,
865 wie Biotope verschwinden. Grünflächen und Forste, in de-
866 nen durch den Rückgang der Vögel Schädlinge überhand-
867 nehmen oder sich Wildbestände nicht mehr eigenstän-
868 dig regulieren, werden krank, bedürfen aufwändiger Pfl-
869 ege und verlieren an Kapazitäten, CO₂ zu binden. Sie ver-
870 lieren so schlussendlich auch an Erholungswert. Für ein
871 nachhaltiges Stadtgrün ist moderner Tierschutz essenzi-
872 ell – Tierschutz und Klimaschutz gehören zusammen.

873 Da viele Klimaschutzmaßnahmen auf der bezirklichen
874 Ebene liegen, möchten wir die Bezirke beim Klimaschutz
875 besonders unterstützen. Um beim Klimaschutz erfolg-
876 reich und effizient sein zu können, braucht es auch eine
877 Überprüfung der bezirklichen Strukturen. In Bezug auf die
878 einheitliche Ämterstruktur der Bezirksverwaltungen soll
879 daher geprüft werden, ob die Zuständigkeit für die bezirk-
880 lichen Grünflächen zukünftig wieder im Bereich Umwelt
881 angesiedelt werden kann statt beim Tiefbau.

882 Gerade in den hochverdichteten Quartieren, wo die Hit-
883 ze auch in den Nächten nicht weicht, müssen wir dafür
884 sorgen, dass mehr wohnungsnah Grünflächen zu Verfü-
885 gung stehen, mehr Gebäude begrünt werden, möglichst
886 viele Flächen wie Straßen und Parkplätze entsiegelt wer-
887 den und wir sorgsam mit dem Wasser und den Gewäs-
888 sern umgehen. Es ist auch ein Ausdruck von Umweltge-
889 rechtigkeit, wenn wir gerade in diesen Quartieren, die oft-
890 mals auch von sozialen Problemen geprägt sind, besonde-
891 re Anstrengungen unternehmen, sie mit Stadtgrün auszu-
892 statten, flankiert durch eine nachhaltige Verkehrspolitik,
893 die nicht nur die Luftbelastung und den Lärm reduziert,
894 sondern auch die Rückgewinnung öffentlichen Raums für
895 die allgemeine Nutzung bedeutet. Hitzeschutz ist für al-
896 le von existenzieller Bedeutung, weshalb wir die Entwick-

897 lung von Hitzeschutzplänen zusammen mit allen relevan-
898 ten Akteuren weiter vorantreiben.

899 An öffentlichen Plätzen sollen mehr Brunnen, Trinkbrun-
900 nen und Anschlüsse für Sprühnebel- und Nebelanlagen
901 für Hitzetagen eingerichtet werden. Sie dienen der be-
902 darfsgerechten Abkühlung des öffentlichen Raumes und
903 damit dem Hitzeschutz. Ein gezieltes Abkühlungskon-
904 zept für Menschen mit geringem Einkommen muss kos-
905 tengünstige Zugänge zu kühlen Innenräumen, öffentli-
906 chen Schwimmbädern und Erholungsbereichen bieten,
907 um eine angemessene Erholung vor extremen Hitzebe-
908 dingungen zu gewährleisten. Zusätzlich sollte eine brei-
909 te Aufklärungskampagne gestartet werden, um über die
910 Bedeutung von Hitzeschutzmaßnahmen zu informieren
911 und Empfehlungen für einfache, energieeffiziente Abküh-
912 lungsstrategien zu geben.

913 Darüber hinaus sichern sie eine unkomplizierte und für
914 die Nutzer*innen kostenlose Versorgung mit Trinkwasser
915 im öffentlichen Raum. Insbesondere in öffentlichen Ein-
916 richtungen wie Kindertagesstätten, Schulen und Sport-
917 stätten ist verstärkt die Versorgung mit Trinkwasser zu
918 nutzen, sodass Ressourcen gespart und der Gebrauch
919 von Plastikflaschen vermieden werden können. Wir wer-
920 den prüfen lassen, wie Sonnenschutzcreme an öffentli-
921 chen Badestellen, öffentlichen Spielplätzen oder in Schu-
922 len kostenlos bereitgestellt werden kann.

923 Die Stadtbaumkampagne wird fortgesetzt und weiterent-
924 wickelt – unser langfristiges Ziel sind 500.000 Straßen-
925 bäume. Wir prüfen zusätzliche finanzielle Mittel zur Pfl-
926 ge und Bewirtschaftung der Bäume. Bürgerschaftliches
927 Engagement bei der Bewässerung von Straßenbäumen
928 wird begrüßt und honoriert. „Gieß den Kiez“ ist somit ein
929 gelungenes Smart City Projekt des CityLAB Berlin, das die
930 Berliner Stadtbäume vor dem Vertrocknen schützen soll.

931 Eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigste
932 Maßnahme zur Klimaanpassung ist der Umgang mit un-
933 serem Wasser, denn aufgrund der anhaltenden Trocken-
934 heit sinken die Grundwasserstände kontinuierlich und die
935 Oberflächengewässer trocknen zunehmend aus.

936 Wir müssen unseren Wasserverbrauch deutlich senken
937 und müssen mit den Berliner Wasserbetrieben eine breit
938 angelegte Wassersparkampagne starten und der alltägli-
939 chen Wasservergeudung Herr zu werden, denn statistisch
940 gesehen verbraucht jeder von uns über 110 Liter pro Tag
941 an Trinkwasser. Die Kampagne soll dabei nicht nur auf Pri-
942 vatverbraucher*innen ausgerichtet sein, denn das meis-
943 te Wasser wird von großen Unternehmen verbraucht –
944 sie müssen daher erstes Ziel von Sparbemühungen sein.

945 Darüber hinaus setzen wir auf die vermehrte Nutzbar-
946 machung von Abwasser zu Brauchwasser. Wichtig ist uns,
947 dass insbesondere finanzschwache Haushalte vor hohen
948 Wasserpreisen geschützt werden – Erhöhungen der Was-
949 serpreise sollten deshalb vermieden werden.

950 Wir müssen aber auch sorgfältiger mit Regenwasser um-
951 gehen. Berlin muss zur Schwammstadt werden. Wir kön-
952 nen es uns nicht mehr leisten, Regenwasser einfach in die
953 Kanalisation abzuleiten, sondern es muss durch Versicke-
954 rung und Verdunstung in den natürlichen Wasserkreislauf
955 zurückgeführt werden. Dazu müssen wir die Regenwas-
956 serentsorgung von der Kanalisation konsequent abkop-
957 peln. Das ist zu ergänzen durch lokale Maßnahmen wie
958 z.B. die Installation von Retentionsdächern, das Sammeln
959 von Wasser in abgedeckten Regentonnen oder die direkte
960 Bewässerung von Grünanlagen durch abgeleitetes Regen-
961 wasser.

962 Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Auftrag der Berliner
963 Wasserbetriebe für ein vollumfängliches Wassermanage-
964 ment in der Metropolregion erweitert wird, um neue We-
965 ge in der Stützung des Landschaftswasserhaushaltes und
966 beim Erhalt der Kleingewässer und des Stadtgrüns zu ge-
967 hen.

968 Wir müssen diese Oberflächengewässer mit ihren vielfäl-
969 tigen Funktionen für die Natur und den Menschen schüt-
970 zen, denn sie stellen für uns eine essenzielle Daseinsvor-
971 sorge dar. 70 Prozent unseres Trinkwassers gewinnen wir
972 als Uferfiltrat aus den öffentlichen Gewässern. Deshalb ist
973 es für uns wichtig, dass die Europäische Wasserrahmen-
974 richtlinie nun sicher bis 2027 umgesetzt wird.

975 Das Berliner Abfallwirtschaftskonzept mit dem Leitbild
976 „Zero Waste“ muss einen wichtigen Beitrag zur Kli-
977 maneutralität leisten. Wir setzen uns für die Einfüh-
978 rung von Pfand auf Einwegbehältnisse sowie eine Ver-
979 packungssteuer auf Landesebene ein. Wir prüfen die Ein-
980 führung eines Reparaturbonus aus Landesmitteln, um
981 (Elektro-)Abfall zu reduzieren und die positiven Effekte für
982 Handwerks- und Reparaturbetriebe wie in anderen Bun-
983 desländern zu realisieren.

984 Ökologische, klima- und sozial gerechte Nahrungsproduk-
985 tion und -verteilung im Raum Berlin ist ein wesentlicher
986 Baustein, um unsere Klimaschutzziele erreichen zu kön-
987 nen. Die Berliner Ernährungsstrategie muss dabei so ent-
988 wickelt werden, dass eine klimaneutrale und gesunde Er-
989 nährung auch die kostengünstigste ist. Dabei setzen wir
990 auf die Berliner Großküchen. Ihre Angebote erreichen kos-
991 tengünstig die gesamte Stadt und sind damit ein großer
992 Hebel Klimaschutz konkret und sozial auszugestalten. Um
993 die Kantinen dabei zu unterstützen regionale und saiso-
994 nale Angebote zu bieten, müssen wir konsequent regio-
995 nale Wertschöpfungskreisläufe aufbauen.

996 Wir setzen uns für eine nachhaltige Neugestaltung des
997 öffentlichen Raumes ein, die allen Mitgliedern unserer
998 Gesellschaft gleichermaßen zugutekommt. Die gerech-
999 te Verteilung und Zugänglichkeit dieses wichtigen Rau-
1000 mes ist von zentraler Bedeutung für eine inklusive und
1001 nachhaltige Stadtentwicklung. Dies erfordert unter ande-
1002 rem das aktive Einbeziehen von Bürger*innen in Planungs-

1003 und Gestaltungsprozesse, kompromisslose Barrierefrei-
1004 heit, die Bezahlbarkeit oder Kostenfreiheit der Angebote,
1005 eine gute Anbindung durch den ÖPNV oder Fußverkehr, in-
1006 terkulturelle Sensibilität und kontinuierliche Evaluation.

1007

1008 **Der Bund muss uns eine sozial gerechte Klimaschutzpoli-
1009 tik ermöglichen**

1010

1011 In der Berliner Landespolitik hat eine sozial gerechte Kli-
1012 maschutzpolitik für uns Priorität. Doch die landespoliti-
1013 schen Möglichkeiten sind beschränkt. Die Bundespolitik
1014 muss mehr dafür tun, dass die Klimaschutzpolitik auch so-
1015 zial gerecht ist. Das betrifft auch die Finanzierung.

1016 Die Kosten des Klimaschutzes werden zurzeit meist auf
1017 Mieter*innen und Verbraucher abgewälzt. Zum Beispiel
1018 bei energetischen Gebäudesanierungen profitiert der Ei-
1019 gentümer durch die Wertsteigerung seiner Immobilien
1020 und kann die Kosten mit der Modernisierungumlage
1021 dauerhaft auf die Mieter*innen umlegen. Steuerfinanzier-
1022 te Klimainvestitionen aus dem regulären Haushalt füh-
1023 ren zu geringeren finanziellen Spielräumen bei anderen
1024 öffentlichen Ausgaben – oft im sozialen Bereich. In den
1025 vergangenen Jahrzehnten wurden die Kosten des Klima-
1026 schutzes weitgehend auf die Bürger*innen abgewälzt,
1027 entweder unmittelbar bei Mieten und Preisen oder mit-
1028 telbar durch zusätzliche Finanzierung aus dem Staats-
1029 haushalt. Beides führt zu erheblichen Verwerfungen und
1030 ist ungerecht. Um die anstehenden Aufgaben beim Kli-
1031 maschutz sozial gerecht gestalten zu können, benötigen
1032 wir deshalb neue, zusätzliche Finanzierungswege. Wir un-
1033 terstützen das von der Bundesregierung geplante Klima-
1034 geld und fordern eine schnelle Einführung. Das Klimageld
1035 soll aus den Einnahmen der CO₂-Steuer finanziert werden
1036 und die durch diese Steuer steigenden Energiekosten so-
1037 zial ausgleichen.

1038 Wir fordern vom Bund eine dritte Finanzierungssäule für
1039 den Klimaschutz, mit der auch die großen Unternehmen,
1040 die in der Krise kräftig verdient haben, sowie die Ver-
1041 mieter*innen großer Wohnungsbestände, an den Kosten
1042 der Klimakrise beteiligt werden. Dazu müssen große Ver-
1043 mögen und Konzernprofite stärker herangezogen wer-
1044 den. Die Unternehmensbesteuerung sollte dahingehend
1045 umgestaltet werden, dass Steuermäßigungen nur noch
1046 bei Reinvestitionen mit der Verknüpfung mit Nachhal-
1047 tigkeitszielen wie Klimaneutralität, Biodiversitätsschutz
1048 oder guter Bildung gewährt werden. Außerdem muss der
1049 Bund prüfen, wie Gewinnbegrenzungen durch die Regu-
1050 lierung von Preisen in allen Sektoren der Daseinsvorsorge
1051 möglich sind. Insbesondere die sogenannte Gewinninfla-
1052 tion ist z.B. durch preisrechtliche Eingriffe zu unterbinden.
1053 Die jetzt notwendigen Ausgaben für die Energiewende,
1054 die Wärmewende und die Mobilitätswende sind notwen-
1055 dige Zukunftsinvestitionen. In Krisenzeiten darf nicht ge-

1056 spart, sondern muss in die Zukunft investiert werden.
1057 Auch verfallene und klimaschädliche öffentliche Infra-
1058 strukturen sind indirekte Schulden und fallen kommen-
1059 den Generationen zur Last. Die Schuldenbremse gefähr-
1060 det Investitionen, den Klimaschutz und unsere wirtschaft-
1061 liche Zukunft. Wir bekräftigen unsere Beschlusslage, die
1062 Schuldenbremse im Grundgesetz ganz abzuschaffen und
1063 durch eine neue „Goldene Regel“ zu ersetzen, die Inves-
1064 titionen ermöglicht und nicht verhindert. Solange dies
1065 mangels verfassungsändernder Mehrheit nicht möglich
1066 ist, sind die bestehenden Spielräume der Schuldenbrem-
1067 se vollumfänglich zu nutzen. Dies gilt insbesondere für
1068 die Erklärung von Notlagen und die Nutzung von „finan-
1069 ziellen Transaktionen“ wie Kapitalerhöhungen. Der Bund
1070 ist daher gefordert, ebenfalls eine Klima- und Transforma-
1071 tionsnotlage zu erklären. Maßnahmen auf Bundesebene
1072 zum Klimaschutz und zur Gestaltung der Transformation
1073 können so bis zur Erreichung der Klimaneutralität finan-
1074 ziert und Maßnahmen der Länder und Kommunen ange-
1075 messen kofinanziert werden. Beteiligungen des Bundes,
1076 bspw. die Bahn AG oder die BImA, können in stärkerem
1077 Maße schuldenbremsenkonform mit Eigenkapital ausge-
1078 stattet werden, um die anstehenden Investitionsausga-
1079 ben der Verkehrswende und des Wohnungsbaus zu finan-
1080 zieren. Die existenzbedrohende Klimakrise hat Deutsch-
1081 land und Berlin erreicht, und wir dürfen keine Priorität auf
1082 kurzfristige Sparziele setzen. Wir fordern, im Grundgesetz
1083 bei den Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern
1084 das Gemeinschaftsziel Klimaanpassung zu ergänzen.
1085 Bei Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor droht im-
1086 mer, dass Mieter*innen dadurch zusätzlich finanziell be-
1087 lastet werden. Doch an vielen Orten ist bei den Mieter*in-
1088 nen die Belastungsgrenze erreicht. Wir fordern vom Bund,
1089 dass den Bundesländern schärfere Mietbegrenzungen er-
1090 möglicht werden. Dazu muss es im Bundesrecht eine
1091 Öffnungsklausel für die Länder geben, damit die Länder
1092 selbst Mietbegrenzungen wie einen Mietendeckel festle-
1093 gen können. Wir setzen uns auch dafür ein, dass der Bund
1094 die Modernisierungsumlage sozial ausgestaltet und si-
1095 cherstellt, dass bei Einführung ordnungsrechtlicher Pflich-
1096 ten zur Sanierung und bei Einbau neuer Heizungen die Er-
1097 füllung gefördert werden kann.
1098 Um die Mobilitätswende weiter voranzutreiben, sind auch
1099 weitere finanzielle Mittel des Bundes notwendig. Das er-
1100 folgreiche Deutschlandticket muss zu einem sozial ver-
1101 träglichen Preis fortgesetzt werden – der Bund muss dazu
1102 seinen Anteil beitragen. Gleiches gilt für Investitionen in
1103 eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur. Bundesmittel für
1104 Autobahnen sollen grundsätzlich umwidmungsfähig sein
1105 für Projekte im Bereich Rad- und Schienenverkehr.
1106 Für die Stärkung eines nachhaltigen Wachstums mit gu-
1107 ter Arbeit sind neben den bestehenden landesrechtli-
1108 chen Vorgaben ist ein flankierendes Bundestariftreuege-

1109 setz dringend erforderlich. Zur Stärkung der Tarifbindung,
1110 des fairen Wettbewerbs und der sozialen Nachhaltigkeit
1111 muss auch die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an
1112 die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages der je-
1113 weiligen Branche gebunden sein.

1114 Im Bereich klimarelevanter Gesetzgebung fordern wir im
1115 Bund eine zentrale Stelle, an die Hemmnisse beim Aus-
1116 bau erneuerbarer Energien sowie beim energetischen Sa-
1117 nieren gemeldet werden können, um sie sehr zeitnah in
1118 konkreten Novellen zu beheben. Ferner wird sich die SPD
1119 Berlin dafür einsetzen, dass der Bund die Datenlage in Be-
1120 zug auf die energetischen Zustände der Gebäude verbes-
1121 sert. Dies ist für die Wärmeplanung, für die Auswahl und
1122 Festlegung geeigneter Maßnahmen und für den Vollzug
1123 des gebäudebezogenen Energierechts dringend notwen-
1124 dig. Dazu muss der Bund die Gebäudeenergieausweise
1125 verbessern, vereinheitlichen und digitalisieren sowie die
1126 Voraussetzungen für die Erstellung eines digitalen Gebäu-
1127 deenergieausweises schaffen.

1128 Für die Aufbau und Ausbau von Produktionskapazitäten
1129 in strategischen Transformationstechnologien wie Ent-
1130 wicklung und Produktion von Komponenten von Solar-
1131 panelen, Batterien oder Wärmepumpen, nutzen wir För-
1132 dergelder, die der Bund auf Grundlage des neuen EU-
1133 Beihilferahmens mit der „BKR-Bundesregelung Transfor-
1134 mationstechnologien“ seit Mitte Juli 2023 befristet bis En-
1135 de 2025 ermöglicht.

1136 Lebensmittel im Müll müssen für den Handel so teuer
1137 werden, dass sparsamer Umgang mit Ressourcen für Un-
1138 ternehmen die deutlich kostengünstigere Option ist. Wir
1139 fordern vom Bund, funktionale Mehrwegsysteme zu eta-
1140 blieren. Alternativen zu Tierprodukten müssen ebenfalls
1141 mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegt werden,
1142 denn ohne eine Reduzierung der Massentierhaltung wer-
1143 den die Klimaschutzziele nicht erreichbar sein.

1144 Die Folgen des Klimawandels wirken nicht geschlechts-
1145 neutral: Häufig sind Frauen und Mädchen größeren Risi-
1146 ken und Belastungen ausgesetzt. Das ist auf soziale Fak-
1147 toren zurückzuführen, wie eine geschlechtshierarchische
1148 Arbeitsteilung, die Frauen und Mädchen die unbezahlte
1149 Fürsorge- und Aufräumarbeit zuweist und diskriminieren-
1150 de Geschlechternormen, die sie vielfach von der Öffent-
1151 lichkeit und von Frühwarnsystemen ausschließen sowie
1152 ein fehlender Zugang zu Ressourcen und Rechten. Um-
1153 weltkrisen und klimatische Notlagen verschärfen die Un-
1154 gleichheit zwischen den Geschlechtern und sie vertiefen
1155 Mehrfachdiskriminierung. Um den Klimaschutz mit Ge-
1156 schlechtergerechtigkeit zu verknüpfen, sollte eine Risiko-
1157 folgenabschätzung („Gender Impact Assessments“) aller
1158 geplanten Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnah-
1159 men erfolgen.

1160

1161 **Berlin in der Mitte Europas**

1162

1163 Der „European Green Deal“ ist ein Gesetzgebungspaket
1164 der Europäischen Union (EU) für eine ambitionierte Klima-
1165 politik. Es geht um CO₂-Reduktion, Umweltschutz, Kreis-
1166 laufwirtschaft, nachhaltige Landwirtschaft, erneuerbare
1167 Energien und Mobilität.

1168 Als Sozialdemokrat*innen wollen wir einen Green Deal
1169 mit rotem Kern! Bei allen umwelt- und klimapolitischen
1170 Maßnahmen müssen die sozialen Auswirkungen berück-
1171 sichtigt werden. Wenn Menschen Angst haben, dass sie
1172 sich das Wohnen oder die Fahrt zum Arbeitsplatz nicht
1173 mehr leisten können, sinkt die Akzeptanz für den Kli-
1174 maschutz. Der grüne Wandel in Europa kann nur ge-
1175 lingen, wenn Klimaschutzmaßnahmen sozial abgefedert
1176 werden.

1177 Elf Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen
1178 stammen aus der Landwirtschaft. Aus diesem Grund soll-
1179 te auch die gemeinsame Agrarpolitik zeitnah in die Maß-
1180 nahmen und Projekte des Green Deals integriert werden,
1181 um die Einhaltung der selbstgesteckten Klimaschutz- und
1182 Emissionsreduzierungsziele zu sichern und im besten Fall
1183 zu übertreffen.

1184 Mit großer Sorge beobachten wir die Versuche der kon-
1185 servativen und rechtsextremen Parteien im EU-Parlament
1186 das europäische Klimaschutzprogramm zu verhindern.
1187 Wir stellen uns hier entschlossen gegen diese Entwicklung
1188 und werden das europäische Klimaschutzprogramm wei-
1189 ter vorantreiben.

1190 Ein wichtiger Baustein für eine soziale EU-Klimapolitik
1191 ist der Klimasozialfonds, der im April auf den Weg ge-
1192 bracht wurde. Er wurde als Teil des legislativen „Fit for
1193 55“-Pakets vorgeschlagen, das vorsieht, die Treibhausgas-
1194 emissionen bis 2030 um 55% zu senken. Der Fonds wird
1195 2026 eingerichtet und soll aus der Versteigerung von
1196 Emissionshandels-Zertifikaten bis zu einem Betrag von 65
1197 Mrd. Euro finanziert werden. Weitere 25% sollen durch na-
1198 tionale Mittel abgedeckt werden. Mit einem geschätzten
1199 Gesamtbetrag von 86,7 Mrd. Euro sollen direkte Einkom-
1200 mensbeihilfen, Investitionen in energetische Gebäudesä-
1201 nierung und nachhaltige Verkehrsmittel finanziert wer-
1202 den.

1203 Das ist wichtig, denn insbesondere der Gebäudesektor
1204 spielt eine große Rolle bei der CO₂-Reduktion. Aus den
1205 Diskussionen über das Heizungsgesetz auf Bundesebe-
1206 ne müssen wir Schlüsse für die europäische Wärmewen-
1207 de ziehen. Eine gute politische Kommunikation ist der
1208 Schlüssel, um die Akzeptanz der Bürger*innen zu gewin-
1209 nen. Die Kernbotschaft muss lauten: Die Energiekosten
1210 von Gebäuden werden mittelfristig gesenkt und die EU
1211 unterstützt Mieter*innen und Hauseigentümer*innen mit
1212 Mitteln aus dem Klimasozialfonds. Wir senken langfris-
1213 tig die Rechnungen der am meisten von Energiearmut be-
1214 drohten Haushalte – davon profitieren Gruppen, die wir

1215 als Sozialdemokrat*innen besonders unterstützen müs-
1216 sen Familien, Migrant*innen und Frauen. Das ist Klimapo-
1217 litik aus einer intersektionalen feministischen Perspekti-
1218 ve.

1219 Der aktuelle Bericht des Weltklimarates zeigt, dass
1220 die Weltgemeinschaft bis 2050 klimaneutral werden
1221 muss, wenn wir das Ziel von maximal 1,5 Grad Erder-
1222 wärmung einhalten wollen. Der globale Süden leidet
1223 schon heute massiv unter den Folgen des Klimawan-
1224 dels. Die EU strebt Klimaneutralität bis 2045 an. Das
1225 EU-Emissionshandelssystem ist ein wichtiger Hebel, um
1226 dieses Ziel zu erreichen. Deshalb müssen wir es stärken
1227 und dafür sorgen, dass die größten Emittenten von CO₂
1228 für die vollen Folgekosten der Treibhausemissionen auf-
1229 kommen. Der Mindestpreis pro Tonne CO₂ sollte daher
1230 schrittweise erhöht werden, sodass er 2030 den realen
1231 Kosten entspricht. Dazu müssen Emissionszertifikate
1232 graduell reduziert werden. Kostenlose CO₂-Zertifikate für
1233 den Flugverkehr sollen bis 2026 abgeschafft werden. Auch
1234 der außereuropäische Flugverkehr (mit Start oder Lan-
1235 dung in der EU) sollte ebenfalls Teil des Emissionshandels
1236 werden. Die in diesem Jahr beschlossene Erweiterung
1237 des Europäischen Emissionshandels auf den Transport-
1238 und Gebäudesektor ist ein großer Fortschritt auf dem
1239 Weg zur Klimaneutralität. Im Einklang mit dem Pariser
1240 Klimaabkommen setzen wir uns zudem für eine Harmo-
1241 nisierung der CO₂-Bepreisung mit Europas wichtigsten
1242 Handelspartnern ein – mit dem langfristigen Ziel eines
1243 globalen CO₂-Mindestpreises.

1244 Außerdem wollen wir Zukunfts-Technologien (z.B. So-
1245 larindustrie, Batterieproduktion sowie weitere strategi-
1246 sche Sektoren) gezielt wieder in der EU ansiedeln und
1247 die nachhaltige Transformation der europäischen Indus-
1248 trie unterstützen. Wir begrüßen die ambitionierten Zie-
1249 le des REPowerEU-Vorhabens, um Europas Abhängigkeit
1250 von fossilen Brennstoffen bis 2030 signifikant zu senken.
1251 Die Netto-Null-Industrie-Verordnung mit – u. a. dem Ziel
1252 der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren – ist ein
1253 wichtiger Schritt, um die Wertschöpfungskette zu einem
1254 großen Teil nach Europa zurückzubringen und qualifizier-
1255 te Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei werden wir die Elek-
1256 trifizierung weiter vorantreiben sowie die Produktion von
1257 erneuerbarem Wasserstoff und dessen Nutzung in schwer
1258 zu dekarbonisierenden Sektoren priorisieren, etwa in der
1259 Stahl-, Zement- und Papierindustrie, und in der Luft- bzw.
1260 Schifffahrt sowie dem Schwerlastverkehr. Der Aufbau ei-
1261 ner Wasserstoffinfrastruktur muss einhergehen mit dem
1262 weiter beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energi-
1263 en.

1264 Wir wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft. Angesichts
1265 von Ressourcenknappheit und der negativen Umweltaus-
1266 wirkungen des Materialverbrauchs, gehört der Kreislauf-
1267 wirtschaft die Zukunft. Dazu gehören eine höhere Res-

1268 sourceffizienz sowie die Wiederaufbereitung und Nut-
1269 zung von Abfällen in der Industrie. Auch im IKT-Sektor
1270 denken wir die Nachhaltigkeit mit und setzen auf En-
1271 ergieeffizienzmaßnahmen. Dies gilt sowohl für eine in-
1272 telligente Wärmenutzung im Gebäude-Sektor als auch
1273 bei Smart City-Ansätzen. Nachhaltigkeits-Mechanismen
1274 müssen auch hier EU-weit verankert werden. Gleichzeitig
1275 machen wir uns im Sinne einer Steigerung der Resilienz
1276 von Importen aus Drittstaaten unabhängiger und fördern
1277 die Rohstoffproduktion innerhalb der EU unter strengen
1278 Umwelt- und Sozialstandards.

1279 Neben diesen Investitionen in die Zukunft müssen wir na-
1280 türliche Lebensräume stärker schützen als dies bisher der
1281 Fall war. 81 Prozent der geschützten Lebensräume in Euro-
1282 pa befinden sich in einem unzureichenden oder schlech-
1283 ten Zustand. Wir müssen unsere wertvollen Ökosysteme
1284 sowie die Artenvielfalt wiederherstellen und schützen!
1285 Dafür werden wir Sozialdemokrat*innen in der nächsten
1286 Legislaturperiode die nötigen Maßnahmen treffen, um
1287 das Biodiversitätsabkommen von Montreal und die EU-
1288 Biodiversitätsstrategie umzusetzen. Wir werden ein ambi-
1289 tioniertes Gesetz zur Bodengesundheit verabschieden so-
1290 wie einen Fonds für die Wiederherstellung der Natur ein-
1291 richten, um der um sich greifenden Flächenversiegelung
1292 und dem Verlust natürlicher Lebensräume in der EU ent-
1293 gegenzuwirken.

1294 Die Klimakrise ist auch eine globale Gerechtigkeitskrise:
1295 von den reichsten zehn Prozent der Menschheit verur-
1296 sacht, ist sie jedoch besonders stark in ärmeren Staaten
1297 des zu spüren, die bereits jetzt mit ihren verheerenden
1298 Konsequenzen zu kämpfen haben. Aus diesem Grund ist
1299 es unabdinglich, dass Europa und Deutschland in der Ge-
1300 staltung der eigenen grünen Transformation solidarisch
1301 mit der internationalen Gemeinschaft, und insbesonde-
1302 re mit besonders vulnerablen Staaten, vorangehen. So
1303 sollten beispielsweise EU-Regelungen sicherstellen, dass
1304 Energie-Importe keine weiteren Ressourcen in den Pro-
1305 duktionsländern, wie Wasser oder Land, verknapfen und
1306 damit die nachhaltige Entwicklung vor Ort beeinträchti-
1307 gen. Die Berliner SPD setzt sich für eine Bildungsoffensi-
1308 ve ein, um landesweit an Schulen und in Unternehmen
1309 eigenständige Maßnahmen zur Umsetzung der Berliner
1310 Nachhaltigkeitsstrategie anzuregen.

1311 Ohne Frieden, ist alles nichts. Klimaschutz und soziale Ge-
1312 rechtigkeit sind Jahrhundertaufgaben, die in eine aktive
1313 Friedenspolitik und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten
1314 Nationen eingebettet sein müssen. Die Berliner SPD setzt
1315 sich für die Konzeption, Finanzierung und Errichtung ei-
1316 nes Forums für Frieden und Völkerrecht ein, in dem die
1317 Kompetenzen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirt-
1318 schaft, Medien und Politik zusammengeführt werden, um
1319 die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Berlin zu
1320 fördern und zu verstetigen.

1321

1322 **Sozial, klimaneutral, innovativ und bezahlbar!**

1323

1324 Die Jahrhundertaufgabe, die vor uns liegt, ist der Klima-
1325 schutz. Die Berliner SPD gestaltet die Transformation ak-
1326 tiv mit. Dabei vertrauen wir nicht ausschließlich auf den
1327 Markt. Soziale Härten werden ausgeglichen und niemand
1328 wird zurückgelassen. Wir sichern gute Arbeit, Mitbestim-
1329 mung in Betrieb und Unternehmen und gesellschaftliche
1330 Teilhabe durch alle Phasen der Transformation hindurch –
1331 das ist unser Zukunftsversprechen, für das wir uns auch
1332 auf der Bundesebene einsetzen. Wir wollen zeigen, dass
1333 wir Klimaschutz auch sozial gestalten können. In der SPD
1334 Berlin engagieren sich auf allen politischen Ebenen immer
1335 mehr Mitglieder in der Klimapolitik. In vielen Kreisen gibt
1336 es entsprechende Arbeitskreise. Auf Landesebene haben
1337 wir mehrere Fachausschüsse, die sich mit Themen des Kli-
1338 maschutzes befassen.

1339 Beim Klimaschutz geht es für uns nicht mehr um das Ob,
1340 sondern nur noch um das Wie: sozial, klimaneutral und für
1341 alle bezahlbar!

Antragsbuch 4

cvtx

19. September 2023

Inhaltsverzeichnis

Organisation	1
Antrag 08/II/2023	Jusos Landesvorstand
Antrag 08/II/2023 Zukunft geht nur mit der Partei! Für eine ernstgemeinte Erneuerung der SPD Berlin	
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>	1
Arbeit / Wirtschaft	6
Antrag 16/II/2023	KDV Friedrichshain-Kreuzberg
Antrag 16/II/2023 Arbeit fortschrittlich gestalten – die 32-Stunden-Woche	
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>	6
Antrag 17/II/2023	KDV Friedrichshain-Kreuzberg
Antrag 17/II/2023 Modellprojekt 32-Stunden-Woche	
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>	10
Antrag 18/II/2023	KDV Friedrichshain-Kreuzberg
Antrag 18/II/2023 Mindestlohn auf 14 Euro anheben	
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>	11
Antrag 19/II/2023	KDV Pankow
Antrag 19/II/2023 Für eine angemessene Mindestlohnerhöhung!	
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>	11
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	14
Antrag 29/II/2023	Abt. 06/10 Dahlem (Steglitz-Zehlendorf)
Antrag 29/II/2023 Wende auf dem Wohnungsmarkt – Für eine soziale Umsetzung der Vergesellschaftung des Wohnungsmarktes in Berlin	
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>	14
Antrag 108/I/2023	AG Selbst Aktiv Landesvorstand
Antrag 108/I/2023 Denk-Mal barrierefrei – Denk mal an und für alle Menschen	
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>	16
Familie / Kinder / Jugend	23
Antrag 49/II/2023	KDV Pankow
Antrag 49/II/2023 Wickeltische in öffentlichen Gebäuden und in der Gastronomie gesetzlich garantieren	
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>	23
Friedenspolitik	26
Antrag 67/I/2023	KDV Mitte
Antrag 67/I/2023 Sozialdemokratische Friedenspolitik: Außen- und Sicherheitspolitik gestalten	
<i>Annahme in der Fassung der AK</i>	26
Gesundheit	33
Antrag 78/II/2023	ASG Berlin
Antrag 78/II/2023 Krankheit und Tod gehören zum Leben – Pallativ- und Hospizversorgung stärken!	
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>	33

Antrag 101/I/2023	Jusos LDK	
Antrag 101/I/2023 Kein catchiger Titel, aber dafür catchige Krankheiten: für Testmöglichkeiten von STIs		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		34
Inneres / Recht		37
Antrag 96/II/2023	KDV Steglitz-Zehlendorf	
Antrag 96/II/2023 Raum für politische Arbeit schaffen!		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		37
Digital / Medien / Datenschutz		38
Antrag 105/II/2023	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	
Antrag 105/II/2023 Solidarität mit der kritischen Presse		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		38
Kultur		40
Antrag 174/II/2022	Jusos LDK	
Antrag 174/II/2022 Für Medien ohne Kapitalismus: Öffentlich-rechtlichen Rundfunk zukunftssicher und gerecht finanzieren		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		40
Antrag 109/II/2023	SPDqueer Berlin LDK	
Antrag 109/II/2023 Queere Geschichte bewahren und für alle zugänglich machen: ein zentrales queeres Archiv für Berlin aufbauen		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		43
Mobilität		45
Antrag 116/II/2023	KDV Pankow	
Antrag 116/II/2023 Grenzenloser Bahnverkehr in Europa		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		45
Antrag 146/I/2023	KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	
Antrag 146/I/2023 Verkehrswende in Berlin – Schienen-Kapazität der Stadtbahn ausbauen!		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		46
Antrag 147/I/2023	KDV Pankow	
Antrag 147/I/2023 Beschleunigung des Straßenbahnverkehrs – Optimierung bestehender Systeme		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		46
Soziales		48
Antrag 127/II/2023	KDV Pankow	
Antrag 127/II/2023 Sonnencreme für alle		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		48

Organisation

Antrag 08/II/2023

Jusos Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zukunft geht nur mit der Partei Für eine ernstgemeinte Erneuerung der SPD Berlin

1 Mit dem Antrag „Luft zum Atmen: Für eine starke Ber-
2 liner Sozialdemokratie als Motor des gesellschaftlichen
3 Fortschritts“ hat die SPD Berlin im Mai 2023 den Grund-
4 stein für einen innerparteilichen Erneuerungsprozess ge-
5 legt, der unabdingbar für die Zukunftsfähigkeit der Berli-
6 ner Sozialdemokratie ist. Für uns steht fest: Ohne einen
7 ernstgemeinten Neuanfang auf inhaltlicher und perso-
8 neller Ebene wird die SPD Berlin zukünftig keine führen-
9 de Rolle in der politischen Landschaft Berlins einnehmen
10 und das Ziel eines SPD-Wahlsieges 2026 und unsere Vision
11 eines sozialen und gerechten Berlins gefährden.

12 Die deutliche Zustimmung auf dem letzten Landespartei-
13 tag zur Forderung dieser Erneuerung hat ausdrücklich ge-
14 zeigt, dass die Mehrheit unseres höchsten beschlussfas-
15 sendenden Gremiums diesen Weg unterstützt. Nun müssen
16 wir die Weichen stellen, um dem Beschluss konkrete poli-
17 tische Taten folgen zu lassen. Allerdings sind seit dem
18 letzten Landesparteitag bisher keine Signale an die Partei
19 getragen worden, wie dieser Prozess aussehen soll. Daher
20 zeigt dieser Antrag weitere Leitlinien auf, die dazu beitra-
21 gen sollen, unsere sozialdemokratische Idee (wieder-) zu
22 finden und aus den gemachten Fehlern der Vergangenheit
23 die richtigen Schlüsse für eine erfolgreiche Zukunft zu zie-
24 hen - so wie wir es auf dem letzten Parteitag beschlossen
25 haben.

26
27 **Gemeinsam Fehler aufarbeiten geht nicht im Hinterzim-
28 mer!**

29 Nach der Wahlniederlage wurde die „Wahlen wieder ge-
30 winnen und Parteiorganisation Kommission“ seitens des
31 Landesvorstands eingesetzt. Diese Kommission, die größ-
32 tenteils aus Mitgliedern des Landesvorstands besteht, soll
33 Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie die SPD Berlin
34 wieder besser werden kann - sowohl innerparteilich als
35 auch in Bezug auf Wahlergebnisse. Wir wollen der Arbeit
36 der Kommission nicht vorgreifen. Gleichzeitig ist spätes-
37 tens nach dem knappen Ausgang des Mitgliedervotums
38 über die Regierungskoalition mit der CDU klar, dass die
39 Aufarbeitung des Wahlergebnisses, des Umgangs mitein-
40 ander besonders auch im Zuge des Mitgliedervotums und
41 auch die inhaltliche Ausrichtung der Partei nicht im Hin-
42 terzimmer von einigen wenigen Funktionär*innen vorge-
43 nommen werden kann.

44 Stattdessen braucht es ausgehend von den Hand-
45 lungsempfehlungen der „Wahlen wieder gewinnen“-
46 Kommission eine echte Auseinandersetzung mit den
47 Ergebnissen und den Willen zu notwendigen Reformen.
48 Das muss in der Breite der Partei geschehen. Daher muss

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Mit dem Antrag „Luft zum Atmen: Für eine starke Ber-
liner Sozialdemokratie als Motor des gesellschaftlichen
Fortschritts“ hat die SPD Berlin im Mai 2023 den Grund-
stein für einen innerparteilichen Erneuerungsprozess ge-
legt, der unabdingbar für die Zukunftsfähigkeit der Berli-
ner Sozialdemokratie ist. Für uns steht fest: Ohne einen
ernstgemeinten Neuanfang auf inhaltlicher und perso-
neller Ebene wird die SPD Berlin zukünftig keine führen-
de Rolle in der politischen Landschaft Berlins einnehmen
und das Ziel eines SPD-Wahlsieges 2026 und unsere Vision
eines sozialen und gerechten Berlins gefährden.

Die deutliche Zustimmung auf dem letzten Landespartei-
tag zur Forderung dieser Erneuerung hat ausdrücklich ge-
zeigt, dass die Mehrheit unseres höchsten beschlussfas-
senden Gremiums diesen Weg unterstützt. Nun müssen
wir die Weichen stellen, um dem Beschluss konkrete poli-
tische Taten folgen zu lassen. Allerdings sind seit dem letz-
ten Landesparteitag bisher zu wenige Signale an die Partei
getragen worden, wie dieser Prozess aussehen soll. Daher
zeigt dieser Antrag weitere Leitlinien auf, die dazu beitra-
gen sollen, unsere sozialdemokratische Idee (wieder-) zu
finden und aus den gemachten Fehlern der Vergangenheit
die richtigen Schlüsse für eine erfolgreiche Zukunft zu.

Gemeinsam Fehler aufarbeiten geht nicht im Hinterzim- mer!

Nach der Wahlniederlage wurde die „Wahlen wieder ge-
winnen und Parteiorganisation Kommission“ seitens des
Landesvorstands eingesetzt. Diese Kommission, die größ-
tenteils aus Mitgliedern des Landesvorstands besteht, soll
Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie die SPD Berlin
wieder besser werden kann – sowohl innerparteilich als
auch in Bezug auf Wahlergebnisse.

Es braucht ausgehend von den Handlungsempfehlungen
der „Wahlen wieder gewinnen“-Kommission eine tiefge-
hende Auseinandersetzung mit den Ergebnissen und den
Willen zu notwendigen Reformen. Das muss in der Brei-
te der Partei geschehen. Daher muss der Landesvorstand
Angebote zur Vorstellung und einer vertieften Diskussion
der Ergebnisse in den Gliederungen schaffen.

Daher fordern wir:

- eine regelmäßige parteiöffentliche Information über die Arbeit und die Handlungsempfehlungen der Kommission „Wahlen wieder gewinnen und Parteiorganisation“
- Präsentations- und Diskussionsangebote seitens des (geschäftsführenden) Landesvorstands für die Gliederungen, um über den Bericht der Kommissi-

49 der Landesvorstand Angebote zur Vorstellung und einer
50 vertieften Diskussion der Ergebnisse in den Gliederungen
51 schaffen.

52 Daher fordern wir:

- 53 • eine regelmäßige parteiöffentliche Information
54 über die Arbeit und die Handlungsempfehlungen
55 der Kommission „Wahlen wieder gewinnen und
56 Parteiorganisation“
- 57 • Präsentations- und Diskussionsangebote seitens
58 des (geschäftsführenden) Landesvorstands für die
59 Gliederungen, um über den Bericht der Kommissi-
60 on ins Gespräch zu kommen und diesen (kritisch) zu
61 diskutieren und die Ergebnisse der Diskussionen in
62 die finalen Empfehlungen der Kommission einzuar-
63 beiten.
- 64 • Die zeitnahe Vorlage der Befragungsergebnisse der
65 Umfrage zur Untersuchung des Mitgliedervotums.
66 Die Erkenntnisse der Umfrage stellen eine wichtige
67 Grundlage für den weiteren Debattenprozess dar.
68 Es ist deshalb unabdingbar, dass den Mitgliedern
69 der SPD eine vollständige Zusammenstellung der
70 Antworten zu den einzelnen Fragen vorgelegt wird
71 und keine komprimierte Auswertung der Ergebnis-
72 se, die möglicherweise schon Wertungen der Befra-
73 gung vorwegnimmt.

74

75 **Partei-Erneuerung beginnt jetzt!**

76 Fest steht, dass wir keine Zeit haben, die Erneuerung un-
77 serer Partei hinauszuzögern. Unsere Partei ist nach wie
78 vor in der Öffentlichkeit nicht mit eigenständigen Impul-
79 sen sichtbar. Es fehlt an einer zusammenhängenden Idee
80 für die politische Gestaltung unserer Stadt. Es fehlt an ei-
81 ner Vision, die die verschiedenen Politikfelder mit einer
82 sozialdemokratischen Klammer zusammenbringt. Nicht
83 nur viele Bürger*innen, sondern auch unsere Mitglieder
84 wünschen sich aber genau das: ein klares Leitbild, was
85 für uns Sozialdemokratie bedeutet und Instrumente, die
86 diese Erzählung in konkretes politisches Handeln überset-
87 zen. Die vielen Austritte in den letzten Monaten haben
88 gezeigt, dass wir schnell handeln müssen. Solche inhalt-
89 lichen Diskussionsräume zu öffnen, ist Aufgabe des ge-
90 schäftsführenden Landesvorstandes. Da bisher keine Ide-
91 en des geschäftsführenden Vorstands vorliegen, bekräfti-
92 gen und konkretisieren wir hiermit unsere Forderung nach
93 Debattencamps in Anlehnung an die Debattencamps der
94 Bundes-SPD 2018. Diese sollen spätestens mit Beginn
95 des kommenden Jahres zu spezifischen Themen organi-
96 siert werden. Zusammen mit Bündnispartner*innen, Ex-
97 pert*innen, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und un-
98 seren Mitgliedern sollen Diskussionsräume angeboten
99 werden, damit die gesamte Breite der Partei an der inhalt-
100 lichen Neuausrichtung teilhaben und diese mit eigenen
101 Impulsen gestalten kann.

102 Diese thematische Fokussierung soll zur Schärfung unse-
103 res Profils einerseits nach außen (durch z.B. Forderungen)

on ins Gespräch zu kommen und diesen (kritisch) zu
diskutieren und die Ergebnisse der Diskussionen in
die finalen Empfehlungen der Kommission einzuar-
beiten.

- Die zeitnahe Vorlage der Befragungsergebnisse der
Umfrage zur Untersuchung des Mitgliedervotums.
Die Erkenntnisse der Umfrage stellen eine wichtige
Grundlage für den weiteren Debattenprozess dar.
Es ist deshalb unabdingbar, dass den Mitgliedern
der SPD eine vollständige Zusammenstellung der
Antworten zu den einzelnen Fragen vorgelegt wird
und keine komprimierte Auswertung der Ergebnis-
se, die möglicherweise schon Wertungen der Befra-
gung vorwegnimmt.

Partei-Erneuerung beginnt jetzt!

Fest steht, dass wir keine Zeit haben, die Erneuerung un-
serer Partei hinauszuzögern. Unsere Partei ist nach wie
vor in der Öffentlichkeit nicht mit eigenständigen Impul-
sen sichtbar. Es fehlt an einer zusammenhängenden
Idee für die politische Gestaltung unserer Stadt. Es fehlt
an einer Vision, die die verschiedenen Politikfelder mit
einer sozialdemokratischen Klammer zusammenbringt.
Nicht nur viele Bürger*innen, sondern auch unsere Mit-
glieder wünschen sich aber genau das: ein klares Leit-
bild, was für uns Sozialdemokratie bedeutet und Instru-
mente, die diese Erzählung in konkretes politisches Han-
deln übersetzen. Solche inhaltlichen Diskussionsräume zu
öffnen, ist Aufgabe des geschäftsführenden Landesvor-
standes. Da bisher keine Ideen des geschäftsführenden
Vorstands vorliegen, bekräftigen und konkretisieren wir
hiermit unsere Forderung nach Debattencamps in Anleh-
nung an die Debattencamps der Bundes-SPD 2018. Die-
se sollen spätestens mit Beginn des kommenden Jah-
res zu spezifischen Themen organisiert werden. Zusam-
men mit Bündnispartner*innen, Expert*innen, zivilgesell-
schaftlichen Akteur*innen und unseren Mitgliedern sollen
Diskussionsräume angeboten werden, damit die gesamte
Breite der Partei an der inhaltlichen Neuausrichtung teil-
haben und diese mit eigenen Impulsen gestalten kann.
Diese thematische Fokussierung soll zur Schärfung unse-
res Profils einerseits nach außen (durch z.B. Forderungen)
und andererseits nach innen (z.B. Einbindung unserer Mit-
gliedschaft, Stärkung der Zusammenarbeit mit Bündnis-
partner*innen) beitragen. Dieser Prozess ist Teil zur Ausar-
beitung einer neuen Programmatik, welche vom Landes-
vorstand zu organisieren ist. Der Zeitpunkt zum Start die-
ser Debattencamps ist bewusst vor die Parteiwahlen ge-
legt worden. Nach den Parteiwahlen sind unmittelbar die
Wahlen zum Europäischen Parlament, an die sich wieder-
um die Sommerpause anschließt. Die Erneuerung und in-
haltliche Ausrichtung unserer Partei kann aber nicht län-
ger warten!

Somit fordern wir:

104 und andererseits nach innen (z.B. Einbindung unserer Mit-
 105 gliedschaft, Stärkung der Zusammenarbeit mit Bündnis-
 106 partner*innen) beitragen. Dieser Prozess ist Teil zur Ausar-
 107 beitung einer neuen Programmatik, welche vom Landes-
 108 vorstand zu organisieren ist. Der Zeitpunkt zum Start die-
 109 ser Debattencamps ist bewusst vor die Parteiwahlen ge-
 110 legt worden. Nach den Parteiwahlen sind unmittelbar die
 111 Wahlen zum Europäischen Parlament, an die sich wieder-
 112 um die Sommerpause anschließt. Die Erneuerung und in-
 113 haltliche Ausrichtung unserer Partei kann aber nicht län-
 114 ger warten!

115

116 Somit fordern wir:

- 117 • die Ausrichtung von Debattencamps/Kongressen
 118 ab spätestens Januar 2024 zu jeweils spezifischen
 119 übergeordneten Themen unter Beteiligung von
 120 Bündnispartner*innen und der Zivilgesellschaft.
- 121 • eine darauf basierende Erarbeitung einer neuen Pro-
 122 grammatik für die Berliner SPD, die eine Vision für
 123 die Stadt 2030 zeichnet.

124

125 Im Mai 2023 haben wir uns auch dazu bekannt, die Be-
 126 gleitung der Arbeit in der schwarz-roten Koalition auf ei-
 127 ne breite, Partei-öffentliche Grundlage zu stellen. Es gilt,
 128 gemeinsam zu bewerten, wo sozialdemokratische Projek-
 129 te des Koalitionsvertrags voranschreiten, wo die Arbeit an
 130 in der Koalition möglichen Projekten intensiviert werden
 131 muss und wo Kernanliegen der Berliner SPD in der Koali-
 132 tion nicht umsetzbar sind. Diese Erkenntnisse sind auch
 133 eine wichtige Grundlage für die Debattencamps - denn
 134 ein gemeinsames Verständnis von der Umsetzbarkeit so-
 135 zialdemokratischer Ziele unter den Bedingungen der be-
 136 stehenden Koalition schärft den Blick für die noch zu klä-
 137 renden mittel- und langfristigen Linien.

138 Somit fordern wir:

- 139 • Durchführung von mindestens 4 thematischen Foren zur Beglei-
 140 tung der schwarz-roten Koalition unter Einbeziehung der jeweils involvierten Arbeitsge-
 141 meinschaften und Fachausschüsse
- 142 • Aufbereitung der Ergebnisse für die weitere Arbeit
 143 in den Debattencamps

144

146 **Update für den Landesvorstand**

147 Diese beschriebene inhaltliche Erneuerung ist zwingend
 148 notwendig, damit die Berliner*innen wissen, wofür die
 149 SPD Berlin steht und welche Ideen wir für die Stadt ha-
 150 ben. Inhalte allein reichen aber nicht aus, um verloren-
 151 gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Neben einer
 152 mutmachenden und packenden Erzählung für das Berlin
 153 der Zukunft brauchen wir auch eine personelle Verände-
 154 rung an der Spitze unserer Partei. Unsere Stärke liegt in
 155 der Vielschichtigkeit unserer Mitglieder. Wir sind so un-
 156 terschiedlich wie Berlin und können die Stadt auch in un-
 157 serer Führung abbilden. Repräsentanz der verschiedenen
 158 gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere solche, die in

- die Ausrichtung von Debattencamps/Kongressen ab spätestens Januar 2024 zu jeweils spezifischen übergeordneten Themen unter Beteiligung von Bündnispartner*innen und der Zivilgesellschaft.
- eine darauf basierende Erarbeitung einer neuen Programmatik für die Berliner SPD, die eine Vision für die Stadt 2030 zeichnet.

Im Mai 2023 haben wir uns auch dazu bekannt, die Begleitung der Arbeit in der schwarz-roten Koalition auf eine breite, Partei-öffentliche Grundlage zu stellen. Es gilt, gemeinsam zu bewerten, wo sozialdemokratische Projekte des Koalitionsvertrags voranschreiten, wo die Arbeit an in der Koalition möglichen Projekten intensiviert werden muss und wo Kernanliegen der Berliner SPD in der Koalition nicht umsetzbar sind. Diese Erkenntnisse sind auch eine wichtige Grundlage für die Debattencamps – denn ein gemeinsames Verständnis von der Umsetzbarkeit sozialdemokratischer Ziele unter den Bedingungen der bestehenden Koalition schärft den Blick für die noch zu klärenden mittel- und langfristigen Linien.

Somit fordern wir:

- Durchführung von thematischen Foren zur Begleitung der schwarz-roten Koalition unter Einbeziehung der jeweils involvierten Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse
- Aufbereitung der Ergebnisse für die weitere Arbeit in den Debattencamps

Update für den Landesvorstand

Diese beschriebene inhaltliche Erneuerung ist zwingend notwendig, damit die Berliner*innen wissen, wofür die SPD Berlin steht und welche Ideen wir für die Stadt haben. Inhalte allein reichen aber nicht aus, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Neben einer mutmachenden und packenden Erzählung für das Berlin der Zukunft brauchen wir auch eine personelle Veränderung an der Spitze unserer Partei. Unsere Stärke liegt in der Vielschichtigkeit unserer Mitglieder. Wir sind so unterschiedlich wie Berlin und können die Stadt auch in unserer Führung abbilden. Repräsentanz der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere solche, die in der Politik bisher unterrepräsentiert sind, spielt dabei eine wichtige Rolle. Aber auch politische Vorhaben für die ehrenamtliche Arbeit in unserer Partei müssen wieder mehr in den Fokus rücken.

Ein Vorstand, der überwiegend aus Mandatsträger*innen oder im politischen Betrieb Beschäftigten zusammengesetzt ist, verkennt die Lebensrealitäten Berlins. Gleichzeitig muss – wie oben beschrieben – unsere Partei wieder mehr Eigenständigkeit zur Entwicklung neuer politischer Antworten bekommen. Dass diese Antworten nicht immer die Senatslinie unterstützen, ist ein Vorteil, den wir brauchen, um als Partei auch abseits der Regierung und somit abseits unserer Koalitionspartner*innen mit politi-

159 der Politik bisher unterrepräsentiert sind, spielt dabei eine
160 wichtige Rolle. Aber auch politische Vorhaben für die eh-
161 renamtliche Arbeit in unserer Partei müssen wieder mehr
162 in den Fokus rücken.

163 Ein Vorstand, der überwiegend aus Mandatsträger*innen
164 oder im politischen Betrieb Beschäftigten zusammenge-
165 setzt ist, verkennt die Lebensrealitäten Berlins. Gleichzei-
166 tig muss - wie oben beschrieben - unsere Partei wieder
167 mehr Eigenständigkeit zur Entwicklung neuer politischer
168 Antworten bekommen. Dass diese Antworten nicht im-
169 mer die Senatslinie unterstützen, ist ein Vorteil, den wir
170 brauchen, um als Partei auch abseits der Regierung und
171 somit abseits unserer Koalitionspartner*innen mit politi-
172 schen Ideen wahrgenommen zu werden. Nur wenn wir
173 zulassen, dass die SPD Berlin eigenständig politische An-
174 sätze zur Bewältigung gesellschaftlicher Krisen und eine
175 Vision für Berlin entwirft und aktiv nach außen vertritt,
176 können wir erfolgreich werden. Der inhaltliche und per-
177 sonelle Motor ist die Partei. Dass dieser wieder anspringt,
178 ist unsere Aufgabe. Die Bundesebene hat uns gezeigt, wie
179 eine eigenständige und wahrnehmbare Partei zu Wahler-
180 folgen führen kann. Die Geschicke der Partei werden auf
181 vielen Ebenen von Ehrenamtlichen geleistet – dass das
182 auch im obersten Führungsgremium gelingt, ist uns wich-
183 tig. Deshalb bekräftigen wir den Beschluss, wonach im ge-
184 schäftsführenden Landesvorstand der SPD künftig nicht
185 mehrheitlich Genoss*innen vertreten sein sollen, die als
186 Staatssekretär*innen, Senator*innen oder Fraktionsvorsit-
187 zende die Landesregierung maßgeblich tragen, und keine
188 Doppelspitze aus zwei der genannten Amtsträger*innen
189 gebildet werden soll.

190 Die beschriebene notwendige inhaltliche und personel-
191 le Vielfalt gilt aber nicht nur für den geschäftsführen-
192 den Landesvorstand, sondern auch für die Beisitzer*innen
193 im Landesvorstand. Die Aufgaben, vor denen wir als Par-
194 tei stehen, sind gewaltig - die zu leistenden Arbeit wird
195 nicht abnehmen. Der gesamte Landesvorstand braucht
196 daher ein Update. Die Wahl des Landesvorstands insge-
197 samt, aber besonders des geschäftsführenden Vorstands,
198 muss wieder ein Wettbewerb der Ideen werden und nicht
199 eine Bekanntmachung per Dienstagsbrief. Auch diese De-
200 batten müssen wieder mehr in die Breite der Partei getra-
201 gen werden.

202

203 Wir fordern, daher

- 204 • dass die zu wählenden Beisitzer*innen des Landes-
205 vorstands mit konkreten Projekten/ Themen antre-
206 ten sollen. So können Zuständigkeiten im Vorhin-
207 ein festgelegt und die alltägliche Arbeit auf mehrere
208 Schultern verteilt werden.
- 209 • Mitgliederforen, bei denen sich alle Kandidat*innen
210 für den Landesvorstand sich und ihre Ideen vorstel-
211 len und Fragen der Mitglieder beantworten können.
212 Hierbei ist angedacht, dass es mindestens vier Re-
213 gionalkonferenzen (Ost, West, Nord, Süd) gibt, wel-

schen Ideen wahrgenommen zu werden. Nur wenn wir
zulassen, dass die SPD Berlin eigenständig politische An-
sätze zur Bewältigung gesellschaftlicher Krisen und eine
Vision für Berlin entwirft und aktiv nach außen vertritt,
können wir erfolgreich werden. Der inhaltliche und per-
sonelle Motor ist die Partei. Dass dieser wieder anspringt,
ist unsere Aufgabe. Die Bundesebene hat uns gezeigt, wie
eine eigenständige und wahrnehmbare Partei zu Wahler-
folgen führen kann. Die Geschicke der Partei werden auf
vielen Ebenen von Ehrenamtlichen geleistet – dass das
auch im obersten Führungsgremium gelingt, ist uns wich-
tig. Deshalb bekräftigen wir den Beschluss, wonach im ge-
schäftsführenden Landesvorstand der SPD künftig nicht
mehrheitlich Genoss*innen vertreten sein sollen, die als
Staatssekretär*innen, Senator*innen oder Fraktionsvorsit-
zende die Landesregierung maßgeblich tragen, und keine
Doppelspitze aus zwei der genannten Amtsträger*innen
gebildet werden soll.

Die beschriebene notwendige inhaltliche und personel-
le Vielfalt gilt aber nicht nur für den geschäftsführen-
den Landesvorstand, sondern auch für die Beisitzer*innen
im Landesvorstand. Die Aufgaben, vor denen wir als Par-
tei stehen, sind gewaltig – die zu leistenden Arbeit wird
nicht abnehmen. Der gesamte Landesvorstand braucht
daher ein Update. Die Wahl des Landesvorstands insge-
samt, aber besonders des geschäftsführenden Vorstands,
muss wieder ein Wettbewerb der Ideen werden. Auch die-
se Debatten müssen wieder mehr in die Breite der Partei
getragen werden.

Wir fordern, daher

- dass die zu wählenden Beisitzer*innen des Landes-
vorstands mit konkreten Projekten/ Themen antre-
ten sollen. So können Zuständigkeiten im Vorhin-
ein festgelegt und die alltägliche Arbeit auf mehrere
Schultern verteilt werden.
- Mitgliederforen, bei denen sich alle Kandidat*innen
für den Landesvorstand sich und ihre Ideen vorstel-
len und Fragen der Mitglieder beantworten können.
Hierbei ist angedacht, dass es mehrere Regionalkon-
ferenzen gibt, welche extern moderiert werden.

Wir sind überzeugt, dass die Sozialdemokratie nicht nur
eine politische Ideologie mit einer langen Tradition ist,
sondern auch die entscheidende politische Idee der Zu-
kunft sein kann. Als Sozialdemokrat*innen müssen wir
diese Zukunft nicht scheuen, sondern sie gestalten. Mit
dem hier skizzierten Beteiligungsprozess machen wir da-
für einen weiteren Schritt.

214 che extern moderiert werden.

215

216 Wir sind überzeugt, dass die Sozialdemokratie nicht nur
217 eine politische Ideologie mit einer langen Tradition ist,
218 sondern auch die entscheidende politische Idee der Zu-
219 kunft sein kann. Als Sozialdemokrat*innen müssen wir
220 diese Zukunft nicht scheuen, sondern sie gestalten. Mit
221 dem hier skizzierten Beteiligungsprozess machen wir da-
222 für einen weiteren Schritt.

Arbeit / Wirtschaft**Antrag 16/II/2023****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Arbeit fortschrittlich gestalten – die 32-Stunden-Woche**

1 Die sozialdemokratischen Verantwortungsträger:innen
 2 auf der kommunalen Ebene, Landes- und Bundesebene
 3 werden aufgefordert, die aktuelle Debatte über die wö-
 4 chentliche Regelarbeitszeit zu nutzen, um den Weg für
 5 echte Verbesserungen für Beschäftigte zu bereiten.

6
 7 Echte Verbesserungen setzen dabei voraus:

- 8 • mehr frei verfügbare Zeit für die Beschäftigten,
- 9 • keine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes (z.B. kei-
 10 ne Änderung des allgemeinen Achtstundentags und
 11 von Ruhezeiten),
- 12 • keine Abstriche bei Vergütung, Urlaubsansprüchen
 13 und anderen beschäftigungsbezogenen Leistungen.

14
 15 Abzulehnen sind unter diesen Gesichtspunkten sowohl
 16 Ansätze, bei denen die Wochenarbeitszeit aktueller Voll-
 17 zeitbeschäftigungen nur auf wenige Tage umverteilt wird
 18 als auch Ansätze, welche für die Beschäftigten keine reale
 19 Verbesserung gegenüber Teilzeitmodellen bedeuten. Das
 20 Ziel ist eine gleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit über
 21 die Erwerbsbevölkerung hinweg mit dem Ziel einer 32-
 22 Stunden-Woche als Regelarbeitszeit für alle Beschäftig-
 23 ten.

24
 25 Wie auch bei der Durchsetzung der Vierzigstundenwo-
 26 che als Regelwochenarbeitszeit kommt in der aktuel-
 27 len Diskussion Gewerkschaften eine Schlüsselrolle zu.
 28 Die Sozialdemokratie unterstützt entsprechende Initiati-
 29 ven der Gewerkschaften sowie die Umsetzung von Mo-
 30 dellversuchen. Sozialdemokratische Verantwortungsträ-
 31 ger*innen auf allen Ebenen sind aufgefordert Versuche,
 32 arbeitsrechtliche Regelungen zu Ungunsten der Arbeit-
 33 nehmer*innen zu ändern, abzuwehren und über die Mög-
 34 lichkeiten und Vorteile der 32-Stunden-Woche aufzuklä-
 35 ren.

36
 37 Besonders unterstützenswert sind Modellversuche in Be-
 38 reichen mit unterdurchschnittlicher Vergütung und über-
 39 durchschnittlicher Gesundheitsbelastung.

Begründung

40
 41 Der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen war für die So-
 42 zialdemokratie von Anfang an auch ein Kampf für eine ge-
 43 rechtliche Verteilung von Zeit. Bis zu seiner Einführung 1918
 44 war der Achtstundentag die vielleicht bekannteste kon-
 45 krete Forderung der SPD. Was heute für die meisten selbst-
 46 verständlich ist, war lange Zeit eine eher utopische Forde-
 47

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Verantwortungsträger:innen
 auf der kommunalen Ebene, Landes- und Bundesebene
 werden aufgefordert, die aktuelle Debatte über die wö-
 chentliche Regelarbeitszeit zu nutzen, um den Weg für
 echte Verbesserungen für Beschäftigte zu bereiten.

Echte Verbesserungen setzen dabei voraus:

- mehr frei verfügbare Zeit für die Beschäftigten,
- keine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes (z.B. kei-
 ne Verschlechterung beim allgemeinen Achtstun-
 dentag und bei Ruhezeiten),
- keine Verschlechterungen in Berufen mit besonde-
 ren Belastungen (z.B. bei Schichtwechsel),
- voller Lohnausgleich, keine Abstriche bei Urlaubsan-
 sprüchen und anderen beschäftigungsbezogenen
 Leistungen.

Abzulehnen sind unter diesen Gesichtspunkten sowohl
 Ansätze, bei denen die Wochenarbeitszeit aktueller Voll-
 zeitbeschäftigungen nur auf wenige Tage umverteilt wird
 als auch Ansätze, welche für die Beschäftigten keine reale
 Verbesserung gegenüber Teilzeitmodellen bedeuten. Das
 Ziel ist eine gleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit über
 die Erwerbsbevölkerung hinweg. Langfristiges Ziel ist die
 Orientierung an einer 32-Stunden-Woche als Vollzeit für
 alle Beschäftigte

Wie auch bei der Durchsetzung der Vierzigstundenwo-
 che als Regelwochenarbeitszeit kommt in der aktuel-
 len Diskussion Gewerkschaften eine Schlüsselrolle zu.
 Die Sozialdemokratie unterstützt entsprechende Initiati-
 ven der Gewerkschaften sowie die Umsetzung von Mo-
 dellversuchen. Sozialdemokratische Verantwortungsträ-
 ger*innen auf allen Ebenen sind aufgefordert Versuche,
 arbeitsrechtliche Regelungen zu Ungunsten der Arbeit-
 nehmer*innen zu ändern, abzuwehren und über die Mög-
 lichkeiten und Vorteile der 32-Stunden-Woche aufzuklä-
 ren.

Besonders unterstützenswert sind Modellversuche in Be-
 reichen mit unterdurchschnittlicher Vergütung und über-
 durchschnittlicher Gesundheitsbelastung.

48 rung. Auch die Vierzigstunden- und Fünftagewoche sind
49 Ergebnis hartnäckiger gemeinsamer Anstrengungen von
50 SPD und Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie muss sich
51 deshalb heute in der aufkeimenden Debatte zur Neuver-
52 handlung der Arbeitszeit klar positionieren, um für echte
53 Verbesserungen kämpfen zu können.

54

55 Im Mai 2023 kommentierte das Statistische Bundesamt
56 die höheren Tarifabschlüsse wie folgt: "Die hohe Inflati-
57 on zehrt das Lohnwachstum für die Beschäftigten auch
58 zum Jahresbeginn 2023 mehr als auf" - übrigens das vierte
59 Jahr in Folge. Stetig gestiegen ist dagegen die Arbeitspro-
60 duktivität in Deutschland, laut des Statistischen Bundes-
61 amts mit Zuwächsen selbst im Krisenjahr 2020. Insgesamt
62 stieg die Arbeitsproduktivität 2022 im Vergleich zu 2019
63 um 1,5%. Das Ziel höherer Tarifabschlüsse ist also mehr
64 als berechtigt. Ein Bestandteil entsprechender Forderun-
65 gen könnte neben besseren finanziellen Bedingungen al-
66 lerdings auch eine Reduzierung der Arbeitszeit sein: Eine
67 Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung von Mai 2023 zeigt,
68 dass vier von fünf Vollzeitbeschäftigten sich eine Vier-
69 tageweche mit entsprechend niedrigerer Wochenarbeits-
70 zeit, in der Praxis also oft eine 32-Stunden-Woche, wün-
71 schen. Für 73% kommt eine Reduzierung der Arbeitszeit
72 allerdings nur in Frage, wenn damit keine Lohneinbußen
73 verbunden sind.

74

75 Weshalb wünschen sich Menschen kürzere Wochenar-
76 beitszeiten? Laut derselben Umfrage sagen 97% bzw. 89%,
77 dass sie mehr Zeit für sich bzw. für die Familie haben
78 möchten. 87% hätten gerne mehr Zeit für Hobbies, Sport
79 und Ehrenamt. 75% möchten ihre Arbeitsbelastung verrin-
80 gern, 31% wünschen sich sogar weniger zu arbeiten, um
81 gesundheitliche Probleme besser bewältigen zu können.

82

83 Bei diesen Wünschen geht es nicht einfach um Vorlieben,
84 sondern um Grundbedürfnisse. Die Journalistin und Au-
85 torin Teresa Bücker zeigt in ihrem Buch „Alle Zeit“, was das
86 bedeutet: Zum einen ist selbst die Vierzigstundenwoche
87 für die durchschnittliche Vollzeit-Arbeitnehmerin heute
88 noch keine Realität, durchschnittlich arbeiten Vollzeitbe-
89 schäftigte sogar 43,5 Stunden in der Woche. Das wiegt
90 besonders bei Frauen umso schwerer, weil sie noch im-
91 mer den größten Anteil der Care- bzw. Sorgearbeit leis-
92 ten, im Schnitt vier unbezahlte Stunden pro Tag. Die alte
93 Losung für den Achtstudententag, "acht Stunden arbeiten,
94 acht Stunden schlafen und acht Stunden Freizeit und Er-
95 holung" ist also für viele Menschen nie erfüllt worden. Die
96 Zeitfrage geht dabei weit über „Freizeit und Erholung“ hin-
97 aus: wer keine Zeit hat, wird weder als Kassierer:in des lo-
98 kalen Sportvereins zum Zusammenhalt vor Ort beitragen
99 noch als Kandidat:in für politische Ämter die Demokra-
100 tie stärken. In Zeiten, in denen die Mitgliedschaft von Ver-
101 eien sowieso dramatisch ab- und die Entfremdung von
102 „der Politik“ zunimmt, muss man sich die Frage stellen, ob

103 wir uns die aktuellen Arbeitszeiten weiter leisten können
104 und wollen.

105

106 Das gilt auch wortwörtlich: laut der Studie „Entspann
107 dich, Deutschland!“ der Techniker Krankenkasse aus dem
108 Jahr 2021 leiden in Deutschland rund acht Millionen Men-
109 schen an psychischen Beschwerden durch Stress, Haupt-
110 faktoren sind dabei „Arbeitszeiten jenseits 40 Wochen-
111 stunden, die schiere Arbeitsmenge, Termindruck und Het-
112 ze“. Besonders verschärft hat sich die Situation bei Frau-
113 en in den ersten Jahren der Corona-Krise, ganze 30% be-
114 richteten wegen wegbrechender Unterstützung bei der
115 Sorgearbeit von extremem Stress. Die Folge sind oft erns-
116 te gesundheitliche Beschwerden, die vor allem in zuneh-
117 mendem Alter auch zu hohen Mehrkosten im Gesund-
118 heitssystem führen. Wegen des großen Einflusses von Ar-
119 beitszeitregelungen auf die Gesundheit ist es insgesamt
120 wichtig, bei Änderungen der Arbeitszeit Folgewirkungen
121 zu beachten: so sollte z.B. einerseits der Sonderurlaub für
122 Menschen mit Schwerbehinderung nicht geringer ausfal-
123 len, wenn sich die reguläre Wochenarbeitszeit verringert,
124 andererseits kann eine solche Veränderung durch insge-
125 samt gesündere Arbeitsbedingungen bessere Vorausset-
126 zung für Inklusion am Arbeitsplatz schaffen.

127

128 Eine 32-Stunden-Woche wäre also aus vielen Gründen
129 sinnvoll, aber ist sie umsetzbar?

130

131 Kritiker*innen von Arbeitszeitverkürzungen weisen gerne
132 auf den herrschenden Fachkräftemangel hin. Tatsächlich
133 fehlt es aber theoretisch gar nicht an potenziellen Arbeits-
134 kräften, wie Teresa Bücker ebenfalls zeigt: 15 Millionen
135 Menschen arbeiten in Deutschland aktuell in Teilzeit, dem
136 stehen die oben genannten massiven Überstunden bei in
137 Vollzeit Beschäftigten gegenüber. Weniger arbeiten vor al-
138 lem Mütter: bei ihnen lag die Teilzeitquote nach Anga-
139 ben des Statistischen Bundesamts 2020 bei 66%, bei Vä-
140 tern dagegen nur bei 7%. Frauen ohne Kinder arbeiteten
141 zu 35%, Männer ohne Kinder zu 12% in Teilzeit. Die häufige-
142 re Teilzeitbeschäftigung bei Frauen hat dabei dramatische
143 Auswirkungen auf ihre Rentenansprüche, ebenfalls nach
144 Zahlen des Statistischen Bundesamts liegen die Altersein-
145 künfte von Frauen 29,9% niedriger als die von Männern.

146

147 Würde man das jährliche Gesamtarbeitsvolumen gleich-
148 mäßig auf alle Erwerbstätigen verteilen, läge die Wochen-
149 arbeitszeit bei etwa 30 Stunden pro Woche. Statt Men-
150 schen also weiterhin lange - oder sogar noch länger - ar-
151 beiten lassen zu wollen, könnte man also fragen, was ge-
152 tan werden muss, um die berufliche Ausbildung zu ver-
153 bessern und Arbeit attraktiver zu machen. Bei letzterem
154 können Zeitfragen eine entscheidende Rolle spielen, zum
155 Beispiel auch in der Pflege: in der Studie „Fachkräfteman-
156 gel im deutschen Gesundheitswesen 2022“ von Pricewa-
157 terhouseCoopers aus dem letzten Jahr steht für potenzi-

158 elle Pflegekräfte bei der Frage, was sie zur dauerhaften Ar-
159 beit in der Pflege motivieren würde, zwar eine bessere Be-
160 zahlung an erster Stelle (68,3%), bereits an zweiter Stelle
161 folgen aber bessere Arbeitszeiten (49,0%). Doch wie sieht
162 es in der Praxis aus?

163

164 Pilotprojekte in verschiedenen Ländern haben gezeigt,
165 dass unterschiedliche Modelle zur Veränderung der Wo-
166 chenarbeit sowohl in der Annahme als auch in den Aus-
167 wirkungen deutlich unterschiedliche Ergebnisse erzielen:
168 Beispielsweise wurde in Island von 2015 bis 2017 in zwei
169 Großprojekten bei 1,3% der gesamten Arbeitsbevölkerung
170 die Arbeitszeit ohne Einkommenseinbußen reduziert; in
171 Großbritannien haben 2022 61 Firmen mit insgesamt
172 2.900 Beschäftigten die Wochenarbeitszeit in einem ähn-
173 lichen Experiment für sechs Monate um 20% reduziert; in
174 Belgien gibt es ebenfalls seit 2022 eine landesweite Ge-
175 setzgebung, die es Beschäftigten grundsätzlich erlaubt,
176 ihre bestehende Vollarbeitszeit auf vier Tage umzuvertei-
177 len.

178 Sowohl in Island als auch in Großbritannien waren die
179 Ergebnisse dabei sehr positiv: die isländischen Ergebnis-
180 se aus dem Bericht „Going Public: Iceland’s Journey To A
181 Shorter Work Week“ zeigen nicht nur weniger Stress, eine
182 höhere Zufriedenheit und eine gerechtere Verteilung von
183 Sorgearbeit, sondern auch eine höhere Produktivität, die
184 im Studienzeitraum kürzere Arbeitszeiten ausglich und ei-
185 ne gleichbleibende Servicequalität sicherstellte. Das galt
186 selbst für Dienststellen mit Notfällen und im Dauerbe-
187 trieb wie das Jugendamt. Als Folge dieser positiven Ergeb-
188 nisse konnten nach Ende des Projekts für 86% der isländi-
189 schen Arbeitnehmer*innen kürzere Arbeitszeiten oder zu-
190 mindest ein Anspruch darauf erreicht werden. In Großbri-
191 tannien vermeldeten 39% der Arbeitnehmer*innen weni-
192 ger Stress, 60% eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und
193 privaten Verpflichtungen und 73% eine höhere Lebenszu-
194 friedenheit. Bei den teilnehmenden Unternehmen stie-
195 gen Umsätze im Zeitraum um 1,4%, Kündigungen nahmen
196 um 57% und Krankmeldungen um 65% ab. 56 der 61 be-
197 teiligten Firmen haben deshalb beschlossen, die Änderun-
198 gen beizubehalten.

199 Weniger erfolgreich ist das belgische Modell, das zu über-
200 langen Arbeitstagen führt: im April 2023 nahmen nur
201 0,73% der belgischen Beschäftigten die rechtliche Mög-
202 lichkeit wahr, eine Viertagewoche zu beantragen. Einer
203 der Hauptgründe ist dabei laut einer Umfrage des Mei-
204 nungsforschungsinstitut Securex, dass Belgier*innen an
205 den Vorteilen dieses Modells zweifeln. Diese Zweifel de-
206 cken sich durchaus mit dem Stand der Forschung zum
207 Thema: laut der Stellungnahme „Arbeitswissenschaftli-
208 che Erkenntnisse zu Arbeitszeit und gesundheitlichen
209 Auswirkungen“ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und
210 Arbeitsmedizin von 2021 führen lange Arbeitszeiten zu
211 einer erhöhten Gefahr von Schlafstörungen, Depressio-
212 nen und anderen psychischen Erkrankungen, Herzinfark-

213 ten und Schlaganfällen, aber z.B. auch zu mehr Unfällen
214 auf dem Heimweg von der Arbeit.

215

216 Insgesamt deuten deshalb bisherige Ergebnisse aus der
217 Praxis darauf hin, dass eine 32-Stunden-Woche auch wirt-
218 schaftliche Vorteile bringen könnte, eine Viertagewoche
219 bei unveränderter Arbeitszeit dagegen für die Gesell-
220 schaft höchstwahrscheinlich sogar schädlich wäre.

221

222 Die immer weiter steigende Produktivität ermöglicht das,
223 was eine große Mehrheit in Deutschland sich nicht nur
224 wünscht, sondern dringend braucht: eine geringere Wo-
225 chenarbeitszeit. Mehr Zeit zur freien Verfügung entlastet
226 Menschen, die Sorgearbeit leisten, fördert gesellschaftli-
227 ches Engagement und schützt die Gesundheit. Eine neue,
228 kürzere Vollzeit bietet eine Chance gerade für Mütter,
229 mehr als bisher am Erwerbsleben teilzunehmen - ein wirk-
230 sames Mittel gegen Armut im Alter und ein wichtiger Bei-
231 trag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Verschiede-
232 ne Pilotprojekte haben gezeigt, dass auch Arbeitgebende
233 in Verwaltung und Privatwirtschaft profitieren, wenn die
234 Arbeitszeit verringert wird. Erfolgreich sind solche Model-
235 le bisher aber nur, wenn es dabei nicht gleichzeitig zu Ein-
236 schnitten kommt. Eine kürzere Wochenarbeitszeit muss
237 keine ferne Vision bleiben, sondern kann unser Leben hier
238 und heute verbessern. Dazu ist eine enge Zusammenar-
239 beit von Gewerkschaften und Sozialdemokratie nötig. Mit
240 starken Tarifverträgen, mutigen Pilotprojekten im Verant-
241 wortungsbereich der SPD und klaren Anreizen für moder-
242 ne Arbeitszeitregelungen kann es gelingen, das kostbarste
243 Gut gerechter zu verteilen, das wir als Menschen haben:
244 unsere Lebenszeit.

Antrag 17/II/2023

KDV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Modellprojekt 32-Stunden-Woche

1 Die Verantwortungsträger:innen der SPD Berlin setzen
2 sich dafür ein, dass ein Modellprojekt zur 32-Stunden-
3 Woche in einer Behörde des öffentlichen Dienstes
4 und/oder einem Betrieb im Bezirk Friedrichshain-
5 Kreuzberg initiiert wird.

6

7 Begründung

8 Die 32-Stunden-Woche wird sich am schnellsten durch-
9 setzen, wenn in möglichst vielen Arbeitsfeldern gezeigt
10 werden kann, dass dieses Modell attraktiver und erfolg-
11 reicher ist als aktuelle Regelungen zur Wochenarbeitszeit.
12 Das kann mit der Durchführung von Pilotprojekten er-
13 reicht werden. In Friedrichshain-Kreuzberg hat die SPD-
14 Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung mit einer

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Die Verantwortungsträger:innen der SPD Berlin setzen sich dafür ein, dass ein Modellprojekt zur 32-Stunden-Woche in einer Behörde des öffentlichen Dienstes und/oder einem Berliner Betrieb initiiert wird.

15 Initiative zum Thema Wochenarbeitszeit im Bezirksamt
 16 klar gemacht: in Friedrichshain-Kreuzberg soll sich etwas
 17 bewegen! Dieser Ansatz verdient die Unterstützung der
 18 Landesebene.

Antrag 18/II/2023

KDV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Mindestlohn auf 14 Euro anheben

1 Die Verantwortungsträger:innen der SPD setzen sich da-
 2 für ein, dass der Mindestlohn auf 14 Euro angehoben wird.
 3 Analog zum Mindestloohnerhöhungsgesetz vom 1. Okto-
 4 ber 2022 sollte dies gesetzlich geregelt werden.

5

6 Begründung

7 Die für 2024 und 2025 geplante Mindestlohn-Erhöhen-
 8 führen angesichts einer Rekordinflation zu einem Real-
 9 lohnverlust. Deshalb muss die verbindliche Lohnunter-
 10 grenze stärker steigen, um den vom Mindestlohngesetz
 11 geforderten Mindestschutz und einen Ausgleich der Infla-
 12 tion zum Erhalt der Kaufkraft für die untersten Einkom-
 13 mensbezieher:innen zu gewährleisten.

14 Zudem muss bis spätestens Ende 2024 die EU-
 15 Mindestlohnrichtlinie in nationales Recht umgesetzt
 16 werden. Die Richtlinie schreibt unter anderem vor, dass
 17 Mindestlöhne auf klar definierten Kriterien fußen, die
 18 zur Angemessenheit des Mindestlohnes beitragen. Die
 19 EU-Richtlinie empfiehlt dazu 60% des Medianeinkom-
 20 mens und 50% des Durchschnittseinkommens. Dies würde
 21 in Deutschland einem Mindestlohn in Höhe von circa 14
 22 Euro entsprechen.

23 Da der Bundesarbeitsminister lediglich die Vorschläge der
 24 Mindestlohnkommission annehmen oder ablehnen, nicht
 25 jedoch selbst die Höhe des Mindestlohnes bestimmen
 26 kann, muss diese Änderung gesetzlich geschehen.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Mindestlohn auf 15 Euro anheben

Die Verantwortungsträger:innen der SPD setzen sich da-
 für ein, dass der Mindestlohn auf 15 Euro angehoben wird.
 Analog zum Mindestloohnerhöhungsgesetz vom 1. Okto-
 ber 2022 soll dies gesetzlich geregelt werden.

Begründung:

Die für 2024 und 2025 geplante Mindestlohn-Erhöhen-
 führen angesichts einer Rekordinflation zu einem Real-
 lohnverlust. Deshalb muss die verbindliche Lohnunter-
 grenze stärker steigen, um den vom Mindestlohngesetz
 geforderten Mindestschutz und einen Ausgleich der Infla-
 tion zum Erhalt der Kaufkraft für die untersten Einkom-
 mensbezieher:innen zu gewährleisten. Zudem muss bis
 spätestens Ende 2024 die EU Mindestlohnrichtlinie in na-
 tionales Recht umgesetzt werden. Die Richtlinie schreibt
 unter anderem vor, dass Mindestlöhne auf klar definier-
 ten Kriterien fußen, die zur Angemessenheit des Mindest-
 lohnes beitragen. Die EU-Richtlinie empfiehlt dazu 60%
 des Medianeinkommens und 50% des Durchschnittsein-
 kommens.

Antrag 19/II/2023

KDV Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Für eine angemessene Mindestloohnerhöhung!

1 Wir begrüßen, dass der Parteivorstand angekündigt hat,
 2 sich für eine weitere Erhöhung des Mindestlohnes gemäß
 3 der Mindestlohn-Richtlinie der Europäischen Union ein-
 4 zusetzen. Als resultierender Wert werden demnach nach
 5 aktuellem Stand häufig 14 Euro genannt. Allerdings fin-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Für einen angemessenen Mindestlohn!

Wir begrüßen, dass der Parteivorstand angekündigt hat,
 sich für eine weitere Erhöhung des Mindestlohnes einzu-
 setzen und die Mindestlohn-Richtlinie der Europäischen
 Union zum Maßstab nimmt. Damit kommen wir bereits

6 det in diesem Rahmen eine Inflationsanpassung keinen
7 Platz, was für die Kaufkraftsicherung der mindestlohn-
8 beziehenden Menschen jedoch enorm wichtig ist.

9
10 Daher fordern wir von den sozialdemokratischen Mitglie-
11 dern der Bundesregierung, insbesondere vom sozialde-
12 mokratischen Bundeskanzler sowie dem sozialdemokrati-
13 schen Bundesminister für Arbeit und Soziales und der ge-
14 samten SPD-Bundestagsfraktion sich für eine weitere Er-
15 höhung des Mindestlohnes per Rechtsverordnung auf 15
16 Euro zum 01.01.2024 einzusetzen

17 **Begründung**

18 Am 26.06.2023 hat die Mindestlohnkommission ihren
19 Vorschlag veröffentlicht, in welchem Maß der Mindest-
20 lohn für die Jahre 2024 und 2025 steigen soll. Die Mindest-
21 lohnkommission schlägt demnach vor, dass der Mindest-
22 lohn zum 01.01.2024 auf 12,41 Euro steigen, wonach zum
23 01.01.2025 eine Erhöhung auf 12,82 Euro folgen soll. Die-
24 sen Vorschlag empfinden wir als beschämend. Dieser Be-
25 schluss erfolgte dabei das erste Mal nicht im Konsens, da
26 die Vertreter:innen der Arbeitnehmer:innen und beson-
27 ders die Gewerkschaften diesem Beschluss nicht zustim-
28 men konnten.

29
30
31 In Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine
32 kam es in nahezu allen Lebensbereichen zu massiven
33 Preissteigerungen und zu hohen Inflationsraten. Dabei
34 ist allseits bekannt, dass die Inflation insbesondere Men-
35 schen mit geringen Einkommen am härtesten trifft, da
36 diese bereits vor den Preissteigerungen enorm auf ihre
37 Ausgaben achten mussten und keine Rücklagen aufbau-
38 en konnten.

39
40 Aktuell beziehen ca. sechs Millionen Menschen den Min-
41 destlohn. Die Erhöhung um 41 Cent würde für diese Men-
42 schen eine Lohnerhöhung von lediglich 3,4 Prozent bedeu-
43 ten. Bei Inflationsraten, insbesondere in grundlegenden
44 Lebensbereichen, von über 10 Prozent führt dies zu mas-
45 siven Reallohnverlusten. Das dürfen wir als SPD nicht ein-
46 fach hinnehmen!

47
48 Die Mindestlohn-Richtlinie der Europäischen Union emp-
49 fiehlt bei der Berechnung angemessener, armutsfester
50 Mindestlöhne, den Medianlohn als Referenzwert zu Grun-
51 de zu legen. Dabei ergeben 60 Prozent dieses Medianloh-
52 nes einen armutsfesten Mindestlohn, was laut den Ge-
53 werkschaften, einen Mindestlohn von 14 Euro bedeuten
54 würde.

55
56 Allerdings müssen wir vor dem Hintergrund der enorm
57 hohen Inflation eine angemessene Anpassung vorneh-
58 men, um Kaufkraftverlusten bei den betroffenen Men-
59 schen vorzubeugen. Aus diesem Grund gehen wir wei-
60 ter und fordern einen Mindestlohn von 15 Euro, damit je-

über 14€. Die Mindestlohnkommission ist ihrer gesell-
schaftlichen Aufgabe und herausragenden Stellung nicht
gerecht geworden.

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitgliedern der
Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf die
Mindestlohnkommission, bzw. die gesetzlichen Grundla-
gen für diese, grundsätzlich und effektiv zu reformieren.

Begründung

Am 26.06.2023 hat die Mindestlohnkommission ihren
Vorschlag veröffentlicht, in welchem Maß der Mindest-
lohn für die Jahre 2024 und 2025 steigen soll. Die Mindest-
lohnkommission schlägt demnach vor, dass der Mindest-
lohn zum 01.01.2024 auf 12,41 Euro steigen, wonach zum
01.01.2025 eine Erhöhung auf 12,82 Euro folgen soll. Die-
sen Vorschlag empfinden wir als beschämend. Dieser Be-
schluss erfolgte dabei das erste Mal nicht im Konsens, da
die Vertreter:innen der Arbeitnehmer:innen und beson-
ders die Gewerkschaften diesem Beschluss nicht zustim-
men konnten.

Die Mindestlohnkommission ist damit ihrer wichtigen
Stellung und Aufgabe nicht gerecht geworden. Der Bun-
desarbeitsminister kann die Vorschläge der Mindestlohn-
kommission lediglich annehmen oder ablehnen.

In der Konsequenz müssen die gesetzlichen Grundlagen
der Mindestlohnkommission grundsätzlich geändert und
damit verbessert werden.

In Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine
kam es in nahezu allen Lebensbereichen zu massiven
Preissteigerungen und zu hohen Inflationsraten. Dabei
ist allseits bekannt, dass die Inflation insbesondere Men-
schen mit geringen Einkommen am härtesten trifft, da
diese bereits vor den Preissteigerungen enorm auf ihre
Ausgaben achten mussten und keine Rücklagen aufbauen
konnten. Aktuell beziehen ca. sechs Millionen Menschen
den Mindestlohn. Die Erhöhung um 41 Cent würde für
diese Menschen eine Lohnerhöhung von lediglich 3,4 Pro-
zent bedeuten. Bei Inflationsraten, insbesondere in grund-
legenden Lebensbereichen, von über 10 Prozent führt dies
zu massiven Reallohnverlusten. Das dürfen wir als SPD
nicht einfach hinnehmen! Die Mindestlohn-Richtlinie der
Europäischen Union empfiehlt bei der Berechnung ange-
messener, armutsfester Mindestlöhne, den Medianlohn
als Referenzwert zu Grunde zu legen. Dabei ergeben 60
Prozent dieses Medianlohnes einen armutsfesten Min-
destlohn, was laut den Gewerkschaften, einen Mindest-
lohn von 14 Euro bedeuten würde. Aus diesem Grund ge-
hen wir weiter und fordern einen Mindestlohn von 15 Eu-
ro, damit jede:r Beschäftigte:r angemessen von ihrem:sei-
nem Gehalt bzw. Lohn leben kann. Denn die SPD muss zu
jeder Zeit für gerechte Arbeitsbedingungen und Respekt
für die Arbeit stehen

Zielrichtung der Reform sollte klarer benannt werden.

61 de:r Beschäftigte:r angemessen von ihrem:seinem Gehalt
62 bzw. Lohn leben kann. Denn die SPD muss zu jeder Zeit für
63 gerechte Arbeitsbedingungen und Respekt für die Arbeit
64 stehen.

Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung**Antrag 29/II/2023****Abt. 06/10 Dahlem (Steglitz-Zehlendorf)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Wende auf dem Wohnungsmarkt – Für eine soziale Umsetzung der Vergesellschaftung des Wohnungsmarktes in Berlin**

1 Die Expert*innen Kommission zur „Vergesellschaftung
2 großer Wohnungsunternehmen“ in Berlin ist in ihrem Ab-
3 schlussbericht zu einem klaren Urteil gekommen. Eine
4 deutliche Mehrheit der hochkarätig besetzten Kommissi-
5 on stellt fest:

6
7 „Das Land Berlin hat nach dem Grundgesetz die Kompe-
8 tenz für eine Gesetzgebung zur Vergesellschaftung in Ber-
9 lin belegener Immobilienbestände großer Wohnungsun-
10 ternehmen.“ (Rn. 36).

11 „Ein Vergesellschaftungsgesetz steht tatbestandlich im
12 Einklang mit den in Art. 15 GG ausdrücklich genannten
13 Voraussetzungen.“ (Rn. 37)

14 „Nach Auffassung der Kommissionsmehrheit steht das
15 Gebot der Verhältnismäßigkeit der Vergesellschaftung in
16 Berlin belegener Immobilienbestände großer Wohnungs-
17 unternehmen nicht entgegen“ (Rn. 38).

18
19 Das Ergebnis des Volksentscheids hat eine deutliche Spra-
20 che gesprochen und auch die Expert*innen-Kommission
21 war in ihrem Votum deutlich. Der demokratische Staat hat
22 nun seine Handlungsfähigkeit gegenüber Kapitalinteres-
23 sen zum Wohle der Allgemeinheit unter Beweis zu stellen.
24 Das gilt zumal als andere politische Wege wie der Mie-
25 tendeckel nicht durchsetzbar waren bzw. Absprachen die
26 auf Freiwilligkeit basierten, wie das „Mietenbündnis“, kra-
27 chend gescheitert sind.

28
29 Im Falle eines positiven Votums der Expert*innen-
30 Kommission hat der Landesparteitag der Berliner SPD
31 bereits festgehalten, dass die SPD das Volksbegehren
32 umsetzt. Angesichts des positiven Votums und des beein-
33 druckenden Berichts heißt das für uns, dass unabhängig
34 vom Rahmengesetz schnellstmöglich ein Gesetzesent-
35 wurf erarbeitet wird unter folgenden Maßgaben:

36 1. Der Zweck einer Vergesellschaftung großer Woh-
37 nungsbestände in Berlin dient der Umstrukturie-
38 rung der Wohnungswirtschaft zum Wohle der All-
39 gemeinheit unter Einschränkung privatwirtschaftli-
40 cher Kapitalinteressen. Dazu ist eine Aufhebung
41 der Privatnützigkeit von Eigentum und dinglichen
42 Rechten an vergesellschaftungsfähigen Gegenstän-
43 den zugunsten einer gemeinnützigen Bewirtschaf-
44 tung im Sinne des Art. 15 S. 1 GG zentral. Außer-
45 dem wird mit der Vergesellschaftung angestrebt,
46 dass dauerhaft für einkommensschwächere Schich-
47 ten leistbare Mietpreise gewährleistet werden, und
48 zwar unmittelbar im vergesellschafteten Bestand,

Die Expert*innen Kommission zur „Vergesellschaftung
großer Wohnungsunternehmen“ in Berlin ist in ihrem Ab-
schlussbericht zu einem klaren Urteil gekommen. Eine
deutliche Mehrheit der hochkarätig besetzten Kommissi-
on stellt fest:

„Das Land Berlin hat nach dem Grundgesetz die Kompe-
tenz für eine Gesetzgebung zur Vergesellschaftung in Ber-
lin gelegener Immobilienbestände großer Wohnungsun-
ternehmen.“ (Rn. 36).

„Ein Vergesellschaftungsgesetz steht tatbestandlich im
Einklang mit den in Art. 15 GG ausdrücklich genannten
Voraussetzungen.“ (Rn. 37)

„Nach Auffassung der Kommissionsmehrheit steht das
Gebot der Verhältnismäßigkeit der Vergesellschaftung in
Berlin gelegener Immobilienbestände großer Wohnungs-
unternehmen nicht entgegen“ (Rn. 38).

Das Ergebnis des Volksentscheids hat eine deutliche Spra-
che gesprochen und auch die Expert*innen-Kommission
war in ihrem Votum deutlich. Der demokratische Staat hat
nun seine Handlungsfähigkeit gegenüber Kapitalinteres-
sen zum Wohle der Allgemeinheit unter Beweis zu stellen.
Das gilt zumal als andere politische Wege wie der Mieten-
deckel nicht durchsetzbar waren bzw. Absprachen die auf
Freiwilligkeit basierten, wie das „Mietenbündnis“, bisher
nicht dazu geführt haben, dass sich das Mietniveau ge-
senkt hat.

Im Falle eines positiven Votums der Expert*innen-
Kommission hat der Landesparteitag der Berliner SPD
bereits festgehalten, dass die SPD das Volksbegehren
umsetzt. Angesichts des positiven Votums und des beein-
druckenden Berichts heißt das für uns, dass in Verbindung
mit dem geplanten Rahmengesetz schnellstmöglich ent-
sprechende Vorbereitungen getroffen und die für eine
Umsetzung erforderlichen gesetzlichen Regelungen erar-
beitet werden unter Einbeziehung folgenden Maßgaben,
die sich aus dem Volksentscheid und den Empfehlungen
der Expertenkommission ergeben:

1. Der Zweck einer Vergesellschaftung großer Woh-
nungsbestände in Berlin dient der Umstrukturie-
rung der Wohnungswirtschaft zum Wohle der All-
gemeinheit unter Einschränkung privatwirtschaftli-
cher Kapitalinteressen. Dazu ist eine Aufhebung der
Privatnützigkeit von Eigentum und dinglichen An-
trag 29/II/2023 Rechten an vergesellschaftungsfä-
higen Gegenständen zugunsten einer gemeinnüt-

49 sowie mittelbar im übrigen Bestand, durch Nach-
 50 verdichtung und Aufstockung im vergesellschafteten
 51 Bestand sowie perspektivisch auch durch die
 52 Schaffung neuen Wohnraums. Zudem soll eine an
 53 den Interessen der Mieter*innen einerseits und des
 54 Umwelt- und Klimaschutzes andererseits aus-
 55 gerichteten Bewirtschaftung angestrebt werden, u.a.
 56 durch angemessene Instandhaltungsmaßnahmen
 57 und energetische Sanierungen. Auch soll die Mitbe-
 58 stimmung der Mieter*innen bei allen wohnraum-
 59 relevanten Entscheidungen, eine diskriminierungs-
 60 freie und bedarfsgerechte Vergabe des Wohnraums
 61 gewährleistet werden, Obdachlosigkeit durch Räu-
 62 mungen vermieden werden und gemeinwohlorien-
 63 tierte Strukturen in den Quartieren geschützt und
 64 ausgebaut werden, insbesondere durch den Schutz
 65 von Kleingewerbe, durch Räume für Kunst und
 66 Kultur und für die dezentrale Unterbringung von
 67 Flüchtlingen sowie die Bereitstellung von Schutz-
 68 räumen vor häuslicher und sexualisierter Gewalt.
 69 Die Gesetzgebung muss diese gemeinwirtschaftliche
 70 Ausrichtung durch entsprechende Vorgaben sicher-
 71 stellen.

- 72 2. Die betroffenen Grundstücke müssen durch ein Ge-
 73 setz abschließend bestimmbar sein.
- 74 3. Die Vergesellschaftung muss durch Gesetz und
 75 nicht im Rahmen einer Administrativvergesellschaf-
 76 tung erfolgen.
- 77 4. Das Eigentum an den Wohnungsbeständen ist in ei-
 78 ne Form der Gemeinwirtschaft, beispielsweise in ei-
 79 ne Anstalt des öffentlichen Rechts, zu überführen.
- 80 5. Die betroffenen Unternehmen sind zu entschädi-
 81 gen. Dabei bestehen andere Anforderungen als bei
 82 einer Enteignung. Hierbei sind die drei Wege, wel-
 83 che die Expert*innenkommission als möglich erach-
 84 tet hat, zu prüfen. Außer Frage steht, dass der Ver-
 85 kehrswert hierbei nicht als Orientierungsrahmen
 86 dient bzw. in diesem Falle Abschlüsse zu machen
 87 sind, wie es die Kommission dargestellt hat. Der Ver-
 88 kehrswert einer Sache spiegelt die künftigen mög-
 89 lichen Erträge aus der privatnützigen Verwertung
 90 wieder. Gerade dies soll durch die Vergesellschaf-
 91 tung aufgehoben werden. Eine Entschädigung zum
 92 Verkehrswert konterkariert dieses in Art. 15 GG und
 93 damit verfassungsrechtlich verbürgte Anliegen.
- 94 6. Das Gesetz ist so auszugestalten, dass es den Gleich-
 95 behandlungsgrundsatz wahrt. Zum einen ist eine
 96 Ausnahme für Bestände genossenschaftlicher, lan-
 97 deseigener und anerkannt gemeinnütziger Woh-
 98 nungsunternehmen vorzusehen. Zum anderen soll-
 99 ten lediglich Wohnungsunternehmen größerer Be-
 100 stände einbezogen werden. Hier sind die beiden von
 101 der Kommission als zulässig erachteten Optionen zu
 102 prüfen. Es kommt in Betracht, Bestände ab 3.000
 103 Wohnungen oder sämtliche Bestände sogenannter

zigen Bewirtschaftung im Sinne des Art. 15 S. 1 GG
 zentral. Außerdem wird mit der Vergesellschaftung
 angestrebt, dass dauerhaft für einkommensschwä-
 chere Schichten leistbare Mietpreise gewährleistet
 werden, und zwar unmittelbar im vergesellschaf-
 teten Bestand sowie mittelbar im übrigen Bestand
 durch Nachverdichtung und Aufstockung im verge-
 gesellschafteten Bestand sowie perspektivisch auch
 durch die Schaffung neuen Wohnraums. Zudem
 wird eine an den Interessen der Mieter*innen ei-
 nerseits und des Umwelt- und Klimaschutzes ande-
 rerseits ausgerichteten Bewirtschaftung angestrebt
 werden, u.a. durch angemessene Instandhaltungs-
 maßnahmen und energetische Sanierungen. Auch
 soll eine Mitbestimmung der Mieter*innen bei al-
 len wohnraumrelevanten Entscheidungen und eine
 diskriminierungsfreie und bedarfsgerechte Vergabe
 des Wohnraums gewährleistet sowie Obdachlosig-
 keit durch Räumungen vermieden werden. Eben-
 so sollen gemeinwohlorientierte Strukturen in den
 Quartieren geschützt und ausgebaut werden, insbe-
 sondere durch den Schutz von Kleingewerbe, durch
 Räume für Kunst und Kultur und für die dezentra-
 le Unterbringung von Flüchtlingen sowie die Bereit-
 stellung von Schutzräumen vor häuslicher und sex-
 ualisierter Gewalt. Die Gesetzgebung muss diese
 gemeinwirtschaftliche Ausrichtung durch entspre-
 chende Vorgaben sicherstellen.

2. Die betroffenen Grundstücke müssen durch ein Ge-
 setz abschließend bestimmbar sein.
3. Die Vergesellschaftung muss durch Gesetz und
 nicht im Rahmen einer Administrativvergesellschaf-
 tung erfolgen.
4. Das Eigentum an den Wohnungsbeständen ist in ei-
 ne geeignete Form der Gemeinwirtschaft, beispiels-
 weise in eine Anstalt des öffentlichen Rechts, zu
 überführen.
5. Die betroffenen Unternehmen sind zu entschädi-
 gen. Dabei bestehen andere Anforderungen als bei
 einer Enteignung. Hierbei sind die drei Wege, wel-
 che die Expert*innenkommission als möglich erach-
 tet hat, zu prüfen. Außer Frage steht, dass der Ver-
 kehrswert hierbei nicht als alleiniger Orientierungs-
 rahmen dient bzw. in diesem Falle Abschlüsse zu ma-
 chen sind, wie es die Kommission dargestellt hat.
 Der Verkehrswert einer Sache spiegelt die künftigen
 möglichen Erträge aus der privatnützigen Verwer-
 tung wieder. Gerade dies soll durch die Vergesell-
 schaftung aufgehoben werden. Eine Entschädigung
 zum Verkehrswert konterkariert dieses in Art. 15 GG
 und damit verfassungsrechtlich verbürgte Anliegen.
6. Das Gesetz ist so auszugestalten, dass es den Gleich-
 behandlungsgrundsatz wahrt. Zum einen ist eine
 Ausnahme für Bestände genossenschaftlicher, lan-
 deseigener und anerkannt gemeinnütziger Woh-

104 kapitalmarktorientierter Unternehmen einzubeziehen.
 105
 106 7. Wünschenswert wäre, dass es zeitnah ein Transparenzregister gibt, damit der Ist-Zustand, also wieviele Unternehmen wieviele Wohnungen halten, auch für die demokratische Öffentlichkeit sichtbar ist.
 107
 108
 109
 110
 111 Mit diesem Vorhaben gehen wir einen Weg, den gerade die sozialdemokratischen Mütter und Väter des Grundgesetzes für uns erstritten und ermöglicht haben.
 112
 113
 114
 115
 116
 117
 118
 119
 120

nungsunternehmen vorzusehen. Zum anderen sollten lediglich Wohnungsunternehmen größerer Bestände einbezogen werden. Hier sind die beiden von der Kommission als zulässig erachteten Optionen zu prüfen. Es kommt in Betracht, Bestände ab 3.000 Wohnungen oder sämtliche Bestände sogenannter kapitalmarktorientierter Unternehmen einzubeziehen.

7. Wünschenswert wäre, dass es zeitnah ein Transparenzregister gibt, damit der Ist-Zustand, also wieviele Unternehmen wieviele Wohnungen halten, auch für die demokratische Öffentlichkeit sichtbar ist. Mit diesem Vorhaben gehen wir einen Weg, den gerade die sozialdemokratischen Mütter und Väter des Grundgesetzes für uns erstritten und ermöglicht haben.

Antrag 108/I/2023

AG Selbst Aktiv Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Denk-Mal barrierefrei – Denk mal an und für alle Menschen

1 Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) gilt seit
 2 2008 in Deutschland im Rang eines Bundesgesetzes und
 3 hat Bindungswirkung für sämtliche staatliche Stellen. Zu
 4 den garantierten Menschenrechten laut UN-BRK gehört
 5 die grundsätzlich zu schaffende Barrierefreiheit. Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen dann, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Im Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) ist daher in § 8 Herstellung von Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr verankert: „Zivile Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Eigentum des Bundes einschließlich der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sollen entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik barrierefrei gestaltet werden.“ Gemäß dieser Soll-Vorschrift ist barrierefreies Bauen der Regelfall. Davon kann nur in besonderen Fällen abgewichen werden, nämlich dann „wenn mit einer anderen Lösung in gleichem Maße die Anforderungen an die Barrierefreiheit erfüllt werden.“ Leider ist in der politischen und baulichen Praxis viel zu häufig eine Umkehr dieses menschenrechtlich gebotenen und gesetzlich verankerten Regel-Ausnahme-Verhältnisses wahrzunehmen.
 26
 27 Die Bundesländer sind im Rahmen ihrer föderalen Zuständigkeiten unmittelbar an die verbindlichen Vorgaben der

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Barrierefreiheit als Baustein zum Erfolg für eine moderne Berliner Verwaltung!

Berlin hat sich in mehreren Gesetzen und Regularien zur Barrierefreiheit verpflichtet. Aber: das Recht auf Barrierefreiheit allein reicht nicht aus. Um das Ziel einer diskriminierungsfreien und inklusiven Stadt zu erreichen, müssen weitere Schritte folgen. Es bedarf vor allem einer konsequenten und professionellen Herangehensweise auf mehreren Ebenen, um Barrieren abzubauen beziehungsweise sie erst gar nicht entstehen zu lassen. Hierbei spielt die Berliner Verwaltung eine zentrale Rolle. Es ist dringend erforderlich, das Thema Barrierefreiheit auf allen Verwaltungsebenen zur Richtschnur des Handelns zu machen. Entsprechende fachliche Kompetenz ist in den Behörden sicherzustellen, um aktiv agieren zu können.

Beispiel Baubereich: Schritte zur Erreichung baulicher Barrierefreiheit sind unter anderem in der Bauordnung für Berlin, der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmung sowie der Allgemeinen Anweisung für die Durchführung von Bauaufgaben festgelegt. So ist zum Beispiel im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für öffentlich zugängliche Gebäude die Einreichung eines Konzeptes Barrierefreiheit erforderlich. Dessen Umsetzung ist von Bauherr*in bzw. Architekt*in einzuhalten. Doch wer überprüft in den Ämtern die Tragfähigkeit des Konzeptes sowie dessen Realisierung? Wer sorgt in einem anderen Beispiel dafür, dass wie beim Denkmalschutz die Belange der Bar-

29 UN-BRK gebunden und zu ihrer Umsetzung verpflichtet.
 30 Aus diesem Grunde haben sie in der Regel eigene Lan-
 31 desbehindertengesetze geschaffen. Für Berlin gilt das am
 32 16. September 2021 vom Abgeordnetenhaus beschlosse-
 33 ne und am 7. Oktober 2021 in Kraft getretene Gesetz zur
 34 Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Natio-
 35 nen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im
 36 Land Berlin (Landesgleichberechtigungsgesetz - LGBG) als
 37 rechtliche Grundlage der Politik für Menschen mit Behin-
 38 derung in all ihrer Vielfalt (§ 3 LGBG).

39
 40 Das LGBG ist inklusionspolitisch von zentraler Bedeutung.
 41 Es verpflichtet den Berliner Senat und die öffentlichen
 42 Stellen, in Umsetzung der UN-BRK und gemäß Artikel
 43 11 der Verfassung von Berlin den vollen, wirksamen und
 44 gleichberechtigten Genuss aller Rechte durch alle Men-
 45 schen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und
 46 zu gewährleisten. Das LGBG garantiert den Berliner*innen
 47 mit Behinderungen das Recht auf eine umfassende Barrie-
 48 refreiheit (§ 4) und die Teilhabe in allen Lebensbereichen
 49 (§ 11).

50
 51 **Auch der Denkmalschutz hat die Einhaltung der Men-
 52 schenrechte zu gewährleisten**

53 Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt die Um-
 54 setzung des konventionsübergreifenden Prinzips der In-
 55 klusion. Unbestritten ist, dass ein wichtiges Ziel der Denk-
 56 malschutzgesetzes die sinnvolle Nutzung eines Denkmals
 57 ist. Sie ist häufig Überlebensbedingung und kann von der
 58 Barrierefreiheit abhängen. Bundes- und landesrechtliche
 59 Bestimmungen bilden daher ein Schnittstelle zwischen
 60 Barrierefreiheit und Denkmalschutz. Bei der Ausübung
 61 des eingeräumten Ermessens in der Entscheidungsfin-
 62 dung sind die Belange von Menschen mit Behinderungen
 63 zu berücksichtigen. Ja nach Bundesland sind die entspre-
 64 chenden Klauseln für das Ermessen aber unterschiedlich
 65 – Berlin hat hier noch erheblichen Nachholbedarf.

66
 67 Der Denkmalschutz stellt vor diesem Hintergrund der UN-
 68 BRK keinen nur für sich zu betrachtenden isolierten Ge-
 69 setzeszweck dar. Vielmehr geht es gerade bei baulichen
 70 Anlagen um die Erhaltung im Interesse der Allgemei-
 71 heit (vergleiche § 2 Absatz 2 DSchG). Menschen mit Be-
 72 hinderungen sind Teil der Allgemeinheit und daher auch
 73 beim Denkmalschutz selbstverständlich mitzubeachten
 74 (vgl. Artikel 3 UN-BRK).

75
 76 Denkmalschutz und Denkmalpflege ist Aufgabe der ein-
 77 zelnen Bundesländer. Entsprechend unterschiedlich sind
 78 die erlassenen Denkmalschutzgesetze, die Organisations-
 79 formen und der Aufbau der Behörden im Bereich des
 80 Denkmalschutzes und der Denkmalpflege – und auch die
 81 Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behin-
 82 derungen in den jeweiligen Denkmalschutzgesetzen der
 83 Länder. Grundsätzlich ist der Denkmalschutz Thema bei

rierefreiheit behördlicherseits vertreten werden?

Impulsgeber*innen könnte zunächst die Landesfachstelle für Barrierefreiheit und besondere Vorkehrungen sein, die laut Gesetz schon zum 1.1.2022 eingerichtet werden sollte. Leider existiert sie bis heute nicht. Die Mitarbeiter*innen der Landesfachstelle sollten über alle Bereiche der Barrierefreiheit informieren und könnten die einzelnen Behörden beim strukturellen und inhaltlichen Ausbau der Fachabteilungen für Barrierefreiheit unterstützen.

Die SPD fordert von ihren Mandats- und Amtsträger*innen, sich verstärkt für ein inklusives Berlin zu engagieren. Dies gilt besonders für folgende Punkte:

- Aufbau von Strukturen und Fachexpertise in allen Berliner Verwaltungseinheiten, um Barrierefreiheit umfassend und zügig umsetzen.
- Schaffung von Personalstellen mit Wirkungs- und Entscheidungsbefugnis.
- Sofortige Einrichtung der Landesfachstelle mit entsprechender finanzieller und personeller Ausstattung.

Damit wäre eine deutliche Verbesserung auf dem Weg zu einem inklusiven Berlin erreicht. Dabei darf auch das Ziel, schnell mehr Wohnraum zu schaffen, um die Mietpreise zu dämpfen, nicht aus den Augen verloren oder verzögert werden. Barrierefreies Bauen und mehr Wohnungsbau sind kein Widerspruch.

Begründung:

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) gilt seit 2008 in Deutschland im Rang eines Bundesgesetzes und hat Bindungswirkung für sämtliche staatliche Stellen. Zu den garantierten Menschenrechten laut UN-BRK gehört die grundsätzlich zu schaffende Barrierefreiheit. Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen dann, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Im Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) ist daher in § 8 Herstellung von Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr verankert: „Zivile Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Eigentum des Bundes einschließlich der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sollen entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik barrierefrei gestaltet werden.“ Gemäß dieser Soll-Vorschrift ist barrierefreies Bauen der Regelfall. Davon kann nur in besonderen Fällen abgewichen werden, nämlich dann „wenn mit einer anderen Lösung in gleichem Maße die Anforderungen an die Barrierefreiheit erfüllt werden.“ Leider ist in der politischen und baulichen Praxis viel zu häufig eine Umkehr dieses menschenrechtlich gebotenen und gesetzlich verankerten Regel-Ausnahme-Verhältnisses wahrzu-

84 barrierefreien Umgestaltungen von Denkmälern im Be-
 85 stand aber auch bei neuen An- und Erweiterungsbauten
 86 sowie bei Neubauten in der Umgebung von Denkmälern.
 87 Das Verhältnis von Denkmalschutz und Barrierefreiheit ist
 88 ein immer wieder auftretender politischer Dauerkonflikt.
 89 Ursächlich ist u.a., dass die Bundesländer in ihren Denk-
 90 malschutzgesetzes die Verpflichtungen der UN-BRK noch
 91 nicht ausreichend aufgegriffen haben. Dies gilt auch für
 92 Berlin.

93
 94 Das am 24. April 1995 vom Berliner Abgeordnetenhaus be-
 95 schlossene Gesetz zum Schutz von Denkmälern in Berlin
 96 (Denkmalschutzgesetz Berlin - DSchG Bln) ist bis heute im
 97 Wesentlichen unverändert. Zumindest wurden hinsicht-
 98 lich der Berücksichtigung der Belange von Menschen mit
 99 Behinderungen in ihrer Vielfalt im September 2021 im §
 100 11 die Wörter „mobilitätsbehinderter Personen“ durch die
 101 Wörter „von Menschen mit Behinderungen“ ersetzt. Weit-
 102 aus klarer und umfassender garantiert das Niedersäch-
 103 sische Denkmalschutzgesetz (NDSchG) die Rechte von
 104 Menschen mit Behinderungen: „Ein Eingriff in ein Kul-
 105 turdenkmal ist zu genehmigen, soweit ... ein öffentliches
 106 Interesse anderer Art, zum Beispiel ... die Berücksichti-
 107 gung der Belange von alten Menschen und Menschen mit
 108 Behinderungen, das Interesse an der unveränderten Er-
 109 haltung des Kulturdenkmals überwiegt und den Eingriff
 110 zwingend verlangt.“

111
 112 Noch 2021 haben sich Senat und Abgeordnetenhaus
 113 gegen die Aufnahme von Rechten von Menschen mit
 114 Behinderungen in ihrer Vielfalt entschieden. Die vom
 115 Land Berlin mit der Begleitung der Umsetzung der UN-
 116 Behindertenrechtskonvention beauftragte „Monitoring-
 117 Stelle Berlin“ hatte angesichts der Novellierung des DSchG
 118 Bln 21 auf der Grundlage der Ergebnisse einer Nor-
 119 menprüfung des Denkmalschutzgesetzes auf notwendi-
 120 ge rechtliche Änderungsbedarfe hingewiesen. Auch sei-
 121 tens der SPD-Politik wurden Vorschläge zur Verbesserung
 122 der Rechte und vor allem der Lebensqualität im Alltag ne-
 123 giert.

124
 125 **Wir fordern 1. eine zügige Novellierung des Gesetzes zum**
 126 **Schutz von Denkmälern in Berlin, u.a. in Bezug auf:**

127
 128 **§ 7 Landesdenkmalrat**
 129 Zugänglichkeit ist ein zentraler Belang für die Umsetzung
 130 der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Der weitest
 131 mögliche Zugang von Menschen mit Behinderungen zu
 132 Denkmälern ist in der UN-BRK explizit vorgegeben (Artikel
 133 30 Absatz 1 c). Auf Grundlage der allgemeinen Verpflich-
 134 tung aus Artikel 4 Absatz 3 UN-BRK braucht es dringendst
 135 der partizipatorischen Einbeziehung von Menschen mit
 136 Behinderungen in diesbezügliche Entscheidungsprozesse.
 137 Die Vertretung von Menschen mit Behinderungen als Ex-
 138 pert*innen in eigener Sache sollte daher im Landesdenk-

nehmen.

Die Bundesländer sind im Rahmen ihrer föderalen Zustän-
 digkeiten unmittelbar an die verbindlichen Vorgaben der
 UN-BRK gebunden und zu ihrer Umsetzung verpflichtet.
 Aus diesem Grunde haben sie in der Regel eigene Lan-
 desbehindertengesetze geschaffen. Für Berlin gilt das am
 16. September 2021 vom Abgeordnetenhaus beschlosse-
 ne und am 7. Oktober 2021 in Kraft getretene Gesetz zur
 Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Natio-
 nen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im
 Land Berlin (Landesgleichberechtigungsgesetz - LGBG) als
 rechtliche Grundlage der Politik für Menschen mit Behin-
 derung in all ihrer Vielfalt (§ 3 LGBG).

Das LGBG ist inklusionspolitisch von zentraler Bedeutung.
 Es verpflichtet den Berliner Senat und die öffentlichen
 Stellen, in Umsetzung der UN-BRK und gemäß Artikel
 11 der Verfassung von Berlin den vollen, wirksamen und
 gleichberechtigten Genuss aller Rechte durch alle Men-
 schen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und
 zu gewährleisten. Das LGBG garantiert den Berliner*innen
 mit Behinderungen das Recht auf eine umfassende Barrie-
 refreiheit (§ 4) und die Teilhabe in allen Lebensbereichen
 (§ 11).

**Auch der Denkmalschutz hat die Einhaltung der Men-
 schenrechte zu gewährleisten**

Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt die Um-
 setzung des konventionsübergreifenden Prinzips der In-
 klusion. Unbestritten ist, dass ein wichtiges Ziel der Denk-
 malschutzgesetzes die sinnvolle Nutzung eines Denkmals
 ist. Sie ist häufig Überlebensbedingung und kann von der
 Barrierefreiheit abhängen. Bundes- und landesrechtliche
 Bestimmungen bilden daher ein Schnittstelle zwischen
 Barrierefreiheit und Denkmalschutz. Bei der Ausübung
 des eingeräumten Ermessens in der Entscheidungsfin-
 dung sind die Belange von Menschen mit Behinderungen
 zu berücksichtigen. Ja nach Bundesland sind die entspre-
 chenden Klauseln für das Ermessen aber unterschiedlich
 – Berlin hat hier noch erheblichen Nachholbedarf.

Der Denkmalschutz stellt vor diesem Hintergrund der UN-
 BRK keinen nur für sich zu betrachtenden isolierten Ge-
 setzeszweck dar. Vielmehr geht es gerade bei baulichen
 Anlagen um die Erhaltung im Interesse der Allgemei-
 heit (vergleiche § 2 Absatz 2 DSchG). Menschen mit Be-
 hinderungen sind Teil der Allgemeinheit und daher auch
 beim Denkmalschutz selbstverständlich mitzubedenken
 (vgl. Artikel 3 UN-BRK).

Denkmalschutz und Denkmalpflege ist Aufgabe der ein-
 zelnen Bundesländer. Entsprechend unterschiedlich sind
 die erlassenen Denkmalschutzgesetzes, die Organisations-
 formen und der Aufbau der Behörden im Bereich des
 Denkmalschutzes und der Denkmalpflege – und auch die
 Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behin-
 derungen in den jeweiligen Denkmalschutzgesetzen der
 Länder. Grundsätzlich ist der Denkmalschutz Thema bei
 barrierefreien Umgestaltungen von Denkmälern im Be-

139 malrat gesetzlich etabliert werden. Dies gilt gerade vor
 140 dem Hintergrund, dass Abwägungsentscheidungen zwi-
 141 schen der Barrierefreiheit als öffentlichem Belang und
 142 Denkmalschutzbelangen oftmals nach einem angemessenen
 143 Ausgleich widerstreitender Interessen durch kreati-
 144 ve Lösungen im Einzelfall verlangen und daher dringendst
 145 entsprechender Expertise dringend bedürfen.

146

147 **§ 11 Absatz 1 und 6 DSchG (Genehmigungspflichtige Maß-**
 148 **nahmen)**

149

150 Aus den Vorgaben aus Artikel 9 (Zugänglichkeit) als auch
 151 aus Artikel 30 (Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Er-
 152 holung, Freizeit und Sport) UN-BRK ergeben sich beson-
 153 dere Anforderungen an die Zugänglichkeit denkmalge-
 154 schützter Gebäude und Einrichtungen. Durch explizit ge-
 155 eignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass Menschen
 156 mit Behinderungen Zugang zu Denkmälern und Stätten
 157 von nationaler Bedeutung erhalten. Bei Einrichtungen, die
 158 der Öffentlichkeit offenstehen, muss eine gleichberech-
 159 tigte Nutzbarkeit für Menschen in aller Vielfalt mit und
 160 ohne Behinderungen gesetzlich avisiert werden.

161 Folglich ist gesetzlich sicherzustellen, dass die Belange
 162 von Menschen mit Behinderungen bei einschlägigen Ab-
 163 wägungsentscheidungen hinreichend beachtet werden.
 164 Die gleichberechtigte Zugänglichkeit für Menschen mit
 165 Behinderungen stellt eine Menschenrechtsfrage von Ver-
 166 fassungsrang dar und ist daher auch ausdrücklich als
 167 überwiegender öffentlicher Belang in § 11 Absatz 1 DSchG
 168 zu normieren und in § 11 Absatz 6 DSchG klarzustellen.
 169 § 11 Absatz 6 DSchG muss die Verpflichtung zur barriere-
 170 freien Gestaltung von Denkmälern als Grundsatz for-
 171 mulieren, von dem nur in besonders begründeten Fällen
 172 abgewichen werden kann. Ausnahmen aufgrund der tat-
 173 sächlichen physischen Gegebenheiten sind im Einklang
 174 mit dem Machbarkeitsvorbehalt nach dem Wortlaut, dem
 175 Sinn und Zweck und der Systematik von Artikel 30 Absatz
 176 1 c) UN-BRK möglich so weit die faktische Realisierbarkeit
 177 im Rahmen der verfügbaren Ressourcen nicht gegeben ist.
 178

179 **§ 13 Absatz 1 DSchG (Wiederherstellung; Stilllegung)**

180 Aufgrund der bezüglich § 11 DSchG bereits ausgeführ-
 181 ten Gründen sowie insbesondere hinsichtlich der staat-
 182 lichen Verpflichtung zum Abbau von Barrieren auch im
 183 Denkmalbestand (gemäß Artikel 9 Absatz 1 Satz 2 a) UN-
 184 BRK) ist es sinnvoll und zweckmäßig, bei ohnehin aus
 185 Sicht des Denkmalschutzes erforderlichen Wiederherstel-
 186 lungsmaßnahmen zugleich Verbesserungen hinsichtlich
 187 der Zugänglichkeit des wiederherzustellenden Denkmals
 188 für Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen.
 189

190 **§ 15 DSchG (Öffentliche Förderung)**

191 Aufgrund der zu § 11 DSchG bereits ausgeführten Rechts-
 192 gründen ist es insbesondere auch aufgrund der allgemei-
 193 nen staatlichen Verpflichtung zum Ergreifen geeigneter

stand aber auch bei neuen An- und Erweiterungsbauten
 sowie bei Neubauten in der Umgebung von Denkmälern.
 Das Verhältnis von Denkmalschutz und Barrierefreiheit ist
 ein immer wieder auftretender politischer Dauerkonflikt.
 Ursächlich ist u.a., dass die Bundesländer in ihren Denk-
 malschutzgesetzen die Verpflichtungen der UN-BRK noch
 nicht ausreichend aufgegriffen haben. Dies gilt auch für
 Berlin.

Das am 24. April 1995 vom Berliner Abgeordnetenhaus be-
 schlossene Gesetz zum Schutz von Denkmälern in Berlin
 (Denkmalschutzgesetz Berlin - DSchG Bln) ist bis heute im
 Wesentlichen unverändert. Zumindest wurden hinsicht-
 lich der Berücksichtigung der Belange von Menschen mit
 Behinderungen in ihrer Vielfalt im September 2021 im §
 11 die Wörter „mobilitätsbehinderter Personen“ durch die
 Wörter „von Menschen mit Behinderungen“ ersetzt. Weit-
 aus klarer und umfassender garantiert das Niedersäch-
 sische Denkmalschutzgesetz (NDSchG) die Rechte von
 Menschen mit Behinderungen: „Ein Eingriff in ein Kul-
 turdenkmal ist zu genehmigen, soweit ... ein öffentliches
 Interesse anderer Art, zum Beispiel ... die Berücksichti-
 gung der Belange von alten Menschen und Menschen mit
 Behinderungen, das Interesse an der unveränderten Er-
 haltung des Kulturdenkmals überwiegt und den Eingriff
 zwingend verlangt.“

Noch 2021 haben sich Senat und Abgeordnetenhaus
 gegen die Aufnahme von Rechten von Menschen mit
 Behinderungen in ihrer Vielfalt entschieden. Die vom
 Land Berlin mit der Begleitung der Umsetzung der UN-
 Behindertenrechtskonvention beauftragte „Monitoring-
 Stelle Berlin“ hatte angesichts der Novellierung des DSchG
 Bln 21 auf der Grundlage der Ergebnisse einer Nor-
 menprüfung des Denkmalschutzgesetzes auf notwendi-
 ge rechtliche Änderungsbedarfe hingewiesen. Auch sei-
 tens der SPD-Politik wurden Vorschläge zur Verbesserung
 der Rechte und vor allem der Lebensqualität im Alltag ne-
 giert.

Wir fordern

**1. eine zügige Novellierung des Gesetzes zum Schutz von
 Denkmälern in Berlin, u.a. in Bezug auf:**

§ 7 Landesdenkmalrat

Zugänglichkeit ist ein zentraler Belang für die Umsetzung
 der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Der weitest
 mögliche Zugang von Menschen mit Behinderungen zu
 Denkmälern ist in der UN-BRK explizit vorgegeben (Artikel
 30 Absatz 1 c). Auf Grundlage der allgemeinen Verpflich-
 tung aus Artikel 4 Absatz 3 UN-BRK braucht es dringendst
 der partizipatorischen Einbeziehung von Menschen mit
 Behinderungen in diesbezügliche Entscheidungsprozesse.
 Die Vertretung von Menschen mit Behinderungen als Ex-
 pert*innen in eigener Sache sollte daher im Landesdenk-
 malrat gesetzlich etabliert werden. Dies gilt gerade vor
 dem Hintergrund, dass Abwägungsentscheidungen zwi-
 schen der Barrierefreiheit als öffentlichem Belang und
 Denkmalschutzbelangen oftmals nach einem angemess-

194 Maßnahmen (vergleiche Artikel 4 Absatz 1 UN-BRK) sinn-
195 voll und zweckmäßig, die staatliche Förderung von Denk-
196 malschutzmaßnahmen mit Anforderungen an die Barriere-
197 freiheit bzw. die Vornahme angemessener Vorkehrun-
198 gen zu verknüpfen und die Möglichkeit hierzu in Form ei-
199 ner gebundenen Ermessensentscheidung explizit gesetz-
200 lich zu verankern.

201

202 **2. eine Überwindung des in der Politik noch viel zu häufig**
203 **anzutreffenden „politischen Silo-Denkens“. Es braucht ei-**
204 **ne stärkere Gewährleistung u.a. der gesetzlich veranker-**
205 **ten frauen- und menschenrechtlichen Querschnittsaufga-**
206 **ben wie es die UN-Behindertenrechtskonvention und die**
207 **Frauenrechtekonvention (CEDAW) erfordert. Diese sind**
208 **Maßstab für jedes Gesetz, jede Richtlinie, jede Verord-**
209 **nung einer jeder Regierung und Parlamentes auf allen fö-**
210 **deralen Ebenen. Hierfür sind entsprechende Kompetenz-**
211 **schulungen vorzusehen.**

212

213 **3. die Einbeziehung von Expert*innen bzw. Sachverständ-**
214 **igen zum Barrierefreien Bauen. Dem hier noch zu beob-**
215 **achtendem eklatantem Fachkräftemangel für „Design für**
216 **all“ ist aktiv durch Aus-, Fort- und Weiterbildung entge-**
217 **genzuwirken. Entsprechende Förderprogramme sind auf-**
218 **zulegen, entsprechende Fachstellen auf allen behördli-**
219 **chen Ebenen der Verwaltung sind zu schaffen und zu fi-**
220 **nanzieren.**

221

222 **4. einen inklusiven Eingangsbereich für das Museum für**
223 **Naturkunde als aktuelles Beispiel**

224 Etliche der oben beschriebenen unzureichenden Gewähr-
225 leistungen der Rechte von Menschen mit Behinderungen
226 führen aktuell und vor allem künftig jahrzehntelang an-
227 dauernden gravierenden Benachteiligungen und Diskri-
228 minierungen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Auf-
229 grund des demographischen Wandels ist hier mit einer
230 deutlichen Zunahme zu rechnen.

231

232 Der Zukunftsplan des Museums für Naturkunde zielt un-
233 ter anderem darauf ab, den historisch begründeten Cam-
234 pusgedanken des im Laufe der 1870er und 1880 erstell-
235 ten Wissenschaftsforum für Forschung, Lehre und Wis-
236 senstransfer (drei Gebäude) in die Gegenwart zu überfüh-
237 ren und die Außenflächen der Liegenschaft so umzuge-
238 stalten, dass ein aktiver Austausch zwischen Besuchen-
239 den aus Berlin und der ganzen Welt und Mitarbeitenden
240 auch hier wieder möglich werden kann. Bewilligt sind u.a.
241 für die Sanierung des Museumsgebäudes Zuwendungen
242 von Bund und Land in Höhe von 660 Millionen Euro – Steu-
243 ergeld, welches von Menschen mit und ohne Beeinträch-
244 tigungen gezahlt worden ist.

245

246 Das Museum für Naturkunde möchte mithilfe des Zu-
247 kunftsplans erreichen, ein inklusives offenes und inte-
248 griertes Forschungsmuseum zu werden. Zu diesem Zweck

senen Ausgleich widerstreitender Interessen durch kreati-
ve Lösungen im Einzelfall verlangen und daher dringendst
entsprechender Expertise dringend bedürfen.

§ 11 Absatz 1 und 6 DSchG (Genehmigungspflichtige Maß- **nahmen)**

Aus den Vorgaben aus Artikel 9 (Zugänglichkeit) als auch
aus Artikel 30 (Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Er-
holung, Freizeit und Sport) UN-BRK ergeben sich beson-
dere Anforderungen an die Zugänglichkeit denkmalge-
schützter Gebäude und Einrichtungen. Durch explizit ge-
eignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass Menschen
mit Behinderungen Zugang zu Denkmälern und Stätten
von nationaler Bedeutung erhalten. Bei Einrichtungen, die
der Öffentlichkeit offenstehen, muss eine gleichberech-
tigte Nutzbarkeit für Menschen in aller Vielfalt mit und
ohne Behinderungen gesetzlich avisiert werden.

Folglich ist gesetzlich sicherzustellen, dass die Belange
von Menschen mit Behinderungen bei einschlägigen Ab-
wägungsentscheidungen hinreichend beachtet werden.
Die gleichberechtigte Zugänglichkeit für Menschen mit
Behinderungen stellt eine Menschenrechtsfrage von Ver-
fassungsrang dar und ist daher auch ausdrücklich als
überwiegender öffentlicher Belang in § 11 Absatz 1 DSchG
zu normieren und in § 11 Absatz 6 DSchG klarzustellen.
§ 11 Absatz 6 DSchG muss die Verpflichtung zur barriere-
freien Gestaltung von Denkmälern als Grundsatz for-
mulieren, von dem nur in besonders begründeten Fällen
abgewichen werden kann. Ausnahmen aufgrund der tat-
sächlichen physischen Gegebenheiten sind im Einklang
mit dem Machbarkeitsvorbehalt nach dem Wortlaut, dem
Sinn und Zweck und der Systematik von Artikel 30 Absatz
1 c) UN-BRK möglich so weit die faktische Realisierbarkeit
im Rahmen der verfügbaren Ressourcen nicht gegeben ist.

§ 13 Absatz 1 DSchG (Wiederherstellung; Stilllegung)

Aufgrund der bezüglich § 11 DSchG bereits ausgeführ-
ten Gründen sowie insbesondere hinsichtlich der staat-
lichen Verpflichtung zum Abbau von Barrieren auch im
Denkmalbestand (gemäß Artikel 9 Absatz 1 Satz 2 a) UN-
BRK) ist es sinnvoll und zweckmäßig, bei ohnehin aus
Sicht des Denkmalschutzes erforderlichen Wiederherstel-
lungsmaßnahmen zugleich Verbesserungen hinsichtlich
der Zugänglichkeit des wiederherzustellenden Denkmals
für Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen.

§ 15 DSchG (Öffentliche Förderung)

Aufgrund der zu § 11 DSchG bereits ausgeführten Rechts-
gründen ist es insbesondere auch aufgrund der allge-
meinen staatlichen Verpflichtung zum Ergreifen geeigneter
Maßnahmen (vergleiche Artikel 4 Absatz 1 UN-BRK) sinn-
voll und zweckmäßig, die staatliche Förderung von Denk-
malschutzmaßnahmen mit Anforderungen an die Barriere-
freiheit bzw. die Vornahme angemessener Vorkehrun-
gen zu verknüpfen und die Möglichkeit hierzu in Form ei-
ner gebundenen Ermessensentscheidung explizit gesetz-
lich zu verankern.

2. eine Überwindung des in der Politik noch viel zu häufig

249 soll der historische Haupteingang umgestaltet werden, so
 250 dass alle Besuchenden auf dem gleichen Wege das Muse-
 251 umsinnere erreichen können. Dabei geht es nicht nur um
 252 das Überwinden der großen Haupttreppe, sondern auch
 253 das der zahlreichen weiteren Stufen die außen wie innen
 254 folgen.

255
 256 Die aktuelle Position des Gartendenkmalamtes sieht al-
 257 lerdings ein anderes Konzept vor. Eine Erweiterung des
 258 Eingangsbereichs in den Vorplatzbereich wird abgelehnt,
 259 was bedeutet, dass das Recht von Menschen mit Be-
 260 einträchtigungen auf Barrierefreiheit verwehrt ist. Ihnen
 261 wird mit dieser Entscheidung nicht erlaubt, das Museum
 262 für Naturkunde „in der allgemein üblichen Weise, ohne
 263 besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde
 264 Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar“ zu betreten.

265
 266 Dies ist ein gesellschaftspolitischer, keineswegs nur ein
 267 behindertenpolitischer Skandal. Öffentlichkeit bzw. Ge-
 268 sellschaft wird heute anders definiert als im späten 19.
 269 Jahrhundert. Damals war es noch gang und gäbe, dass
 270 Menschen mit Beeinträchtigungen, seien es Behinderun-
 271 gen in der Mobilität oder den Kommunikationsformen,
 272 sei es wegen Kinderwagen, Rollstühle oder Rollatoren, in
 273 der Planung neuer Gebäude nicht vorkamen, ja sie teil-
 274 weise auch bewusst exkludiert wurden. Ihnen blieb es da-
 275 mals verwehrt, am öffentlichen Leben und Kulturangebot
 276 in voller Gänze teilzuhaben. Ein solcher Missstand darf
 277 sich heute nicht wiederholen: Neue Gebäude sind inklusiv
 278 zu planen und historische Gebäude entsprechend baulich
 279 barrierefrei zu verändern.

280
 281 Unverständlich ist auch, dass Gebäudesubstanz vor dem
 282 immateriellen aber wesentlichen historischen Auftrag,
 283 das Wissen in die breite Öffentlichkeit hineinzutragen, ge-
 284 stellt wird.

285
 286 Im Juni 2023 wird der laufende Architekturwettbewerb
 287 zum Abschluss kommen. Um eine attraktive und den
 288 Denkmalbestand respektierende Lösung zu finden, wur-
 289 de die Umgestaltung des Portals als zentraler Bestandteil
 290 in diesen aufgenommen. Ein Ideenteil wird den teilneh-
 291 menden Büros die Möglichkeit geben, kreative Entwürfe
 292 einreichen zu können. Bisher hat das Landesdenkmalamt
 293 im Vorfeld des Wettbewerbs jedoch lediglich seitlichen
 294 Anrampungen zugestimmt. Eine Lösung für die Überwin-
 295 dung der weiteren Stufen konnte nicht gefunden werden.
 296 Andere Lösungsansätze für die Umgestaltung wurden ab-
 297 gelehnt, da der Eingriff in die Bausubstanz oder in das Gar-
 298 tendenkmal zu groß und die Maßnahme daher nicht mit
 299 der Kunst- und Baudenkmalpflege vereinbar sei.

300
 301 Ein Blick auf die ersten beiden Bauabschnitte und die Plä-
 302 ne für den laufenden 3. Bauabschnitt zeigt, wie verant-
 303 wortungsvoll mit dem Denkmalbestand und der Histo-

anzutreffenden „politischen Silo-Denkens“. Es braucht ei-
 ne stärkere Gewährleistung u.a. der gesetzlich veranker-
 ten frauen- und menschenrechtlichen Querschnittsaufga-
 ben wie es die UN-Behindertenrechtskonvention und die
 Frauenrechtekonvention (CEDAW) erfordert. Diese sind
 Maßstab für jedes Gesetz, jede Richtlinie, jede Verord-
 nung einer jeder Regierung und Parlamentes auf allen fö-
 deralen Ebenen. Hierfür sind entsprechende Kompetenz-
 schulungen vorzusehen.

3. die Einbeziehung von Expert*innen bzw. Sachverständigen zum Barrierefreien Bauen. Dem hier noch zu beobachtendem eklatantem Fachkräftemangel für „Design für all“ ist aktiv durch Aus-, Fort- und Weiterbildung entgegenzuwirken. Entsprechende Förderprogramme sind aufzulegen, entsprechende Fachstellen auf allen behördlichen Ebenen der Verwaltung sind zu schaffen und zu finanzieren.

4. einen inklusiven Eingangsbereich für das Museum für Naturkunde als aktuelles Beispiel

Etliche der oben beschriebenen unzureichenden Gewährleistungen der Rechte von Menschen mit Behinderungen führen aktuell und vor allem künftig jahrzehntelang andauernden gravierenden Benachteiligungen und Diskriminierungen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Aufgrund des demographischen Wandels ist hier mit einer deutlichen Zunahme zu rechnen.

Der Zukunftsplan des Museums für Naturkunde zielt unter anderem darauf ab, den historisch begründeten Campusgedanken des im Laufe der 1870er und 1880 erstellten Wissenschaftsforum für Forschung, Lehre und Wissenstransfer (drei Gebäude) in die Gegenwart zu überführen und die Außenflächen der Liegenschaft so umzugestalten, dass ein aktiver Austausch zwischen Besuchenden aus Berlin und der ganzen Welt und Mitarbeitenden auch hier wieder möglich werden kann. Bewilligt sind u.a. für die Sanierung des Museumsgebäudes Zuwendungen von Bund und Land in Höhe von 660 Millionen Euro – Steuergeld, welches von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen gezahlt worden ist.

Das Museum für Naturkunde möchte mithilfe des Zukunftsplans erreichen, ein inklusives offenes und integriertes Forschungsmuseum zu werden. Zu diesem Zweck soll der historische Haupteingang umgestaltet werden, so dass alle Besuchenden auf dem gleichen Wege das Museumsinnere erreichen können. Dabei geht es nicht nur um das Überwinden der großen Haupttreppe, sondern auch das der zahlreichen weiteren Stufen die außen wie innen folgen.

Die aktuelle Position des Gartendenkmalamtes sieht allerdings ein anderes Konzept vor. Eine Erweiterung des Eingangsbereichs in den Vorplatzbereich wird abgelehnt, was bedeutet, dass das Recht von Menschen mit Beeinträchtigungen auf Barrierefreiheit verwehrt ist. Ihnen wird mit dieser Entscheidung nicht erlaubt, das Museum für Naturkunde „in der allgemein üblichen Weise, ohne

304 rie bislang umgegangen worden ist. Es wurde stets dafür
 305 Sorge getragen, so substanzschonend wie möglich vorzu-
 306 gehen. Der Haupteingang nimmt jedoch eine besondere
 307 Stellung ein. Er soll für ein inklusives und integratives Mu-
 308 seum stehen und gleichzeitig ein Statement mit Vorbild-
 309 charakter für eine inklusive Gesellschaft werden. Daher ist
 310 es von essenzieller Bedeutung, die Rechte von Menschen
 311 mit Beeinträchtigungen höher einzustufen als den Schutz
 312 wertvoller historischer Bausubstanz. Noch verhindert das
 313 Landesdenkmalamt Architektur und Außenanlagen inklu-
 314 siv umzugestalten und zukunftsfähig zu machen.

315

316 **5. Ein Förderprogramm zur Ermöglichung von mehr Kla-** 317 **gen zur Erreichung der Barrierefreiheit**

318 Es braucht ein Mehr an gerichtlichen Entscheidungen zur
 319 Barrierefreiheit. Während es - soweit ersichtlich - kaum
 320 Entscheidungen gibt, in denen das Fehlen barrierefrei-
 321 er Einrichtungen gerügt wird, zeigt sich umgekehrt eine
 322 großzügige denkmalschutzrechtliche Genehmigungspra-
 323axis. Auch zur gerichtlichen Durchsetzung von Barrierefrei-
 324 heit braucht es neu aufzulegender Förderprogramme.

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

344

345

346

347

348

349

350

351

352

besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde
 Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar“ zu betreten.

Dies ist ein gesellschaftspolitischer, keineswegs nur ein
 behindertenpolitischer Skandal. Öffentlichkeit bzw. Ge-
 sellschaft wird heute anders definiert als im späten 19.
 Jahrhundert. Damals war es noch gang und gäbe, dass
 Menschen mit Beeinträchtigungen, seien es Behinderun-
 gen in der Mobilität oder den Kommunikationsformen,
 sei es wegen Kinderwagen, Rollstühle oder Rollatoren, in
 der Planung neuer Gebäude nicht vorkamen, ja sie teil-
 weise auch bewusst exkludiert wurden. Ihnen blieb es da-
 mals verwehrt, am öffentlichen Leben und Kulturangebot
 in voller Gänze teilzuhaben. Ein solcher Missstand darf
 sich heute nicht wiederholen: Neue Gebäude sind inklusiv
 zu planen und historische Gebäude entsprechend baulich
 barrierefrei zu verändern.

Unverständlich ist auch, dass Gebäudesubstanz vor dem
 immateriellen aber wesentlichen historischen Auftrag,
 das Wissen in die breite Öffentlichkeit hineinzutragen, ge-
 stellt wird.

Im Juni 2023 wird der laufende Architekturwettbewerb
 zum Abschluss kommen. Um eine attraktive und den
 Denkmalbestand respektierende Lösung zu finden, wur-
 de die Umgestaltung des Portals als zentraler Bestandteil
 in diesen aufgenommen. Ein Ideenteil wird den teilneh-
 menden Büros die Möglichkeit geben, kreative Entwürfe
 einreichen zu können. Bisher hat das Landesdenkmalamt
 im Vorfeld des Wettbewerbs jedoch lediglich seitlichen
 Anrampungen zugestimmt. Eine Lösung für die Überwin-
 dung der weiteren Stufen konnte nicht gefunden werden.
 Andere Lösungsansätze für die Umgestaltung wurden ab-
 gelehnt, da der Eingriff in die Bausubstanz oder in das Gar-
 tendenkmal zu groß und die Maßnahme daher nicht mit
 der Kunst- und Baudenkmalpflege vereinbar sei.

Ein Blick auf die ersten beiden Bauabschnitte und die Plä-
 ne für den laufenden 3. Bauabschnitt zeigt, wie verant-
 wortungsvoll mit dem Denkmalbestand und der Histo-
 rie bislang umgegangen worden ist. Es wurde stets dafür
 Sorge getragen, so substanzschonend wie möglich vorzu-
 gehen. Der Haupteingang nimmt jedoch eine besondere
 Stellung ein. Er soll für ein inklusives und integratives Mu-
 seum stehen und gleichzeitig ein Statement mit Vorbild-
 charakter für eine inklusive Gesellschaft werden. Daher ist
 es von essenzieller Bedeutung, die Rechte von Menschen
 mit Beeinträchtigungen höher einzustufen als den Schutz
 wertvoller historischer Bausubstanz. Noch verhindert das
 Landesdenkmalamt Architektur und Außenanlagen inklu-
 siv umzugestalten und zukunftsfähig zu machen.

Familie / Kinder / Jugend**Antrag 49/II/2023****KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Wickeltische in öffentlichen Gebäuden und in der Gastronomie gesetzlich garantieren**

1 Wir fordern eine gesetzlich garantierte Einrichtung von
 2 Wickeltischen in öffentlichen Gebäuden und vor allem in
 3 der Gastronomie.

4

5 1. In öffentlichen Gebäuden des Landes und der Bezirke,
 6 in denen Publikumsverkehr herrscht, soll zukünftig ein
 7 für alle Geschlechter zugänglicher Wickeltisch (inkl. ange-
 8 messener Beleuchtung und säuglingsgerechter Temperie-
 9 rung bzw. mit Wärmelampe) zur Verfügung stehen. Dies
 10 soll in einer gesetzlichen Selbstverpflichtung verbindlich
 11 geregelt sein.

12

13 2. In der Gastronomie soll sichergestellt sein, dass Babys
 14 zukünftig zuverlässig gewickelt werden können und El-
 15 tern dadurch beruhigt zu Gast sein können. Die Verord-
 16 nung zur Ausführung des Gaststättengesetzes soll ent-
 17 sprechend geändert und zukünftig jene Gastronomiebe-
 18 triebe in die Pflicht nehmen, die auch heute schon einer
 19 Toilettenpflicht unterliegen:

20

- 21 • Für Gastronomiebetriebe über 50 m² Schank- und
 22 Speiseraumgrundfläche oder mit 10 bis 249 Sitz-
 23 plätzen sehen wir zukünftig mindestens einen Wic-
 24 keltisch in angemessener Beleuchtung und säug-
 25 lingsgerechter Temperierung bzw. mit Wärmelampe
 26 vor. Der Wickeltisch kann als platzsparender Klapp-
 27 tisch ausgeführt werden. Dieser Wickeltisch kann
 28 in einem sanitären Multifunktionsraum ohne Ge-
 29 schlechtertrennung erfüllt werden. Sollte diese Er-
 30 füllung in einem Raum mit Geschlechtertrennung
 31 stattfinden, so ist jeweils ein Wickeltisch in den
 32 Räumlichkeiten aller Geschlechter zu erfüllen. Die
 33 Investitionskosten liegen bei ca. 200-300 EUR.
- 34 • Für Gastronomiebetriebe mit 250 Sitzplätzen oder
 35 mehr erfolgt die Festsetzung im Einzelfall, wobei die
 36 Regelungen aus 10 bis 249 Sitzplätzen nicht unter-
 37 schritten werden dürfen.
- 38 • Für Gastronomiebetriebe mit geteilter Toilettenan-
 39 lage, bspw. in Einkaufszentren, in Markthallen oder
 40 in Bahnhöfen, ist die Anzahl der Einzelsitzplätze
 41 bzw. die Schank- und Speiseraumgrundfläche zu ad-
 42 dieren.
- 43 • Für die Erfüllung im Bestand ist eine Übergangs-
 44 frist von 1 Jahr angemessen. Für Neubauten oder
 45 für Neueröffnungen mit Sanierung der Sanitäreanla-
 46 gen ist eine Übergangsfrist ausgeschlossen und die
 47 gesetzliche Regelung greift sofort. Die gesetzliche

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Ergänzung: Der BPT möge beschließen

Wir fordern eine gesetzlich garantierte Einrichtung von
 Wickeltischen in öffentlichen Gebäuden und vor allem in
 der Gastronomie.

1. In öffentlichen Gebäuden des Landes und der Bezirke,
 in denen Publikumsverkehr herrscht, soll zukünftig ein
 für alle Geschlechter zugänglicher Wickeltisch (inkl. ange-
 messener Beleuchtung und säuglingsgerechter Temperie-
 rung bzw. mit Wärmelampe) zur Verfügung stehen. Dies
 soll in einer gesetzlichen Selbstverpflichtung verbindlich
 geregelt sein.

2. In der Gastronomie soll sichergestellt sein, dass Babys
 zukünftig zuverlässig gewickelt werden können und El-
 tern dadurch beruhigt zu Gast sein können. Die Verord-
 nung zur Ausführung des Gaststättengesetzes soll ent-
 sprechend geändert und zukünftig jene Gastronomiebe-
 triebe in die Pflicht nehmen, die auch heute schon einer
 Toilettenpflicht unterliegen.

- 48 Verpflichtung greift auch sofort, wenn eine Nach-
49 rüstung für die Sicherstellung der Barrierefreiheit
50 in Bezug auf die Toilettenanlagen ansteht. Sachlich
51 begründete Ausnahmegenehmigungen, bspw. aus
52 feuerpolizeilichen Gründen oder aus Gründen des
53 Denkmalschutzes, sind für 25 Jahre in die Hände der
54 Bezirke zu legen.
- 55 • Gastronomiebetriebe, in denen aus Gründen des
56 Jugendschutzes oder des Nichtraucherschutzgesetz-
57 zes die Anwesenheit von Säuglingen ausgeschlossen
58 ist, sind von entsprechenden Vorschriften zu be-
59 freien.
 - 60 • Sollten die baulichen Gegebenheiten die Anbrin-
61 gung einer fest installierten Wickelunterlage ver-
62 hindern, sind die Gastronomiebetriebe verpflichtet,
63 eine stabile, aber mobile Wickelunterlage (Schaum-
64 stoff, Wickelbrett) und Einweg- Wickelunterlagen
65 vorzuweisen.
 - 66 • Die sozialdemokratischen Mitglieder in Senat und
67 Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, über den
68 Landeshaushalt ein Landesförderprogramm zur An-
69 schubfinanzierung von Wickeltischen aufzulegen.

70
71

72 **Begründung**

73 Pankow ist einer der kinderreichsten Bezirke in Berlin. Viel-
74 fältige Angebote für Familien mit Kindern schaffen ei-
75 ne kinderfreundliche Atmosphäre, die wir alle im Alltag
76 wahrnehmen durch die vielen Kinderwagen auf den Pan-
77 kower Bürgersteigen und die vollen Spielplätze bei schö-
78 nem Wetter. Die SPD Berlin unterstützt Familien bereits
79 auf vielfältige Weise, indem sie für eine verlässliche Kin-
80 derbetreuung in Kita und Ganztagschule sowie für Inves-
81 titionen in Sportanlagen und Schwimmbäder sorgt. Ber-
82 lins Familien profitieren auch finanziell stark von der SPD-
83 Politik – ihnen bleibt mehr Geld zum Leben durch kosten-
84 freies Schulesen, freie Fahrt im Nahverkehr und die Wie-
85 dereinführung der Lernmittelfreiheit. Zur kinderfreundli-
86 chen Atmosphäre gehört auch, dass Eltern auch mit ei-
87 nem Baby Teil des gesellschaftlichen und kulturellen Le-
88 bens werden können und damit auf Teilhabe nicht ver-
89 zichten müssen.

90

91 Leider ist diese Teilhabe am gesellschaftlichen und kul-
92 turellen Leben an vielen Stellen eingeschränkt. Eine zu-
93 verlässige Versorgung mit Wickelgelegenheiten ist in un-
94 serer Stadt derzeit nicht gewährleistet. Das Vorfinden ei-
95 nes sicheren, sauberen, säuglinggerechten Wickeltischs
96 in öffentlichen Gebäuden oder in der Gastronomie sollte
97 schon heute selbstverständlich sein. Leider sieht die Rea-
98 lität anders aus und Eltern stehen zu oft vor der Heraus-
99 forderung, wie und wo sie ihre Babys wickeln und so die
100 grundsätzlichen Bedürfnisse ihres Babys erfüllen können.

101

102 Mit diesen Maßnahmen werden zukünftig Wickeltische

103 ein zuverlässiger und berechenbarer Teil des Alltages in
104 Berlin. Gut für das Wohlbefinden, die Pflege und die Ge-
105 sundheit der Babys in unserer Stadt. Darüber hinaus ist
106 dies ein wichtiger Baustein für eine Stadt, in der Kinder
107 willkommen sind und in der auch Eltern ein Stück Freiheit
108 wahrnehmen und am kulturellen und gesellschaftlichen
109 Leben teilhaben können.

Friedenspolitik

Antrag 67/I/2023

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Sozialdemokratische Friedenspolitik: Außen- und Sicherheitspolitik gestalten

1. Unsere Ausgangslage

Der brutale Überfall Russlands auf die gesamte Ukraine im Februar 2022 markierte eine Zäsur für die deutsche, europäische und internationale Außen- und Sicherheitspolitik. Der Krieg und die Verübung grausamer Kriegsverbrechen durch die russischen Besatzer führen dazu, dass Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Laut den Vereinten Nationen sind insgesamt rund acht Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Es gibt rund sechs Millionen Binnenvertriebene (jew. Stand 14.1.2023). Die russische Kriegsführung trifft zielgerichtet die ukrainische Bevölkerung und zerstört die zivile Infrastruktur. Es gilt - gemeinsam und abgestimmt im Verbund der EU und NATO - die Ukraine bei der Selbstverteidigung zu unterstützen, der ukrainischen Bevölkerung zu helfen und Russland völkerrechtlich für seinen imperialistischen Angriffskrieg zur Verantwortung zu ziehen.

Die durch den Angriffskrieg entstandenen Herausforderungen an Deutschland und seine Partner hat Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem Begriff "Zeitenwende" betitelt. Zeitenwende wird hierbei als eine grundlegende Änderung der europäischen Sicherheitsordnung verstanden. Der Begriff Zeitenwende ist nicht unumstritten. Unstrittig dürfte jedoch sein, dass die Sozialdemokratie intensiver diskutieren muss, welchen außenpolitischen Weg sie in Zukunft einschlagen muss. Hierzu gehört unzweifelhaft nicht nur eine Aufarbeitung der Russlandpolitik, sondern auch eine kritische Überprüfung der gesamten Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte. Hinterfragt werden muss das Hinnehmen des Sterbens von geflüchteten Menschen an Europas Außengrenzen. Auch Auslandseinsätze wie zum Beispiel in Afghanistan oder Mali müssen im Hinblick auf Zielsetzung, Folgen und Konsequenzen sowie die Qualität der nationalen und europäischen Kapazitäten zur Landes- und Bündnisverteidigung analysiert werden.

Die SPD muss als Friedenspartei die Leitplanken und Möglichkeiten der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik überprüfen und festlegen, wie sie sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aufstellen möchte. Dieser Prozess muss durch einen umfassenden Diskussionsprozess in der Partei begleitet werden. Dieser Antrag ist ein Beitrag zur notwendigen breiten Debatte um die zukünftige Ausrichtung sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik.

47

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK

1. Unsere Ausgangslage

Der brutale Überfall Russlands auf die gesamte Ukraine im Februar 2022 markierte eine Zäsur für die deutsche, europäische und internationale Außen- und Sicherheitspolitik. Der Krieg und die Verübung grausamer Kriegsverbrechen durch die russischen Besatzer führen dazu, dass Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Laut den Vereinten Nationen sind insgesamt rund acht Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Es gibt rund sechs Millionen Binnenvertriebene (jew. Stand 14.1.2023). Die russische Kriegsführung trifft zielgerichtet die ukrainische Bevölkerung und zerstört die zivile Infrastruktur. Es gilt - gemeinsam und abgestimmt im Verbund der EU und NATO - die Ukraine bei der Selbstverteidigung zu unterstützen, der ukrainischen Bevölkerung zu helfen und Russland völkerrechtlich für seinen imperialistischen Angriffskrieg zur Verantwortung zu ziehen.

Die durch den Angriffskrieg entstandenen Herausforderungen an Deutschland und seine Partner hat Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem Begriff "Zeitenwende" betitelt. Zeitenwende wird hierbei als eine grundlegende Änderung der europäischen Sicherheitsordnung verstanden. Der Begriff Zeitenwende ist nicht unumstritten. Unstrittig dürfte jedoch sein, dass die Sozialdemokratie intensiver diskutieren muss, welchen außenpolitischen Weg sie in Zukunft einschlagen muss. Hierzu gehört unzweifelhaft nicht nur eine Aufarbeitung der Russlandpolitik, sondern auch eine kritische Überprüfung der gesamten Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte. Hinterfragt werden muss das Hinnehmen des Sterbens von geflüchteten Menschen an Europas Außengrenzen. Auch Auslandseinsätze wie zum Beispiel in Afghanistan oder Mali müssen im Hinblick auf Zielsetzung, Folgen und Konsequenzen sowie die Qualität der nationalen und europäischen Kapazitäten zur Landes- und Bündnisverteidigung analysiert werden.

Die SPD muss als Friedenspartei die Leitplanken und Möglichkeiten der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik überprüfen und festlegen, wie sie sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aufstellen möchte. Dieser Prozess muss durch einen umfassenden Diskussionsprozess in der Partei begleitet werden. Dieser Antrag ist ein Beitrag zur notwendigen breiten Debatte um die zukünftige Ausrichtung sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik.

48 **2. Unsere Säulen sozialdemokratischer Außen- und Si-**
 49 **cherheitspolitik**

50 Die Friedens- und Sicherheitspolitik der Sozialdemokratie
 51 ruht auf einem festen Fundament, wie es in der allge-
 52 meinen Erklärung der Menschenrechte mit dem Recht auf Le-
 53 ben, Freiheit und Sicherheit aller Menschen festgeschrie-
 54 ben wurde. Willy Brandt hat das Ziel der weltweiten „Frei-
 55 heit von Not und von Furcht“ abgeleitet. Dies bleibt unser
 56 Anspruch.

57
 58 Diese Freiheit wird im Kern gefährdet durch weltwei-
 59 te Entwicklungen: durch wachsende soziale Ungleichhei-
 60 ten - national und global -, humanitäre Krisen, die Rück-
 61 kehr von Autokratien und Diktaturen. Sie ist ebenso be-
 62 droht durch den systematischen Abbau bürgerlicher Frei-
 63 heiten und die Untergrabung der Menschenrechte, durch
 64 existenzielle Bedrohungen für diejenigen, die unabhängig
 65 journalistisch arbeiten, und Einschränkungen in der Un-
 66 abhängigigkeit von Gerichten, Rechtsprechung und Wahl-
 67 verfahren für Richterinnen und Richter. Grundlage einer
 68 gedeihlichen Entwicklung sind offene Gesellschaften, die
 69 ihren Mitgliedern den Kampf für ihre Rechte ermöglichen.
 70 Ohne die Gleichheit der Rechte aller Menschen bleibt Frei-
 71 heit von Not und Furcht nur Stückwerk.

72
 73 Die Freiheit von Not und Furcht wird auch bedroht durch
 74 die fortschreitende Klimakrise, die Menschen ihre Exis-
 75 tenzgrundlage nimmt und vielen Millionen weiteren zu
 76 nehmen droht.

77
 78 Unser Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik ist
 79 breit, weil wir nicht auf eine kurzfristige sektoral begrenz-
 80 te, sondern eine langfristige und werteorientierte Per-
 81 spektive setzen, die ein friedliches, respektvolles Mitein-
 82 ander ermöglichen: Es muss neben den u.U. lebensretten-
 83 den Erfordernissen von Schutz und Verteidigung stets die
 84 langfristige menschliche Sicherheit aller - insbesondere
 85 von Frauen, Kindern und marginalisierten Gruppen - mit-
 86 denken, die Folgen für Energieverbrauch und fortschrei-
 87 tenden Klimawandel, die Folgen für wirtschaftliche Be-
 88 ziehungen und den Ausbau von sozialen und politischen
 89 Menschenrechten gerade auch im globalen Süden.

90
 91 Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat Russland
 92 das internationale Völkerrecht gebrochen und die kollekti-
 93 ve Sicherheitsordnung Europas nach der Schlussakte von
 94 Helsinki 1975 verlassen. Spätestens seit 2014 ist deutlich,
 95 dass die Verflechtung durch Wirtschaftsbeziehungen kei-
 96 nen Frieden in Europa und auch anderswo garantiert.

97
 98 Eine sozialdemokratische Friedens- und Sicherheitspolitik
 99 erfordert also eine stetig entlang transparenter Kriterien
 100 und Werte weiterzuentwickelnde und anpassungsfähige
 101 Strategie. Ihr zugrunde liegt eine ganzheitliche Herange-
 102 hensweise, in die Sachstände, Bewertungen und strategi-

2. Unsere Säulen sozialdemokratischer Außen- und Si-
cherheitspolitik

Die Friedens- und Sicherheitspolitik der Sozialdemokratie ruht auf einem festen Fundament, wie es in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit aller Menschen festgeschrieben wurde. Willy Brandt hat das Ziel der weltweiten „Freiheit von Not und von Furcht“ abgeleitet. Dies bleibt unser Anspruch.

Diese Freiheit wird im Kern gefährdet durch weltweite Entwicklungen: durch wachsende soziale Ungleichheiten - national und global -, humanitäre Krisen, die Rückkehr von Autokratien und Diktaturen. Sie ist ebenso bedroht durch den systematischen Abbau bürgerlicher Freiheiten und die Untergrabung der Menschenrechte, durch existenzielle Bedrohungen für diejenigen, die unabhängig journalistisch arbeiten, und Einschränkungen in der Unabhängigkeit von Gerichten, Rechtsprechung und Wahlverfahren für Richterinnen und Richter. Grundlage einer gedeihlichen Entwicklung sind offene Gesellschaften, die ihren Mitgliedern den Kampf für ihre Rechte ermöglichen. Ohne die Gleichheit der Rechte aller Menschen bleibt Freiheit von Not und Furcht nur Stückwerk.

Die Freiheit von Not und Furcht wird auch bedroht durch die fortschreitende Klimakrise, die Menschen ihre Existenzgrundlage nimmt und vielen Millionen weiteren zu nehmen droht.

Unser Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik ist breit, weil wir nicht auf eine kurzfristige sektoral begrenzte, sondern eine langfristige und werteorientierte Perspektive setzen, die ein friedliches, respektvolles Miteinander ermöglichen: Es muss neben den u.U. lebensretten- den Erfordernissen von Schutz und Verteidigung stets die langfristige menschliche Sicherheit aller - insbesondere von Frauen, Kindern und marginalisierten Gruppen - mitdenken, die Folgen für Energieverbrauch und fortschreitenden Klimawandel, die Folgen für wirtschaftliche Beziehungen und den Ausbau von sozialen und politischen Menschenrechten gerade auch im globalen Süden.

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat Russland das internationale Völkerrecht gebrochen und die kollektive Sicherheitsordnung Europas nach der Schlussakte von Helsinki 1975 verlassen. Spätestens seit 2014 ist deutlich, dass die Verflechtung durch Wirtschaftsbeziehungen keinen Frieden in Europa und auch anderswo garantiert.

Eine sozialdemokratische Friedens- und Sicherheitspolitik erfordert also eine stetig entlang transparenter Kriterien und Werte weiterzuentwickelnde und anpassungsfähige Strategie. Ihr zugrunde liegt eine ganzheitliche Herangehensweise, in die Sachstände, Bewertungen und strategi-

103 sche Vorausschau aus allen relevanten Ministerien konti-
 104 nuierlich einfließen und auf allen Ebenen miteinander ab-
 105 gestimmt werden (sog. Vernetzter Ansatz). Für sein Gelin-
 106 gen muss die Bundesregierung die notwendigen institu-
 107 tionellen Strukturen schaffen.

108

109 Wir sehen folgende Prüfsteine als wesentlich für ei-
 110 ne langfristig erfolgreiche sozialdemokratische Friedens-
 111 und Sicherheitspolitik an:

- 112 • Aus den historischen deutschen Erfahrungen des 20.
 113 Jahrhunderts gespeiste bewährte Zurückhaltung im
 114 Einsatz militärischer Mittel, eine Stärkung und Wei-
 115 terentwicklung des Völkerrechts sowie eine langfris-
 116 tige und vorausschauende Friedenssicherung.
- 117 • Enge und frühzeitige, kontinuierliche Abstimmung
 118 mit den Bündnispartnern in EU und NATO unter
 119 Einbeziehung der jeweiligen Interessen der Partner
 120 sowie eine in Absprache mit den Partnern kom-
 121 plementäre und arbeitsteilige Schwerpunktsetzung
 122 der deutschen Fähigkeiten zur Landes- und Bündnis-
 123 verteidigung.
- 124 • Strategisch breit fundierte und jeden Einzelfall ab-
 125 wägende Entscheidungsfindung. Offene Kommuni-
 126 kation, gerade auch über das Lernen aus Fehlern und
 127 Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstkorrektur.
- 128 • Aufrechterhaltung von Gesprächskanälen auch mit
 129 politischen Akteuren, die nicht entsprechend un-
 130 serem Wertesystem oder sogar völkerrechtsverlet-
 131 zend handeln, um zu jedem wünschenswerten Zeit-
 132 punkt diplomatische Schritte gehen zu können, bei
 133 gleichzeitiger maximaler Klarheit über den eigenen
 134 politischen Standpunkt. Die Aufrechterhaltung von
 135 Gesprächskanälen darf einer entschlossenen Politik
 136 nicht im Wege stehen.
- 137 • Die zunehmende Verbreitung von Massenvernich-
 138 tungswaffen verlangt weiterhin eine konsequente
 139 Politik der effektiven Rüstungskontrolle mit dem
 140 langfristigen Ziel der Rüstungsbegrenzung und der
 141 Perspektive einer Abrüstung. Wir setzen uns weiter-
 142 hin für eine internationale Ächtung des Einsatzes
 143 von Atomwaffen ein und bekräftigen unser Ziel ei-
 144 ner atomwaffenfreien und entmilitarisierten Welt.
 145 Dies wird allerdings nur in einem internationalen
 146 Kontext stattfinden können.
- 147 • Ein von der Bundesregierung umzusetzender Ver-
 148 netzter Ansatz: Bei jedem Einsatz zur Friedenssiche-
 149 rung werden von Beginn an alle einschlägigen Res-
 150 sorts beteiligt und auf Gegebenheiten und Perspek-
 151 tiven vor Ort wird eingegangen. Die Entwicklung-
 152 zusamenarbeit darf dabei neben sicherheitspoli-
 153 tischer Planung keine untergeordnete Rolle einneh-
 154 men.
- 155 • In der Entwicklungszusammenarbeit muss die qua-
 156 litative Nachhaltigkeit der Erfolge zentral sein. Wir
 157 wirken darauf hin, dass die Entwicklungszusam-

sche Vorausschau aus allen relevanten Ministerien konti-
 nuierlich einfließen und auf allen Ebenen miteinander ab-
 gestimmt werden (sog. Vernetzter Ansatz). Für sein Gelin-
 gen muss die Bundesregierung die notwendigen institu-
 tionellen Strukturen schaffen.

Wir sehen folgende Prüfsteine als wesentlich für ei-
 ne langfristig erfolgreiche sozialdemokratische Friedens-
 und Sicherheitspolitik an:

- Aus den historischen deutschen Erfahrungen des 20.
 Jahrhunderts gespeiste bewährte Zurückhaltung im
 Einsatz militärischer Mittel, eine Stärkung und Wei-
 terentwicklung des Völkerrechts sowie eine langfris-
 tige und vorausschauende Friedenssicherung.
- Enge und frühzeitige, kontinuierliche Abstimmung
 mit den Bündnispartnern in EU und NATO unter
 Einbeziehung der jeweiligen Interessen der Partner
 sowie eine in Absprache mit den Partnern kom-
 plementäre und arbeitsteilige Schwerpunktsetzung
 der deutschen Fähigkeiten zur Landes- und Bündnis-
 verteidigung.
- Strategisch breit fundierte und jeden Einzelfall ab-
 wägende Entscheidungsfindung. Offene Kommuni-
 kation, gerade auch über das Lernen aus Fehlern und
 Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstkorrektur.
- Aufrechterhaltung von Gesprächskanälen auch mit
 politischen Akteuren, die nicht entsprechend un-
 serem Wertesystem oder sogar völkerrechtsverlet-
 zend handeln, um zu jedem wünschenswerten Zeit-
 punkt diplomatische Schritte gehen zu können, bei
 gleichzeitiger maximaler Klarheit über den eigenen
 politischen Standpunkt. Die Aufrechterhaltung von
 Gesprächskanälen darf einer entschlossenen Politik
 nicht im Wege stehen.
- Die zunehmende Verbreitung von Massenvernich-
 tungswaffen verlangt weiterhin eine konsequente
 Politik der effektiven Rüstungskontrolle mit dem
 langfristigen Ziel der Rüstungsbegrenzung und der
 Perspektive einer Abrüstung. Wir setzen uns weiter-
 hin für eine internationale Ächtung des Einsatzes
 von Atomwaffen ein und bekräftigen unser Ziel ei-
 ner atomwaffenfreien und entmilitarisierten Welt.
 Dies wird allerdings nur in einem internationalen
 Kontext stattfinden können.
- Ein von der Bundesregierung umzusetzender Ver-
 netzter Ansatz: Bei jedem Einsatz zur Friedenssiche-
 rung werden von Beginn an alle einschlägigen Res-
 sorts beteiligt und auf Gegebenheiten und Perspek-
 tiven vor Ort wird eingegangen. Die Entwicklung-
 zusamenarbeit darf dabei neben sicherheitspoli-
 tischer Planung keine untergeordnete Rolle einneh-
 men.
- In der Entwicklungszusammenarbeit muss die qua-
 litative Nachhaltigkeit der Erfolge zentral sein. Wir
 wirken darauf hin, dass die Entwicklungszusam-

158 menarbeit Wirtschaften stärkt und Arbeitsmärkte
159 te aufbaut, die insbesondere Frauen, jungen Men-
160 schen und marginalisierten Gruppen langfristige
161 Perspektiven zum sozialen Aufstieg in ihren Hei-
162 matländern bieten. Die Verpflichtung, mindestens
163 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwick-
164 lungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bereit-
165 zustellen, muss eingehalten werden.

- 166 • Zielorientierte Einpassung in die 17 globalen Nach-
167 haltigkeitsziele, welche die Generalversammlung
168 der Vereinten Nationen 2015 einmütig verabschie-
169 det hat: z.B. Armut und Hunger beenden (1, 2), inklu-
170 sive und gute Bildung für alle sichern (4), Geschlech-
171 tergerechtigkeit (5) sowie sauberes Wasser und saubere,
172 bezahlbare Energieverfügbarkeit (5,6) sichern.
- 173 • Verfolgung des Ziels des Pariser Klimaabkommens
174 - das heißt, die Begrenzung der Erderwärmung auf
175 deutlich unter 2 Grad, und möglichst auf 1,5 Grad.

176

177 3. Internationale Organisationen stärken

178 Die Zeitenwende global zu verstehen, bedeutet auch, dass
179 wir seit Jahren bestehende Paradigmen der deutschen Po-
180 sitionierung im multilateralen Raum überdenken und ge-
181 mäß unserem Anspruch einer gerechten und kooperati-
182 ven Welt anpassen müssen. Hierfür benötigt es strategi-
183 sche Partnerschaften und Allianzen mit Ländern aller Re-
184 gionen und Kontinente, die geprägt sein müssen von ge-
185 genseitigem Respekt und Glaubwürdigkeit.

186

- 187 • Die EU soll wichtigster Orientierungs- und Hand-
188 lungsrahmen für die deutsche Außen- und Sicher-
189 heitspolitik werden. Um die rüstungs- und vertei-
190 digungspolitischen Ziele der Zeitenwende nachhal-
191 tig und politisch tragbar umzusetzen, braucht es ei-
192 ne engere Verzahnung der Beschaffungspolitik mit
193 den EU-Partnern als bisher. Es gilt, eine gemein-
194 same Beschaffungsstrategie so anzugestalten, dass
195 Interoperabilität der Rüstungssysteme und Lasten-
196 teilung in den Produktions- und Verteidigungskapa-
197 zitäten der gesamten EU sichergestellt sind. Hierfür
198 benötigt es kurz- und mittelfristig höhere politische
199 und finanzielle Investitionen.
- 200 • Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat
201 auch die zentrale Rolle der NATO, zumal die USA,
202 als Garanten für die europäische Sicherheit deut-
203 lich gemacht. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir
204 die Anhebung der Verteidigungsausgaben durch die
205 Mitgliedsstaaten. Mittelfristig muss an die Stelle
206 des 2%-Ziels eine mehrjährige, an den wirtschaft-
207 lichen und beschaffungstechnischen Kapazitäten
208 der Mitgliedstaaten orientierte arbeitsteilige Inves-
209 titionsstrategie treten, welche die demokratische
210 Wehrhaftigkeit und Einsatzfähigkeit des Bündnis-
211 ses garantiert und bestehende Lücken schließt.
- 212 • Eine Stärkung der Vereinten Nationen als wichtigs-

menarbeit Wirtschaften stärkt und Arbeitsmärkte
aufbaut, die insbesondere Frauen, jungen Men-
schen und marginalisierten Gruppen langfristige
Perspektiven zum sozialen Aufstieg in ihren Hei-
matländern bieten. Die Verpflichtung, mindestens
0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwick-
lungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bereit-
zustellen, muss eingehalten werden.

- Zielorientierte Einpassung in die 17 globalen Nach-
haltigkeitsziele, welche die Generalversammlung
der Vereinten Nationen 2015 einmütig verabschie-
det hat: z.B. Armut und Hunger beenden (1, 2), inklu-
sive und gute Bildung für alle sichern (4), Geschlech-
tergerechtigkeit (5) sowie sauberes Wasser und saubere,
bezahlbare Energieverfügbarkeit (5,6) sichern.
- Verfolgung des Ziels des Pariser Klimaabkommens
- das heißt, die Begrenzung der Erderwärmung auf
deutlich unter 2 Grad, und möglichst auf 1,5 Grad.

3. Internationale Organisationen stärken

Die Zeitenwende global zu verstehen, bedeutet auch, dass
wir seit Jahren bestehende Paradigmen der deutschen Po-
sitionierung im multilateralen Raum überdenken und ge-
mäß unserem Anspruch einer gerechten und kooperati-
ven Welt anpassen müssen. Hierfür benötigt es strategi-
sche Partnerschaften und Allianzen mit Ländern aller Re-
gionen und Kontinente, die geprägt sein müssen von ge-
genseitigem Respekt und Glaubwürdigkeit.

- Die EU soll wichtigster Orientierungs- und Hand-
lungsrahmen für die deutsche Außen- und Sicher-
heitspolitik werden. Um die rüstungs- und vertei-
digungspolitischen Ziele der Zeitenwende nachhal-
tig und politisch tragbar umzusetzen, braucht es ei-
ne engere Verzahnung der Beschaffungspolitik mit
den EU-Partnern als bisher. Es gilt, eine gemein-
same Beschaffungsstrategie so anzugestalten, dass
Interoperabilität der Rüstungssysteme und Lasten-
teilung in den Produktions- und Verteidigungskapa-
zitäten der gesamten EU sichergestellt sind. Hierfür
benötigt es kurz- und mittelfristig höhere politische
und finanzielle Investitionen.
- Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat
auch die zentrale Rolle der NATO, zumal die USA,
als Garanten für die europäische Sicherheit deut-
lich gemacht. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir
die Anhebung der Verteidigungsausgaben durch die
Mitgliedsstaaten. Mittelfristig muss an die Stelle
des 2%-Ziels eine mehrjährige, an den wirtschaft-
lichen und beschaffungstechnischen Kapazitäten
der Mitgliedstaaten orientierte arbeitsteilige Inves-
titionsstrategie treten, welche die demokratische
Wehrhaftigkeit und Einsatzfähigkeit des Bündnis-
ses garantiert und bestehende Lücken schließt.
- Eine Stärkung der Vereinten Nationen als wichtigs-

213 tes Gremium der internationalen Verhandlungen
 214 und Konfliktlösung kann nur durch ein aktives und
 215 kooperatives Verhalten Deutschlands und der EU in-
 216 nerhalb der Vereinten Nationen erfolgen. Dazu ge-
 217 hört der strategische und am globalen Gemeinwohl
 218 orientierte Austausch mit den Staaten des Globa-
 219 len Südens, die sich innerhalb der Vereinten Na-
 220 tionen zur G77 zusammengeschlossen haben. Ver-
 221 trauensbildende Maßnahmen könnten u.a. die akti-
 222 ve Beteiligung der EU an den Verhandlungen eines
 223 verpflichtenden Abkommens über Wirtschaft und
 224 Menschenrechte, Zugang zu Medikamenten und
 225 Impfstoffen, Schuldenerlasse sowie der Einsatz für
 226 eine Zinsabsenkung in der Kreditvergabe der inter-
 227 nationalen Entwicklungsbanken an Staaten des glo-
 228 balen Südens sein.

- 229 • Mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat
 230 Russland gegen die in der Schlussakte von Helsinki
 231 beschlossenen und durch die Charta von Paris (1990)
 232 bekräftigten Prinzipien der OSZE verstoßen. Das Gre-
 233 mium kann in Folge der russischen Aggression der-
 234 zeit seiner Aufgabe als Dialogforum der paneuropäi-
 235 schen Sicherheit nicht ausreichend nachkommen.
 236 Mittelfristig - nach einem Rückzug russischer Trup-
 237 pen aus den ukrainischen Gebieten - könnte die
 238 OSZE in einer signifikant veränderten sicherheitspo-
 239 litischen Landschaft abermals ihre Aktivitäten wie-
 240 der aufnehmen, vor allem in Bereich des Vertrauens-
 241 aufbaus und der Transparenz.
- 242 • Nur wenige Tage nach dem Angriff Russlands auf die
 243 Ukraine schloss der Europarat als Organisation für
 244 Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokra-
 245 tie Russland aus den eigenen Reihen aus. Nichtsdes-
 246 totrotz soll der Europarat und die Parlamentarische
 247 Versammlung des Europarates weiterhin ein Ort für
 248 die russische Zivilgesellschaft sein, um die Möglich-
 249 keit zu bieten, sich international Gehör zu verschaf-
 250 fen und zu vernetzen.
- 251 • Die G7 und G20 müssen als diplomatische Foren
 252 gestärkt werden. Hierzu gehören klare Strategi-
 253 en und gemeinsame Zielsetzungen mit den nicht-
 254 westlichen Mitgliedsstaaten in der G20, z.B. im Be-
 255 reich des Klimawandels, des Schutzes der natürli-
 256 chen Lebensgrundlagen oder der globalen Bekämp-
 257 fung von Steuerflucht. Sowohl der von Olaf Scholz
 258 im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub als auch die
 259 Initiative der G20 einer globalen Mindestbesteue-
 260 rung von Unternehmen sollten forciert werden.

261 262 **4. Konfliktursachen bekämpfen, Stabilität fördern und** 263 **Perspektiven schaffen**

264 Internationale Solidarität, Verantwortung und Führung
 265 muß fußen auf dem skizzierten Kontext der demokrati-
 266 schen Wertebindung – Menschenwürde, Freiheit von Not
 267 und Furcht, Rechtssicherheit, Gleichheit aller Menschen

tes Gremium der internationalen Verhandlungen
 und Konfliktlösung kann nur durch ein aktives und
 kooperatives Verhalten Deutschlands und der EU in-
 nerhalb der Vereinten Nationen erfolgen. Dazu ge-
 hört der strategische und am globalen Gemeinwohl
 orientierte Austausch mit den Staaten des Globa-
 len Südens, die sich innerhalb der Vereinten Na-
 tionen zur G77 zusammengeschlossen haben. Ver-
 trauensbildende Maßnahmen könnten u.a. die akti-
 ve Beteiligung der EU an den Verhandlungen eines
 verpflichtenden Abkommens über Wirtschaft und
 Menschenrechte, Zugang zu Medikamenten und
 Impfstoffen, Schuldenerlasse sowie der Einsatz für
 eine Zinsabsenkung in der Kreditvergabe der inter-
 nationalen Entwicklungsbanken an Staaten des glo-
 balen Südens sein.

- Mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat
 Russland gegen die in der Schlussakte von Helsinki
 beschlossenen und durch die Charta von Paris (1990)
 bekräftigten Prinzipien der OSZE verstoßen. Das Gre-
 mium kann in Folge der russischen Aggression der-
 zeit seiner Aufgabe als Dialogforum der paneuropäi-
 schen Sicherheit nicht ausreichend nachkommen.
 Mittelfristig - nach einem Rückzug russischer Trup-
 pen aus den ukrainischen Gebieten - könnte die
 OSZE in einer signifikant veränderten sicherheitspo-
 litischen Landschaft abermals ihre Aktivitäten wie-
 der aufnehmen, vor allem in Bereich des Vertrauens-
 aufbaus und der Transparenz.
- Nur wenige Tage nach dem Angriff Russlands auf die
 Ukraine schloss der Europarat als Organisation für
 Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokra-
 tie Russland aus den eigenen Reihen aus. Nichtsdes-
 totrotz soll der Europarat und die Parlamentarische
 Versammlung des Europarates weiterhin ein Ort für
 die russische Zivilgesellschaft sein, um die Möglich-
 keit zu bieten, sich international Gehör zu verschaf-
 fen und zu vernetzen.
- Die G7 und G20 müssen als diplomatische Foren
 gestärkt werden. Hierzu gehören klare Strategi-
 en und gemeinsame Zielsetzungen mit den nicht-
 westlichen Mitgliedsstaaten in der G20, z.B. im Be-
 reich des Klimawandels, des Schutzes der natürli-
 chen Lebensgrundlagen oder der globalen Bekämp-
 fung von Steuerflucht. Sowohl der von Olaf Scholz
 im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub als auch die
 Initiative der G20 einer globalen Mindestbesteue-
 rung von Unternehmen sollten forciert werden.

4. Konfliktursachen bekämpfen, Stabilität fördern und **Perspektiven schaffen**

Internationale Solidarität, Verantwortung und Führung
 muß fußen auf dem skizzierten Kontext der demokrati-
 schen Wertebindung – Menschenwürde, Freiheit von Not
 und Furcht, Rechtssicherheit, Gleichheit aller Menschen

268 vor dem Gesetz. Stablen Fortschritt können sie nur bewir-
 269 ken, wenn die Folgen einer solidarischen und verantwor-
 270 tungsvollen Politik für Frauen und Kinder, für die Klima-
 271 entwicklung, für die Armen der Welt mitgedacht sind.

272

273 **Unsere Forderungen sind:**

- 274 • Wir wollen die Selbstverteidigung der Ukraine wirk-
 275 sam unterstützen, um ihre Existenz zu sichern. Da-
 276 von hängt ab, wie sich das Verhältnis zwischen dem
 277 demokratischen Europa und Russland entwickeln
 278 wird.
- 279 • Wir wollen eine Feministische Außenpolitik zur Un-
 280 terstützung von Sicherheit, Freiheit, Inklusion und
 281 Teilhabe.
- 282 • Wir wollen offene Gesellschaften, Rechtssicherheit
 283 und Meinungsfreiheit global unterstützen. Hierzu
 284 gehört die internationale Förderung einer freien
 285 Pressearbeit sowie der Kampf gegen die zunehmen-
 286 de Verbreitung von Fake News, etwa durch den Aus-
 287 bau staatlicher Medienprogramme und einer stär-
 288 keren schulischen und außerschulischen Bildungs-
 289 arbeit zum Thema internationale Beziehungen.
- 290 • Wir wollen klare Regelungen für eine gute EU-
 291 Migrationspolitik. Kommunen, die Geflüchtete auf-
 292 nehmen, sollen finanziell unterstützt werden.
- 293 • Ursachen und Folgen der Klimakrise stehen unmit-
 294 telbar im Zusammenhang mit ökonomischen und
 295 sozialen Bedrohungen in Gesellschaften. Wir unter-
 296 stützen es, dass westliche Staaten Schwellenlän-
 297 dern mit einem hohen Kohleanteil bei der Strom-
 298 erzeugung, wie Südafrika, Indonesien und Viet-
 299 nam, durch "Energiewende-Partnerschaften" finan-
 300 ziell dabei helfen, auf erneuerbare Energien um-
 301 zusteigen. Wir fordern, solche Partnerschaften mit
 302 weiteren Staaten einzugehen. Die eingesetzten öf-
 303 fentlichen Gelder dürfen nicht zu einer weiteren
 304 Verschuldung der Länder führen und müssen als He-
 305 bel für die Mobilisierung von privaten Investitionen
 306 genutzt werden. Wir wollen einen stärkeren finanzi-
 307 ellen Einsatz für den Lastenausgleich bei den Klima-
 308 veränderungen und eine Stärkung der internationa-
 309 len Katastrophenhilfe. Deutschland muss seinen ge-
 310 rechten Anteil an den versprochenen 100 Milliarden
 311 leisten, die jedes Jahr Ländern im globalen Süden
 312 zur Verfügung gestellt werden sollen, um Maßnah-
 313 men zum Klimaschutz und zur Anpassung an den
 314 Klimawandel zu finanzieren.
- 315 • Eindeutige politische Unterstützung der Protestbe-
 316 wegung im Iran gegen die Regierung in ihrem mu-
 317 tigen Kampf um Frauen- und Freiheitsrechte; diese
 318 politische Unterstützung sollte auch konkrete Maß-
 319 nahmen wie wirksame Sanktionen politisch Verant-
 320 wortlicher einschließen.
- 321 • Politische Unterstützung aller Maßnahmen der
 322 Staatengemeinschaft, die den unangefochtenen

vor dem Gesetz. Stablen Fortschritt können sie nur bewir-
 ken, wenn die Folgen einer solidarischen und verantwor-
 tungsvollen Politik für Frauen und Kinder, für die Klima-
 entwicklung, für die Armen der Welt mitgedacht sind.

Unsere Forderungen sind:

- Wir wollen die Selbstverteidigung der Ukraine wirk-
 sam unterstützen, um ihre Existenz zu sichern. Da-
 von hängt ab, wie sich das Verhältnis zwischen dem
 demokratischen Europa und Russland entwickeln
 wird. Dazu gehört die Bereitstellung von benötigten
 Waffen, Ausrüstung und Munition, um den Abwehr-
 kampf der Ukraine zu ermöglichen und von Russ-
 land besetztes Territorium zu befreien, um die ter-
 ritoriale Integrität der Ukraine in den Grenzen von
 1991 wiederherzustellen. Dazu gehört auch die Auf-
 rechterhaltung und, wo möglich, Verschärfung der
 Wirtschaftssanktionen gegen Russland, auch durch
 ein verbessertes EU-Regelwerk.
- Wir wollen eine Feministische Außenpolitik zur Un-
 terstützung von Sicherheit, Freiheit, Inklusion und
 Teilhabe. Wir fordern die russischen Soldat*innen
 auf, die Waffen niederzulegen und garantieren allen
 Kriegsdienstverweigernden Asyl.
- Wir wollen offene Gesellschaften, Rechtssicherheit
 und Meinungsfreiheit global unterstützen. Hierzu
 gehört die internationale Förderung einer freien
 Pressearbeit sowie der Kampf gegen die zunehmen-
 de Verbreitung von Fake News, etwa durch den Aus-
 bau staatlicher Medienprogramme und einer stär-
 keren schulischen und außerschulischen Bildungs-
 arbeit zum Thema internationale Beziehungen.
- Wir wollen klare Regelungen für eine gute EU-
 Migrationspolitik. Kommunen, die Geflüchtete auf-
 nehmen, sollen finanziell unterstützt werden.
- Ursachen und Folgen der Klimakrise stehen unmit-
 telbar im Zusammenhang mit ökonomischen und
 sozialen Bedrohungen in Gesellschaften. Wir unter-
 stützen es, dass westliche Staaten Schwellenlän-
 dern mit einem hohen Kohleanteil bei der Strom-
 erzeugung, wie Südafrika, Indonesien und Viet-
 nam, durch "Energiewende-Partnerschaften" finan-
 ziell dabei helfen, auf erneuerbare Energien um-
 zusteigen. Wir fordern, solche Partnerschaften mit
 weiteren Staaten einzugehen. Die eingesetzten öf-
 fentlichen Gelder dürfen nicht zu einer weiteren
 Verschuldung der Länder führen und müssen als He-
 bel für die Mobilisierung von privaten Investitionen
 genutzt werden. Wir wollen einen stärkeren finanzi-
 ellen Einsatz für den Lastenausgleich bei den Klima-
 veränderungen und eine Stärkung der internationa-
 len Katastrophenhilfe. Deutschland muss seinen ge-
 rechten Anteil an den versprochenen 100 Milliarden
 leisten, die jedes Jahr Ländern im globalen Süden
 zur Verfügung gestellt werden sollen, um Maßnah-

323 Fortbestand und die selbstbestimmte demokrati-
 324 sche Weiterentwicklung Taiwans verfolgen.
 325 • Bei den Wirtschaftsbeziehungen mit China sind ein-
 326 seitige deutsche und europäische Abhängigkeiten
 327 bei wichtigen Rohstoffen, Vorprodukten etc. zu re-
 328 duzieren. Solchen Abhängigkeiten, die unsere politi-
 329 schen Spielräume beispielsweise in Bezug auf Men-
 330 schenrechte entscheidend einengen, ist durch Di-
 331 versifizierung u.a. in der Rohstoff- und Industriepo-
 332 litik zu begegnen, auch wenn dies zu Mehrkosten
 333 führt.
 334 • Auch und gerade angesichts der jüngsten Regie-
 335 rungsbildung in Israel gelten für uns weiterhin die
 336 Sätze aus unserem Grundsatzprogramm von 2007:
 337 “Deutschland hat eine besondere Verantwortung
 338 für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen enga-
 339 gieren wir uns für einen umfassenden Frieden im
 340 Nahen Osten auf der Grundlage internationaler Ver-
 341 träge. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des
 342 palästinensischen Volkes und die Schaffung eines
 343 lebensfähigen palästinensischen Staates ein.”
 344

345 5. Ausblick

346 Auch jenseits der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit
 347 muss die Zeitenwende sich in der deutschen EU-Politik in
 348 eine stärkere Integration und einer Beschleunigung des
 349 stockenden Erweiterungsprozesses übersetzen. Um das
 350 seit Jahren angestrebte Ziel qualifizierter Mehrheitsent-
 351 scheidungen in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Si-
 352 cherheitspolitik endlich zu erreichen, muss die Bundesre-
 353 gierung sich für eine Kompromissfindung öffnen. Das gilt
 354 auch in Hinblick auf Forderungen der Partner hinsichtlich
 355 der gemeinsamen Schuldenaufnahme und dauerhaft hö-
 356 herer Investitionen. Deutschland muss seine Rolle im Ge-
 357 füge einer nationalen, europäischen und globalen Sicher-
 358 heitsordnung finden. Das heißt Verantwortung zu über-
 359 nehmen.
 360
 361
 362
 363
 364
 365
 366
 367
 368
 369
 370
 371

men zum Klimaschutz und zur Anpassung an den
 Klimawandel zu finanzieren.

- Eindeutige politische Unterstützung der Protestbe-
 wegung im Iran gegen die Regierung in ihrem mu-
 tigen Kampf um Frauen- und Freiheitsrechte; diese
 politische Unterstützung sollte auch konkrete Maß-
 nahmen wie wirksame Sanktionen politisch Verant-
 wortlicher einschließen.
- Politische Unterstützung aller Maßnahmen der
 Staatengemeinschaft, die den unangefochtenen
 Fortbestand und die selbstbestimmte demokrati-
 sche Weiterentwicklung Taiwans verfolgen.
- Bei den Wirtschaftsbeziehungen mit China sind ein-
 seitige deutsche und europäische Abhängigkeiten
 bei wichtigen Rohstoffen, Vorprodukten etc. zu re-
 duzieren. Solchen Abhängigkeiten, die unsere politi-
 schen Spielräume beispielsweise in Bezug auf Men-
 schenrechte entscheidend einengen, ist durch Di-
 versifizierung u.a. in der Rohstoff- und Industriepo-
 litik zu begegnen, auch wenn dies zu Mehrkosten
 führt. Die Energieunabhängigkeit von Russland
 muss in Europa weiter konsequent vorangetrieben
 werden.
- Auch und gerade angesichts der jüngsten Regie-
 rungsbildung in Israel gelten für uns weiterhin die
 Sätze aus unserem Grundsatzprogramm von 2007:
 “Deutschland hat eine besondere Verantwortung
 für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen enga-
 gieren wir uns für einen umfassenden Frieden im
 Nahen Osten auf der Grundlage internationaler Ver-
 träge. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des
 palästinensischen Volkes und die Schaffung eines
 lebensfähigen palästinensischen Staates ein.”

5. Ausblick

Auch jenseits der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit
 muss die Zeitenwende sich in der deutschen EU-Politik in
 eine stärkere Integration und einer Beschleunigung des
 stockenden Erweiterungsprozesses übersetzen. Um das
 seit Jahren angestrebte Ziel qualifizierter Mehrheitsent-
 scheidungen in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Si-
 cherheitspolitik endlich zu erreichen, muss die Bundesre-
 gierung sich für eine Kompromissfindung öffnen. Das gilt
 auch in Hinblick auf Forderungen der Partner hinsichtlich
 der gemeinsamen Schuldenaufnahme und dauerhaft hö-
 herer Investitionen. Deutschland muss seine Rolle im Ge-
 füge einer nationalen, europäischen und globalen Sicher-
 heitsordnung finden. Das heißt Verantwortung zu über-
 nehmen.

Gesundheit**Antrag 78/II/2023****ASG Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Krankheit und Tod gehören zum Leben – Pallativ- und Hospizversorgung stärken!**

1 Die Sicherstellung einer würdevollen und qualitativ hoch-
 2 wertigen Versorgung von schwerkranken Menschen muss
 3 für uns als Gesellschaft eine wichtige Rolle einnehmen.
 4 Denn Krankheit und Tod gehören zum Leben dazu. Wir
 5 wollen, dass Menschen an ihrem Lebensende und diejeni-
 6 gen, die sich um sie kümmern, adäquat versorgt und be-
 7 treut werden.

8
 9 Wir fordern die SPD Berlin, die Mitglieder der SPD-Fraktion
 10 und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf,
 11 sich für folgende Forderungen einzusetzen:

- 12
 13 • Das Bewusstsein für die Bedeutung der Hospiz- und
 14 Palliativversorgung in der Gesellschaft soll durch Öff-
 15 fentlichkeitsarbeit und Informationsangebote des
 16 Landes Berlin gestärkt werden. Die Angebote der
 17 Hospiz- und Palliativversorgung müssen bekannter
 18 werden. Schwerkranke und Trauernde sind Teil un-
 19 serer Gesellschaft. Es gilt zu verhindern, dass sie an
 20 den Rand gedrängt oder "unsichtbar" werden. Wir
 21 wollen die Berliner Stadtgesellschaft für das Thema
 22 sensibilisieren.
- 23 • Angebote für Trauernde müssen Teil der sozialen In-
 24 frastruktur auf kommunaler Ebene sein. Das Land
 25 Berlin soll Angebote in den Bezirken und Kiezen un-
 26 terstützen, die sich dieser Arbeit widmen. Insbeson-
 27 dere sind bereits bestehende Angebote (Trauergrup-
 28 pen, Trauercafés, Trauerbegleitungen etc.) von sta-
 29 tionären Hospizen und ambulanten Hospizdiens-
 30 ten mit einzubeziehen. Die psychosoziale Betreu-
 31 ung von schwerkranken Menschen und ihren An-
 32 gehörigen sollte gestärkt werden. Hierzu muss der
 33 niedrigschwellige Zugang zu professionellen Bera-
 34 tungsstellen und psychologischen Diensten sicher-
 35 gestellt werden.
- 36 • Gute Arbeit benötigt auch eine ausreichende Fi-
 37 nanzierung. Auf Landesebene ist zu prüfen, welche
 38 Möglichkeiten bestehen, um Trauerarbeit zu bezu-
 39 schussen. Trauerarbeit ist auch Prävention! Durch
 40 Trauerarbeit können Folgeerkrankungen und Ar-
 41 beitsausfälle vermieden und reduziert werden.
- 42 • Eine effektive Hospiz- und Palliativversorgung er-
 43 fordert eine enge Zusammenarbeit zwischen ver-
 44 schiedenen Akteuren wie Behörden, Krankenkassen,
 45 Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Hausärzt*in-
 46 nen und ehrenamtlichen Helfer*innen. Daher soll-
 47 te der Ausbau von Netzwerken und Kooperations-
 48 strukturen durch das Land Berlin unterstützt wer-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Sicherstellung einer würdevollen und qualitativ hoch-
 wertigen Versorgung von schwerkranken Menschen muss
 für uns als Gesellschaft eine wichtige Rolle einnehmen.
 Denn Krankheit und Tod gehören zum Leben dazu. Wir
 wollen, dass Menschen an ihrem Lebensende und diejeni-
 gen, die sich um sie kümmern, adäquat versorgt und be-
 treut werden.

Wir fordern die SPD Berlin, die Mitglieder der SPD-Fraktion
 und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf,
 sich für folgende Forderungen einzusetzen:

- Das Bewusstsein für die Bedeutung der Hospiz- und Palliativversorgung in der Gesellschaft soll durch Öffentlichkeitsarbeit und Informationsangebote des Landes Berlin gestärkt werden. Die Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung müssen bekannter werden. Schwerkranke und Trauernde sind Teil unserer Gesellschaft. Es gilt zu verhindern, dass sie an den Rand gedrängt oder "unsichtbar" werden. Wir wollen die Berliner Stadtgesellschaft für das Thema sensibilisieren.
- Angebote für Trauernde müssen Teil der sozialen Infrastruktur auf kommunaler Ebene sein. Das Land Berlin soll Angebote in den Bezirken und Kiezen unterstützen, die sich dieser Arbeit widmen. Insbesondere sind bereits bestehende Angebote (Trauergruppen, Trauercafés, Trauerbegleitungen etc.) von stationären Hospizen und ambulanten Hospizdiensten mit einzubeziehen. Die psychosoziale Betreuung von schwerkranken Menschen und ihren Angehörigen sollte gestärkt werden. Hierzu muss der niedrigschwellige Zugang zu professionellen Beratungsstellen und psychologischen Diensten sichergestellt werden.
- Gute Arbeit benötigt auch eine ausreichende Finanzierung. Auf Landesebene ist zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um Trauerarbeit zu bezuschussen. Trauerarbeit ist auch Prävention! Durch Trauerarbeit können Folgeerkrankungen und Arbeitsausfälle vermieden und reduziert werden.
- Eine effektive Hospiz- und Palliativversorgung erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren wie Behörden, Krankenkassen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Hausärzt*innen und ehrenamtlichen Helfer*innen. Daher sollte der Ausbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen durch das Land Berlin unterstützt wer-

49 den. Der einjährige "Runde Tisch" Hospiz- und Pal-
 50 liativversorgung ist hierfür nicht ausreichend. Ziel
 51 muss es sein, einen barrierefreien Übergang zwi-
 52 schen den verschiedenen Versorgungsbereichen si-
 53 cherzustellen und die bestmögliche Betreuung für
 54 schwerkranke Menschen zu gewährleisten.
 55

den. Ziel muss es sein, einen barrierefreien Über-
 gang zwischen den verschiedenen Versorgungsbe-
 reichen sicherzustellen und die bestmögliche Be-
 treuung für schwerkranke Menschen zu gewährleis-
 ten.

Antrag 101/I/2023

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Kein catchiger Titel, aber dafür catchige Krankheiten: für Testmöglichkeiten von STIs

1 Sexuell übertragbare Krankheiten (STIs) kommen immer
 2 häufiger vor: In Deutschland hat sich die Zahl der Syphilis-
 3 Fälle in den Jahren von 2009 bis 2019 verdoppelt und
 4 seit 2001 sogar vervierfacht. Dass einige STIs auch über
 5 Oralsex übertragbar sind, ist oft unbekannt. Aufgrund
 6 der leichten Übertragbarkeit wäre es wichtig, sich vor
 7 allem bei wechselnden Sexualpartner*innen regelmäßig
 8 auf STIs zu testen, auch wenn keine Symptome auftreten.
 9 Leider ist das aufgrund verschiedener Hindernisse nicht
 10 die Lebensrealität vieler Menschen:
 11 Zum einen sind STIs weiterhin tabuisiert. Zudem sind STI-
 12 Tests nicht leicht zugänglich: Wenn man im Internet nach
 13 STI-Tests in Berlin sucht, erhält man viele kommerzielle
 14 Angebote wie private Testzentren oder Testkits für zu Hau-
 15 se, die über 100 Euro kosten.
 16 Zwar gibt es bereits einige sehr gute Angebote, zum Bei-
 17 spiel von der Berliner Aidshilfe oder dem Checkpoint (ei-
 18 nem Zentrum für sexuelle Gesundheit mit Test- und Be-
 19 handlungsangebote für STIs sowie Beratungsangebote
 20 zu sexueller Gesundheit, Chemsex/Substanzkonsum und
 21 queeren Themen), bei dem die Kosten für HIV-Tests, die
 22 meist zwischen 5 und 25 Euro liegen, erstattet werden
 23 können.
 24 Bislang gibt es außerdem die Möglichkeit von STI-
 25 Tests in den Gesundheitsämtern von vier Bezirken
 26 (Mitte, Marzahn-Hellersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg
 27 und Charlottenburg-Wilmersdorf) mit telefonischer
 28 Voranmeldung. HIV-Tests dort kosten 10 Euro für Zah-
 29 lungsunfähige.
 30 Die Kostenübernahme durch die Krankenkassen ist aller-
 31 dings in der Regel an das Vorliegen von Anzeichen einer STI
 32 gebunden bzw. wenn bei dem*der Sexpartner*in bereits
 33 eine STI festgestellt wurde. Es ist allerdings nicht immer
 34 so, dass die Anzeichen einer STI bemerkt oder als solche
 35 wahrgenommen werden. So können diese unbemerkt an
 36 weitere Personen übertragen werden. Es ist daher wich-
 37 tig präventiv die Möglichkeit zu haben, unabhängig vom
 38 Geldbeutel, einen STI-Test zu machen bevor es zur un-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Das Zentrum für sexuelle Gesundheit bietet HIV- und STI-
 Testungen, sowie gesundheitliche und psychosoziale Be-
 ratung zu sexuell übertragbaren Infektionen (STI) und HIV
 an. Diese Beratung steht allen Menschen offen und kann
 auch anonym in Anspruch genommen werden. Das Be-
 ratungsangebot sollte jedoch bekannter gemacht wer-
 den. Deshalb soll eine Informationskampagne des Landes
 Berlin und der Bundeszentrale für Gesundheitliche Auf-
 klärung (BzGA) gestartet werden, die neben Informatio-
 nen zu Testungen und Beratungsmöglichkeiten über den
 Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten und Infek-
 tionen informiert.

Das Testangebot für sexuell-übertragbare Krankheit soll-
 te in Berlin außerdem auch personell so ausgebaut wer-
 den, dass in jedem Bezirk eine Möglichkeit zur kosten-
 losen Testung besteht. Dies soll durch den Ausbau des
 öffentlichen Gesundheitsdienstes und die Förderung von
 unabhängigen gemeinnützigen Stellen, welche STI-Tests
 anonym und niedrigschwellig anbieten, erreicht werden.
 Das Land Berlin wird entsprechend aufgefordert, die För-
 derung von solchen Projekten in ausreichendem Maße zu
 erhöhen, sodass diese zukünftig höhere Kapazitäten für
 Tests bereitstellen können.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags und
 der Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür ein-
 zusetzen, dass die Kosten von STI-Tests auch ohne An-
 lass, also ohne Symptome bzw. STI-Nachweis bei Sexpart-
 ner*innen, von den Krankenkassen übernommen werden.
 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags und
 der Bundesregierung werden darüber hinaus aufgeford-
 ert, sich dafür einzusetzen, dass der Zugang zur HIV-
 Prophylaxe PrEP (Präexpositionsprophylaxe) allen Men-
 schen in Deutschland, unabhängig vom Sexualverhalten
 und vom Versicherungsstatus, auf Wunsch kostenlos zur
 Verfügung steht.

Über die Möglichkeit, eine HIV-Infektion durch PrEP oder
 durch medikamentöse Therapie (therapy as protection,
 TasP) zu vermeiden, muss intensiver aufgeklärt werden,

39 bemerkten Verbreitung bzw. auch Schäden durch Nicht-
40 Behandeln der Infektion kommt. Auch die vorhandenen
41 Strukturen und Angeboten müssen gestärkt und ausge-
42 baut werden, um Hürden wie lange Anfahrtswege und
43 überlastete Testkapazitäten zu senken.

44 Ein anonymes Testangebot bereitzustellen ist heutzutage
45 noch für viele Menschen wichtig. Offene, niedrighel-
46 lige Testangebote bieten in der Regel anonyme Tests an.
47 Sie auszubauen ist daher ein wichtiges Anliegen. Gera-
48 de auch, weil es ebenso Menschen gibt, die ohne gesetz-
49 liche Krankenversicherung ihr Leben bestreiten müssen
50 und daher diese niedrigheligen Testangebote benöti-
51 gen.

52 Epidemiologische Kennziffern verdeutlichen, dass FINTA*-
53 Personen sowie queere Menschen am häufigsten an STIs
54 leiden. Hinzu kommt auch, dass selbige oftmals sowieso
55 schlechteren Zugang zu medizinischer Infrastruktur ha-
56 ben. Die Ausweitung der Testmöglichkeiten stellt auch ei-
57 ne Möglichkeit da, die bestehende Stigmatisierung durch
58 sexuell-übertragbare Krankheiten weiter einzudämmen
59 und mehr Aufmerksamkeit für STIs zu erzeugen.

60 **Aus diesem Grund fordern wir, dass...**

- 61 • das Testangebot für sexuell-übertragbare Krankheit
62 so ausgebaut wird, dass in jedem Bezirk mindes-
63 tens eine Möglichkeit zur Testung besteht. Dies
64 soll möglich sein, durch unabhängige, gemein-
65 nützige und finanzierte Stellen, um die Kosten-
66 losigkeit zu gewährleisten. Entsprechend soll § 1
67 Gesundheitsdienst-Zuständigkeitsverordnung (GD-
68 ZustVO) angepasst werden.
- 69 • Es soll ein gesetzlicher Anspruch geschaffen wer-
70 den, sodass STI-Tests auch ohne Anlass, also oh-
71 ne Symptome bzw. STI-Nachweis bei Sexpartner*in,
72 von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen
73 werden.
- 74 • Das Land Berlin wird aufgefordert die Förderung von
75 Projekten, welche STI-Tests anonym und niedrig-
76 schwellig anbieten in dem Maße zu erhöhen, sodass
77 diese zukünftig höhere Kapazitäten für Tests bereit-
78 stellen können und diese kostenfrei in Anspruch ge-
79 nommen werden können
- 80 • die STI-Testung in ärztlichen Praxen mit infektiolo-
81 gischem Schwerpunkt für alle jederzeit zugänglich
82 ist und die Kosten für die Tests vollständig von der
83 Krankenkasse getragen werden.
- 84 • der Zugang zur HIV-Prophylaxe PrEP (Präexpositi-
85 onsprophylaxe) und die dauerhafte und vollständi-
86 ge Kostenübernahme durch Krankenkassen allen,
87 unabhängig vom Sexualverhalten, ermöglicht wird.
- 88 • Zielgruppenspezifische finanzielle Mittel für mehr
89 Aufklärung und Informationen zu Testzentren.

90 zusätzlich in allen Bildungseinrichtungen nicht-
91 stigmatisierende Bildungsangebote und Ansprech-
92 personen eingerichtet werden und auch außerhalb von
93 Bildungseinrichtungen Aufklärungsangebote ausgebaut

damit deutlich mehr Menschen davon profitieren können
– auch über die Gruppen hinaus, die die PrEP bereits nut-
zen.

94 werden.

|

Inneres / Recht**Antrag 96/II/2023****KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Raum für politische Arbeit schaffen!**

1 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus möge
 2 darauf hinwirken, dass ein Landesgesetz entworfen und
 3 dem Berliner Abgeordnetenhaus zur Abstimmung vor-
 4 gelegt wird, nach dem öffentliche Einrichtungen wie
 5 Rathäuser, Verwaltungen, Schulen, öffentliche Nachbar-
 6 schaftseinrichtungen sowie Körperschaften des öffentli-
 7 chen Rechts und öffentlich-rechtliche Stiftungen des Lan-
 8 des Berlin verpflichtet werden, politischen Parteien unter
 9 Beachtung der Vorgaben von § 5 Absatz 1 ParteienG sowie
 10 nach Maßgabe der Geeignetheit und entsprechend vor-
 11 handener Kapazitäten in angemessenem Umfang Räume
 12 für die politische Arbeit und für politische Veranstaltun-
 13 gen zur Verfügung zu stellen, wenn durch diese nicht zu
 14 befürchten ist, dass die öffentliche Sicherheit und Ord-
 15 nung gefährdet wird.

16

Begründung

18 Politische Parteien brauchen Räume, um in Parteiver-
 19 sammlungen den nach Art. 21 GG vorgegebenen Wil-
 20 lensbildungsprozess vorzubereiten und abzustimmen. Für
 21 diese parteiöffentlichen Veranstaltungen, aber auch für
 22 öffentliche Parteiveranstaltungen zur Kommunikation
 23 politischer Ziele und zur Diskussion mit den Bürgerinnen
 24 und Bürgern, stehen in vielen Bezirken Berlins kaum Räu-
 25 me zur Verfügung. SPD-Abteilungen sind daher oft ge-
 26 zwungen, Räume (z.B. in Restaurants) anzumieten, die
 27 weder die Teilöffentlichkeit sicher gewährleisten können
 28 noch die erforderliche Anzahl an Versammlungen ermög-
 29 lichen, weil die Parteikassen dies nicht zulassen. Auch ist
 30 die Nutzung der Räume oft an eine Verzehrpflicht gekop-
 31 pelt, was die Partizipation an der politischen Arbeit zu-
 32 sätzlich erschwert. Der politische Willensbildungsprozess
 33 kann nicht von den finanziellen Möglichkeiten der politi-
 34 schen Gliederungen oder seiner Mitglieder abhängig ge-
 35 macht werden. Der Staat ist verpflichtet, den politischen
 36 Willensbildungsprozess zu ermöglichen und zu fördern.
 37 Daher ist es erforderlich, dass das Land Berlin politischen
 38 Parteien unter bestimmten (aber vertretbaren) Vorausset-
 39 zungen Räumlichkeiten für die politische Willensbildung
 40 zur Verfügung stellt. Dafür soll ein Landesgesetz den Rah-
 41 men schaffen, das den Vorgaben von Art. 21 GG und § 5
 42 Absatz 1 ParteienG gerecht wird, aber auch die Interes-
 43 sen der öffentlichen Einrichtungen selbst berücksichtigt.
 44 So könnte politischen Parteien, die Räume beanspruchen,
 45 aber vom Verfassungsschutz beobachtet werden, eine Be-
 46 weislast übertragen werden, dass von der konkret geplan-
 47 ten Veranstaltung keine Gefahr für die öffentliche Sicher-
 48 heit und Ordnung ausgeht.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus möge
 darauf hinwirken, dass ein Landesgesetz entworfen und
 dem Berliner Abgeordnetenhaus zur Abstimmung vor-
 gelegt wird, nach dem öffentliche Einrichtungen wie
 Rathäuser, Verwaltungen, Schulen, öffentliche Nachbar-
 schaftseinrichtungen sowie Körperschaften des öffentli-
 chen Rechts und öffentlich-rechtliche Stiftungen des Lan-
 des Berlin verpflichtet werden, politischen Parteien unter
 Beachtung der Vorgaben von § 5 Absatz 1 ParteienG sowie
 nach Maßgabe der Geeignetheit und entsprechend vor-
 handener Kapazitäten in angemessenem Umfang Räume
 für die politische Arbeit und für politische Veranstaltun-
 gen zur Verfügung zu stellen, wenn durch diese nicht zu
 befürchten ist, dass die öffentliche Sicherheit und Ord-
 nung gefährdet wird und Kapazitäten frei sind sowie keine
 Konflikte unterschiedlicher zeitgleicher Nutzergruppen zu
 erwarten sind.

Digital / Medien / Datenschutz**Antrag 105/II/2023****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Solidarität mit der kritischen Presse**

1 In einer freiheitlichen Demokratie ist die freie Presse ein
2 zentraler Baustein. Vor allem die kritische Berichterstat-
3 tung über staatliche Stellen gehört zu den essenziellen
4 Aufgaben der Presse in einer Demokratie. Hierbei muss si-
5 chergestellt sein, dass weder das berichterstattende Me-
6 dium noch die recherchierenden Personen Repressionen
7 und staatliche Verfolgung befürchten müssen.

8
9 Die internationale NGO „Reporter ohne Grenzen“ stuft
10 die Lage der Pressefreiheit in Deutschland im Jahr 2022
11 zum wiederholten Mal in Folge herab, im internationa-
12 len Vergleich rangiert Deutschland damit auf Platz 21 von
13 180 Ländern. Ein ausschlaggebender Punkt sind vermeh-
14 rte körperliche Übergriffe auf Medienschaffende. Die Orga-
15 nisation hat mit 103 Angriffen auf Medienschaffende im
16 Jahr 2022 einen Höchststand verzeichnet. Die große Mehr-
17 heit dieser Fälle fand in verschwörungsideologischen, an-
18 tisemitischen und extrem rechten Kontexten statt. Be-
19 fragte angegriffene Journalist*innen beklagen sich häufig
20 darüber, dass Angriffe auf Medienschaffende von Polizei
21 und Justiz häufig nicht verfolgt werden. Auf Demonstra-
22 tionen fühlen sich Berichterstattende von der Polizei zu
23 wenig geschützt, ein Drittel der Befragten sagte aus, dass
24 auf Demonstrationen anwesende Polizist:innen den An-
25 griffen tatenlos zugesehen oder den Berichterstattenden
26 die Schuld gegeben hätten. Auch von tätlichen Angriffen,
27 die von Polizeiangehörigen ausgingen, wurde berichtet.

28
29 Die SPD Berlin hat daher auf ihrem Landesparteitag 2022
30 beschlossen, sich für ein regelmäßiges Austauschformat
31 zwischen Presse, Polizei und Politik einzusetzen, bei dem
32 das Geschehen auf Demonstrationen reflektiert und auch
33 die Arbeit der Polizei kritisch hinterfragt werden soll.

34
35 Die kritische Berichterstattung auch über die Polizei muss
36 Medienvertreter:innen ohne Angst vor negativen Folgen
37 möglich sein. Mit Bestürzen stellen wir fest, dass es zu-
38 letzt in Berlin zu einem Fall kam, bei dem ein Journal-
39 list aufgrund einer Berichterstattung über einen Polizis-
40 ten aus dem extrem rechten und verschwörungsideologi-
41 schen Milieu angeklagt wurde und sich nun vor Gericht
42 verteidigen muss. Der Bericht informierte über die poli-
43 tischen Verbindungen des Berliner Polizisten, der bei der
44 AfD aktiv ist und sich während der Coronapandemie im
45 Kommunalparlament geweigert hatte, der Maskenpflicht
46 Folge zu leisten. Außerdem wurden Verbindungen des Po-
47 lizisten ins Milieu der sogenannten Querdenker aufge-
48 deckt. Infolge der Berichterstattung zeigte der Polizist den

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

In einer freiheitlichen Demokratie ist die freie Presse ein zentraler Baustein. Vor allem die kritische Berichterstattung über staatliche Stellen gehört zu den essenziellen Aufgaben der Presse in einer Demokratie. Hierbei muss sichergestellt sein, dass weder das berichterstattende Medium noch die recherchierenden Personen Repressionen und staatliche Verfolgung befürchten müssen.

Die internationale NGO „Reporter ohne Grenzen“ stuft die Lage der Pressefreiheit in Deutschland im Jahr 2022 zum wiederholten Mal in Folge herab, im internationalen Vergleich rangiert Deutschland damit auf Platz 21 von 180 Ländern. Ein ausschlaggebender Punkt sind vermehrte körperliche Übergriffe auf Medienschaffende. Die Organisation hat mit 103 Angriffen auf Medienschaffende im Jahr 2022 einen Höchststand verzeichnet. Die große Mehrheit dieser Fälle fand in verschwörungsideologischen, antisemitischen und extrem rechten Kontexten statt. Befragte angegriffene Journalist*innen beklagen sich häufig darüber, dass Angriffe auf Medienschaffende von Polizei und Justiz häufig nicht konsequent verfolgt werden. Auf Demonstrationen fühlen sich Berichterstattende von der Polizei teilweise zu wenig geschützt.

Die SPD Berlin hat daher auf ihrem Landesparteitag 2022 beschlossen, sich für ein regelmäßiges Austauschformat zwischen Presse, Polizei und Politik einzusetzen, bei dem das Geschehen auf Demonstrationen reflektiert und auch die Arbeit der Polizei kritisch hinterfragt werden soll. Die SPD Berlin begrüßt, dass die Innensenatorin die Vorschläge aufgegriffen hat.

Eine freie und kritische Berichterstattung - auch über die Polizei und die Justiz - muss Medienvertreter:innen ohne Angst vor negativen Folgen möglich sein.

Rechtsextremismus hat in dieser Gesellschaft keinen Platz und darf in Sicherheitsbehörden nicht toleriert werden. Strafanzeigen gegen Journalist:innen sind ein bekanntes Mittel aus dem rechten Milieu, um kritische Berichterstattung zu verhindern und die Pressefreiheit einzuschränken. Rechtsstaatliche Mittel dürfen nicht missbraucht werden um gegen freie Berichterstattung vorzugehen und oder Journalist*innen an ihrer Arbeit zu hindern.

Die SPD setzt sich für freie Berichterstattung ein, auch wenn sie polizeikritisch ist. Einschüchterungsversuche gegen Journalist:innen, die auf Missstände innerhalb der Po-

49 Journalisten an, der daraufhin ein Schreiben des Landes-
50 kriminalamtes erhielt.

51

52 Wir beobachten diesen Vorgang mit großer Sorge und
53 stellen uns in Solidarität hinter das betroffene Presseme-
54 dium und den angeklagten Journalisten. Rechtsextremis-
55 mus hat in dieser Gesellschaft keinen Platz und darf in Si-
56 cherheitsbehörden nicht toleriert werden.

57

58 Strafanzeigen gegen Journalist:innen sind ein bekanntes
59 Mittel aus dem rechten Milieu, um kritische Berichterstat-
60 tung zu verhindern und die Pressefreiheit einzuschränken.

61

62 Rechtsstaatliche Mittel dürfen nicht missbraucht werden
63 um gegen freie Berichterstattung vorzugehen und oder
64 Journalist*innen an ihrer Arbeit zu hindern.

65

66 Die SPD setzt sich für freie Berichterstattung ein, insbe-
67 sondere wenn sie polizeikritisch ist. Einschüchterungsver-
68 suche durch haltlose Ermittlungen gegen Journalist:in-
69 nen, die auf Missstände innerhalb der Polizei hinweisen,
70 darf es nicht geben. Die Pressefreiheit ist die unverzicht-
71 bare Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.

72

73 Wir als Sozialdemokratische Partei setzen uns für die Freie
74 Presse und die Arbeit der Journalist:innen ein. Wir verur-
75 teilen jegliche Versuche, eine freie Berichterstattung be-
76 hindern zu wollen.

izei hinweisen, darf es nicht geben. Strafrechtliche Er-
mittlungsverfahren dürfen nur eingeleitet werden, wenn
ein Anfangsverdacht für eine Straftat vorliegt. Die Presse-
freiheit ist die unverzichtbare Voraussetzung für eine le-
bendige Demokratie.

Wir als Sozialdemokratische Partei setzen uns für die Freie
Presse und die Arbeit der Journalist:innen ein. Wir verur-
teilen jegliche Versuche, eine freie Berichterstattung be-
hindern zu wollen.

Kultur**Antrag 174/II/2022****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für Medien ohne Kapitalismus: Öffentlich-rechtlichen Rundfunk zukunftssicher und gerecht finanzieren**

1 Nach dem zweiten Weltkrieg, in dem Propaganda über
 2 die neu aufkommenden Massenmedien eine zentrale Rol-
 3 le bei der Verbreitung des menschenfeindlichen und an-
 4 tisemitischen Weltbildes der Nationalsozialist*innen hat-
 5 te, wurde das Rundfunksystem in Deutschland neu aufge-
 6 baut. Nach dem Vorbild der britischen BBC entstand auch
 7 in der Bundesrepublik ein duales Rundfunksystem. Das
 8 bedeutet, dass es neben kapitalistisch finanzierten Medi-
 9 enunternehmen auch Rundfunkmedien gibt, die nicht pri-
 10 mär den Logiken des Kapitalismus unterworfen sind, son-
 11 dern größtenteils durch die Öffentlichkeit finanziert wer-
 12 den.

13
 14 Die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird
 15 vertraglich zwischen den Bundesländern in einem Staats-
 16 vertrag geregelt. Im Zuge der fortschreitenden Digitali-
 17 sierung auch in der Medienbranche wurde dieser 2020
 18 als Medienstaatsvertrag neu abgeschlossen - früher hieß
 19 es nur Rundfunkstaatsvertrag. In diesem Medienstaats-
 20 vertrag wird die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rund-
 21 funks definiert als "Medium und Faktor des Prozesses frei-
 22 er individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wir-
 23 ken und dadurch die demokratischen, sozialen und kul-
 24 turellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen". Damit
 25 wird an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk höhere ge-
 26 sellschaftliche und demokratische Ansprüche gestellt als
 27 an privatwirtschaftlich finanzierte Medienunternehmen.

28
 29 Zu Beginn des öffentlich-rechtlichen Rundfunks be-
 30 schränkte sich das Angebot vor allem auf Radiosender
 31 sowie das Fernsehprogramm der ARD (Arbeitsgemein-
 32 schaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der
 33 Bundesrepublik Deutschland). Zur Umsetzung des recht-
 34 lichen Auftrags wurde das Angebot stetig ausgeweitet.
 35 Mittlerweile umfasst es diverse Fernsehprogramme,
 36 Radiosender, sowie Angebote wie funk, die ausschließlich
 37 im Internet ausgestrahlt werden.

38
 39 Mit dieser Ausweitung und der gestiegenen Konkurrenz
 40 durch private Rundfunkanbieter*innen sowie den zuneh-
 41 menden feindlichen Bewegungen gegen freie Medien
 42 und deren Berichterstattung - insbesondere gegen den
 43 öffentlich-rechtlichen Rundfunk - entbrennen immer wie-
 44 der Diskussionen über die Sinnhaftigkeit des öffentlich-
 45 rechtlichen Rundfunks. Diese machen sich ebenfalls oft an
 46 der Finanzierung fest, sowie an der angeblich mangeln-
 47 den Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Nach dem zweiten Weltkrieg, in dem Propaganda über
 die neu aufkommenden Massenmedien eine zentrale Rol-
 le bei der Verbreitung des menschenfeindlichen und an-
 tisemitischen Weltbildes der Nationalsozialist*innen hat-
 te, wurde das Rundfunksystem in Deutschland neu aufge-
 baut. Nach dem Vorbild der britischen BBC entstand auch
 in der Bundesrepublik ein duales Rundfunksystem. Das
 bedeutet, dass es neben kapitalistisch finanzierten Medi-
 enunternehmen auch Rundfunkmedien gibt, die nicht pri-
 mär den Logiken des Kapitalismus unterworfen sind, son-
 dern größtenteils durch die Öffentlichkeit finanziert wer-
 den.

Die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird
 vertraglich zwischen den Bundesländern in einem Staats-
 vertrag geregelt. Im Zuge der fortschreitenden Digitali-
 sierung auch in der Medienbranche wurde dieser 2020
 als Medienstaatsvertrag neu abgeschlossen - früher hieß
 es nur Rundfunkstaatsvertrag. In diesem Medienstaats-
 vertrag wird die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rund-
 funks definiert als "Medium und Faktor des Prozesses frei-
 er individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wir-
 ken und dadurch die demokratischen, sozialen und kul-
 turellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen". Damit
 wird an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk höhere ge-
 sellschaftliche und demokratische Ansprüche gestellt als
 an privatwirtschaftlich finanzierte Medienunternehmen.

Zu Beginn des öffentlich-rechtlichen Rundfunks be-
 schränkte sich das Angebot vor allem auf Radiosender
 sowie das Fernsehprogramm der ARD (Arbeitsgemein-
 schaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der
 Bundesrepublik Deutschland). Zur Umsetzung des recht-
 lichen Auftrags wurde das Angebot stetig ausgeweitet.
 Mittlerweile umfasst es diverse Fernsehprogramme,
 Radiosender, sowie Angebote wie funk, die ausschließlich
 im Internet ausgestrahlt werden.

Mit dieser Ausweitung und der gestiegenen Konkurrenz
 durch private Rundfunkanbieter*innen sowie den zuneh-
 menden feindlichen Bewegungen gegen freie Medien
 und deren Berichterstattung - insbesondere gegen den
 öffentlich-rechtlichen Rundfunk - entbrennen immer wie-
 der Diskussionen über die Sinnhaftigkeit des öffentlich-
 rechtlichen Rundfunks. Diese machen sich ebenfalls oft an
 der Finanzierung fest, sowie an der angeblich mangeln-
 den Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

48 Obwohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen klaren
 49 rechtlichen Auftrag durch die Bundesländer bekommt,
 50 ist er dennoch unabhängig von politischer Einflussnahme.
 51 Dies ergibt sich aus Artikel 5 des Grundgesetzes, der
 52 die Staatsferne des Rundfunks sowie die Pressefreiheit
 53 schützt. Zwar gibt es immer wieder - berechnigte - Kri-
 54 tik an der Zusammensetzung der Aufsichtsgremien, wie
 55 dem ZDF-Fernsehrat, in dem auch Politiker*innen vertre-
 56 ten sind. Dennoch ist die Berichterstattung des öffentlich-
 57 rechtlichen Rundfunks unabhängig von politischer - und
 58 auch weitestgehend auch kapitalistischer - Einflussnah-
 59 me.

60

61 Diese Staatsferne zeigt sich auch in der Finanzierung der
 62 öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die im Rund-
 63 funkfinanzierungsstaatsvertrag geregelt wird. Die Höhe
 64 des finanziellen Bedarfs des öffentlich-rechtlichen Rund-
 65 funks wird von der Kommission zur Überprüfung und Er-
 66 mittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF)
 67 festgelegt. Die Kommission, deren Mitglieder unabhängige
 68 Sachverständige sind und von den Regierungschef*in-
 69 nen der Länder berufen werden, gibt den Regierungen der
 70 Bundesländer alle zwei Jahre Auskunft über die finanzi-
 71 elle Situation der Bundesländer. Dabei gibt sie abwech-
 72 selnd einen Zwischenbericht oder eine Empfehlung zur
 73 Beitragshöhe ab. Die Beitragshöhe wird nach der Empfeh-
 74 lung der KEF durch die Landesparlamente verabschiedet.
 75 Allerdings wird auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk
 76 teilweise (unter zehn Prozent) durch Werbung und Spon-
 77 soring mitfinanziert. Somit werden ca. 90 Prozent der Ein-
 78 nahmen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus den
 79 Gebühren der Allgemeinheit generiert.

80

81 Wer diese Gebühr entrichten muss, hat sich in der Ver-
 82 gangenheit ebenfalls geändert. Zunächst musste die Ge-
 83 bühr nur entrichtet werden, wenn es ein Rundfunkge-
 84 rät in einem Haushalt gab. Durch die Digitalisierung und
 85 der Tatsache, dass die meisten Menschen mindestens ein
 86 Endgerät zur Verfügung haben, um Rundfunk zu empfan-
 87 gen, wurde dies 2010 in eine Haushaltspauschale - un-
 88 abhängig von der Anzahl der Rundfunkgeräte - umge-
 89 stellt. Seit 2013 muss jeder Haushalt in Deutschland den
 90 gleichen Rundfunkbeitrag errichten. Ausnahmen gibt es
 91 dabei u.a. für Sozialhilfeempfänger*innen, sowie Bafög-
 92 Empfänger*innen, Empfänger*innen der Grundsicherung.
 93 Menschen, die Wohngeld beziehen oder Arbeitslosengeld
 94 I sind allerdings zur Entrichtung der Gebühr verpflichtet.
 95 Zwar gibt es die Möglichkeit einen Härtefallantrag zu stel-
 96 len. Das Problem, dass alle - unabhängig vom Einkommen
 97 - die gleiche Gebühr entrichten müssen, bleibt dennoch.
 98 Für Menschen mit geringem Einkommen können die mo-
 99 natliche Abgabe von 18,36€ durchaus eine massive finan-
 100 zielle Belastung darstellen, während es für andere über-
 101 haupt kein Problem darstellt.

102

Obwohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen klaren
 rechtlichen Auftrag durch die Bundesländer bekommt,
 ist er dennoch unabhängig von politischer Einflussnahme.
 Dies ergibt sich aus Artikel 5 des Grundgesetzes, der
 die Staatsferne des Rundfunks sowie die Pressefreiheit
 schützt. Zwar gibt es immer wieder - berechnigte - Kri-
 tik an der Zusammensetzung der Aufsichtsgremien, wie
 dem ZDF-Fernsehrat, in dem auch Politiker*innen vertre-
 ten sind. Dennoch ist die Berichterstattung des öffentlich-
 rechtlichen Rundfunks unabhängig von politischer - und
 auch weitestgehend auch kapitalistischer - Einflussnah-
 me.

Diese Staatsferne zeigt sich auch in der Finanzierung der
 öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die im Rund-
 funkfinanzierungsstaatsvertrag geregelt wird. Die Höhe
 des finanziellen Bedarfs des öffentlich-rechtlichen Rund-
 funks wird von der Kommission zur Überprüfung und Er-
 mittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF)
 festgelegt. Die Kommission, deren Mitglieder unabhängige
 Sachverständige sind und von den Regierungschef*in-
 nen der Länder berufen werden, gibt den Regierungen der
 Bundesländer alle zwei Jahre Auskunft über die finanzi-
 elle Situation der Bundesländer. Dabei gibt sie abwech-
 selnd einen Zwischenbericht oder eine Empfehlung zur
 Beitragshöhe ab. Die Beitragshöhe wird nach der Empfeh-
 lung der KEF durch die Landesparlamente verabschiedet.
 Allerdings wird auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk
 teilweise (unter zehn Prozent) durch Werbung und Spon-
 soring mitfinanziert. Somit werden ca. 90 Prozent der Ein-
 nahmen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus den
 Gebühren der Allgemeinheit generiert.

Wer diese Gebühr entrichten muss, hat sich in der Ver-
 gangenheit ebenfalls geändert. Zunächst musste die Ge-
 bühr nur entrichtet werden, wenn es ein Rundfunkge-
 rät in einem Haushalt gab. Durch die Digitalisierung und
 der Tatsache, dass die meisten Menschen mindestens ein
 Endgerät zur Verfügung haben, um Rundfunk zu empfan-
 gen, wurde dies 2010 in eine Haushaltspauschale - un-
 abhängig von der Anzahl der Rundfunkgeräte - umge-
 stellt. Seit 2013 muss jeder Haushalt in Deutschland den
 gleichen Rundfunkbeitrag errichten. Ausnahmen gibt es
 dabei u.a. für Sozialhilfeempfänger*innen, sowie Bafög-
 Empfänger*innen, Empfänger*innen der Grundsicherung.
 Menschen, die Wohngeld beziehen oder Arbeitslosengeld
 I sind allerdings zur Entrichtung der Gebühr verpflichtet.
 Zwar gibt es die Möglichkeit einen Härtefallantrag zu stel-
 len. Das Problem, dass alle - unabhängig vom Einkommen
 - die gleiche Gebühr entrichten müssen, bleibt dennoch.
 Für Menschen mit geringem Einkommen können die mo-
 natliche Abgabe von 18,36€ durchaus eine massive finan-
 zielle Belastung darstellen, während es für andere über-
 haupt kein Problem darstellt.

103 **Trotz dieser Ungerechtigkeit in der Finanzierung ist für**
 104 **uns klar, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein zen-**
 105 **traler Pfeiler der Demokratie ist.** Ohne freie Medien ist
 106 ein demokratischer Diskurs und demokratische Entschei-
 107 dungen nicht möglich. Anders als private Rundfunkanbieter
 108 muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht um aus-
 109 bleibende Finanzierung fürchten, wenn kritisch über Wirt-
 110 schaftsthemen berichtet wird oder bestimmte Einschalt-
 111 quoten verfehlt werden. Durch die öffentliche Finanzie-
 112 rung wird darüber hinaus eine Themen- und Programm-
 113 vielfalt sichergestellt, die im privat-finanzierten Rundfunk
 114 aufgrund des Drucks der Einschaltquoten keinen Bestand
 115 hätten. Durch die sichergestellte Finanzierung wird au-
 116 ßerdem Journalist*innen die Möglichkeit gegeben, lang-
 117 fristig und investigativ zu recherchieren. So können se-
 118 riöse Informationen generiert werden, die insbesonde-
 119 re in den heutigen Zeiten, in denen Fake News zur Ta-
 120 gesordnung gehören, von besonderer Relevanz sind. **Wir**
 121 **sprechen uns entschieden gegen neoliberale Ideen aus,**
 122 **die die Privatisierung oder Abschaffung des öffentlich-**
 123 **rechtlichen Rundfunks fordern.** Diese Tendenzen sind al-
 124 lerdings durchaus ernst zu nehmen. So wird nach Wil-
 125 len der britischen Regierung die BBC ab 2027 nicht mehr
 126 über Gebühren finanziert, sondern durch Abonnements
 127 und Teilprivatisierung. Auch in Deutschland kam es 2020
 128 zu einem Eklat, als sich der Ministerpräsident Sachsen-
 129 Anhalts, Reiner Haseloff (CDU) gegen die von der KEF
 130 beschlossene Erhöhung der Rundfunkgebühr stellte und
 131 dies nicht im Landtag zur Abstimmung brachte. Erst nach
 132 einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde der
 133 Beitrag vorläufig erhöht.

134
 135 **Wir erkennen an, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk**
 136 **auch in Deutschland nicht frei von Fehlern ist. Anstatt ihn**
 137 **aber aufgrund seiner ungerechten Finanzierung abschaf-**
 138 **fen zu wollen, wollen wir die Finanzierung reformieren,**
 139 **um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gerechter und**
 140 **unabhängiger zu finanzieren. So wollen wir sicherstellen,**
 141 **dass der wichtige Beitrag, den der öffentlich-rechtliche**
 142 **Rundfunk für die Demokratie leistet, auch weiter geleis-**
 143 **tet werden kann.**

144
 145 Die offensichtlichste Lösung wäre es, den Rundfunkbei-
 146 trag in eine Steuer umzuwandeln. Dies ist allerdings nicht
 147 möglich, da eine 'normale' Steuer, gegen die in Artikel
 148 5 des Grundgesetzes festgeschriebene und enorm wich-
 149 tige Staatsferne des Rundfunks verstoßen würde. Aller-
 150 dings gibt es in Deutschland bisher eine 'Steuer', deren
 151 Höhe ebenfalls nicht von der Politik festgelegt wird -
 152 die Kirchensteuer. Die Höhe dieser wird seitens der je-
 153 weiligen Religionsgemeinschaft selbst festgelegt und von
 154 den Finanzämtern gegen eine Gebühr eingezogen. Die-
 155 sen Weg wollen wir auch für den öffentlich-rechtlichen
 156 Rundfunk einschlagen. Die Einflussnahme des Staates ist
 157 dabei weiterhin so gering wie möglich zu halten. Beson-

Trotz dieser Ungerechtigkeit in der Finanzierung ist für
uns klar, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein zen-
traler Pfeiler der Demokratie ist. Ohne freie Medien ist
 ein demokratischer Diskurs und demokratische Entschei-
 dungen nicht möglich. Anders als private Rundfunkanbieter
 muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht um aus-
 bleibende Finanzierung fürchten, wenn kritisch über Wirt-
 schaftsthemen berichtet wird oder bestimmte Einschalt-
 quoten verfehlt werden. Durch die öffentliche Finanzie-
 rung wird darüber hinaus eine Themen- und Programm-
 vielfalt sichergestellt, die im privat-finanzierten Rundfunk
 aufgrund des Drucks der Einschaltquoten keinen Bestand
 hätten. Durch die sichergestellte Finanzierung wird au-
 ßerdem Journalist*innen die Möglichkeit gegeben, lang-
 fristig und investigativ zu recherchieren. So können se-
 riöse Informationen generiert werden, die insbesonde-
 re in den heutigen Zeiten, in denen Fake News zur Ta-
 gesordnung gehören, von besonderer Relevanz sind. **Wir**
sprechen uns entschieden gegen neoliberale Ideen aus,
die die Privatisierung oder Abschaffung des öffentlich-
rechtlichen Rundfunks fordern. Diese Tendenzen sind al-
 lerdings durchaus ernst zu nehmen. So wird nach Wil-
 len der britischen Regierung die BBC ab 2027 nicht mehr
 über Gebühren finanziert, sondern durch Abonnements
 und Teilprivatisierung. Auch in Deutschland kam es 2020
 zu einem Eklat, als sich der Ministerpräsident Sachsen-
 Anhalts, Reiner Haseloff (CDU) gegen die von der KEF
 beschlossene Erhöhung der Rundfunkgebühr stellte und
 dies nicht im Landtag zur Abstimmung brachte. Erst nach
 einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde der
 Beitrag vorläufig erhöht.

Wir erkennen an, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk
auch in Deutschland nicht frei von Fehlern ist. Anstatt ihn
aber aufgrund seiner ungerechten Finanzierung abschaf-
fen zu wollen, wollen wir die Finanzierung reformieren,
um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gerechter und
unabhängiger zu finanzieren. So wollen wir sicherstellen,
dass der wichtige Beitrag, den der öffentlich-rechtliche
Rundfunk für die Demokratie leistet, auch weiter geleis-
tet werden kann.

Die offensichtlichste Lösung wäre es, den Rundfunkbei-
 trag in eine Steuer umzuwandeln. Dies ist allerdings nicht
 möglich, da eine 'normale' Steuer, gegen die in Artikel
 5 des Grundgesetzes festgeschriebene und enorm wich-
 tige Staatsferne des Rundfunks verstoßen würde. Aller-
 dings gibt es in Deutschland bisher eine 'Steuer', deren
 Höhe ebenfalls nicht von der Politik festgelegt wird -
 die Kirchensteuer. Die Höhe dieser wird seitens der je-
 weiligen Religionsgemeinschaft selbst festgelegt und von
 den Finanzämtern gegen eine Gebühr eingezogen. Die-
 sen Weg wollen wir auch für den öffentlich-rechtlichen
 Rundfunk einschlagen. Die Einflussnahme des Staates ist
 dabei weiterhin so gering wie möglich zu halten. Beson-

158 ders vor dem Hintergrund, dass der öffentlich-rechtliche
 159 Rundfunk durch die Allgemeinheit finanziert wird und ei-
 160 ne tragende Säule unserer Demokratie ist, ist Vorwürfen
 161 von Missbrauch der Rundfunkgelder entschieden nach-
 162 zugehen. Dies betrifft insbesondere die aktuelle Situati-
 163 on um die ehemalige Intendantin des rbb, Patricia Schle-
 164 singer. Die mutmaßliche Ausgabe von Rundfunkgeldern
 165 für private Luxusessen und teure Dienstwagen ist nicht
 166 hinzunehmen. Hier bedarf es einer nachhaltigen Aufklä-
 167 rung der Vorwürfe sowie einer Analyse und einer Reflexi-
 168 on der Prozesse, die die Nutzung und Verteilung von finan-
 169 ziellen Mitteln im rbb genehmigen und kontrollieren sol-
 170 len. Es muss klar sein, dass die größtmögliche Transparenz
 171 in der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
 172 notwendig ist. Die Gelder, die durch die Rundfunkbeiträge
 173 generiert werden, müssen zwingend transparent, verant-
 174 wortungsbewusst und bedarfsgerecht verteilt werden.

175

176 Konkret fordern wir daher die sozialdemokratischen Mit-
 177 glieder der Landesparlamente auf, darauf hinzuwirken,
 178 dass

179

- 180 • die KEF den Rundfunkbeitrag zukünftig als Pro-
 181 zentzahl in Relation zum Einkommen festlegt wird.
 182 Der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag ist ent-
 183 sprechend zu ändern.
- 184 • die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rund-
 185 funks so zu gestalten, dass zukünftig eine Finanzie-
 186 rung ohne Werbe- und Sponsoringeinnahmen mög-
 187 lich ist.
- 188 • die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rund-
 189 funks auch zukünftig sichergestellt wird.
- 190 • ein transparenter, verantwortungsvoller und be-
 191 darfsgerechter Umgang mit den Beitragsgeldern
 192 gewährleistet wird.

ders vor dem Hintergrund, dass der öffentlich-rechtliche
 Rundfunk durch die Allgemeinheit finanziert wird und ei-
 ne tragende Säule unserer Demokratie ist, ist Vorwürfen
 von Missbrauch der Rundfunkgelder entschieden nach-
 zugehen. Dies betrifft insbesondere die aktuelle Situati-
 on um die ehemalige Intendantin des rbb, Patricia Schle-
 singer. Die mutmaßliche Ausgabe von Rundfunkgeldern
 für private Luxusessen und teure Dienstwagen ist nicht
 hinzunehmen. Hier bedarf es einer nachhaltigen Aufklä-
 rung der Vorwürfe sowie einer Analyse und einer Reflexi-
 on der Prozesse, die die Nutzung und Verteilung von finan-
 ziellen Mitteln im rbb genehmigen und kontrollieren sol-
 len. Es muss klar sein, dass die größtmögliche Transparenz
 in der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
 notwendig ist. Die Gelder, die durch die Rundfunkbeiträge
 generiert werden, müssen zwingend transparent, verant-
 wortungsbewusst und bedarfsgerecht verteilt werden.

Konkret fordern wir daher die sozialdemokratischen Mit-
 glieder der Landesparlamente auf, darauf hinzuwirken,
 dass

- die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rund-
 funks auch zukünftig sichergestellt wird.
- ein transparenter, verantwortungsvoller und be-
 darfsgerechter Umgang mit den Beitragsgeldern
 gewährleistet wird.

Antrag 109/II/2023

SPDqueer Berlin LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Queere Geschichte bewahren und für alle zugänglich machen: ein zentrales queeres Archiv für Berlin aufbauen

1 Unter Federführung des Berliner Senats und in Koope-
 2 ration mit der*dem Queerbeauftragten, dem Schwulen
 3 Museum*, den Universitäten und Hochschulen und an-
 4 deren Einrichtungen mit Beständen zur Berliner quee-
 5 ren Geschichte soll eine Projektgruppe eingerichtet wer-
 6 den, die darauf abzielt, die Archivbestände zur quee-
 7 ren Geschichte Berlins in einem einzelnen Katalog zu er-
 8 schließen, wissenschaftlich aufzuarbeiten und womög-
 9 lich in einem gemeinschaftlichen Archiv zusammenzu-
 10 führen. Letzteres ist durch die Projektgruppe zu prüfen. Als
 11 Grundlage könnte hierbei der bereits sehr umfangreiche

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Wir fordern vom Berliner Senat unter Einbindung der An-
 sprechperson Queeres Berlin und in enger Kooperation
 mit dem Schwulen Museum*, dem Spinnboden Lesben-
 archiv, der Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft, dem FFBIZ-
 Archiv, den Universitäten und Hochschulen und an-
 deren Einrichtungen mit Beständen zur Berliner queeren
 Geschichte die Einrichtung einer Projektgruppe, die dar-
 auf abzielt, die Archivbestände zur queeren Geschichte
 Berlins in einem einzelnen Katalog zu erschließen, wis-
 senschaftlich aufzuarbeiten und gegebenenfalls in einem
 gemeinschaftlichen Archiv zusammenzuführen. Letzte-

12 Bestand des Schwulen Museums* dienen. Die Sammlung
13 soll explizit alle Bereiche queeren Lebens repräsentieren
14 und abdecken. Zudem muss die Arbeit zur Aufarbeitung
15 der Archivbestände ausreichend unterstützt und geför-
16 dert werden, dafür braucht es zusätzliche Stellen, die über
17 dauerhafte Sachmittelförderung unbürokratisch den Trä-
18 ger*innen dieser Einrichtungen, allen voran dem Schwu-
19 len Museum*, finanziell ermöglicht werden. Die Archiv-
20 bestände sollen in einem Onlinekatalog einsehbar und so
21 für Forschende und Interessierte niedrigschwellig zu sich-
22 ten sein. Die Ergebnisse der Projektgruppe sollen darüber
23 hinaus in einer wissenschaftlichen Fachpublikation und
24 niedrigschwelligen Informationsmaterialien verschiede-
25 nen Zielgruppen zugänglich gemacht werden.

26

27 **Begründung**

28 Berlin ist eine der wichtigsten Städte der queeren Eman-
29 zipationsbewegung des 19., 20. und 21. Jahrhunderts.
30 Viele Einrichtungen sammeln Quellen, Nachlässe, Publi-
31 kationen und sonstige historische Artefakte. Die Arbeit
32 ist allerdings dezentral organisiert und findet oft neben
33 den regulären Aufgaben der Einrichtungen statt. Das Ar-
34 chiv des Schwulen Museums*, beispielsweise, hat mit ca.
35 1.500.000 Archivalien die größte Sammlung an Dokumen-
36 ten und Realien zur LGBTIQ*-Geschichte in Deutschland.
37 Dennoch lag ihr Fokus lange auf (männlicher) Homose-
38 xualität und Teile der Community werden in geringerem
39 Maße abgebildet. Dokumente zu lesbischer, trans* und in-
40 tergeschlechtlicher Geschichte wurden lange Zeit in ande-
41 ren Zusammenhängen, bspw. im Kontext der Frauenbe-
42 wegung, gesammelt und sind darum teils verstreut. Um
43 eine umfassende Repräsentation der queeren Emanzipa-
44 tionsgeschichte Berlins zu gewährleisten, muss ein geziel-
45 ter Sammlungs-, Dokumentations- und Erschließungspro-
46 zess stattfinden.

res ist durch die Projektgruppe zu prüfen. Als Grundla-
ge könnte hierbei der bereits sehr umfangreiche Bestand
des Schwulen Museums* dienen. Die Sammlung soll ex-
plizit alle Bereiche queeren Lebens repräsentieren und ab-
decken. Zudem muss die Arbeit zur Aufarbeitung der Ar-
chivbestände ausreichend unterstützt und gefördert wer-
den, dafür braucht es zusätzliche Stellen, die über dau-
erhafte Sachmittelförderung unbürokratisch den Träger*in-
nen dieser Einrichtungen, allen voran dem Schwulen Mu-
seum*, finanziell ermöglicht werden. Die Archivbestän-
de sollen in einem Onlinekatalog einsehbar und so für
Forschende und Interessierte niedrigschwellig zu sich-
ten sein. Die Ergebnisse der Projektgruppe sollen darüber
hinaus in einer wissenschaftlichen Fachpublikation und
niedrigschwelligen Informationsmaterialien verschiede-
nen Zielgruppen zugänglich gemacht werden.

Mobilität

Antrag 116/II/2023

KDV Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Grenzenloser Bahnverkehr in Europa

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des
2 Deutschen Bundestages und des EU- Parlaments auf, sich
3 für die Einführung eines einheitlichen europäischen Bu-
4 chungssystems für den Bahnverkehr einzusetzen. Es soll
5 dadurch möglich sein, unkompliziert auf jedem Vertriebs-
6 weg ein Ticket zu erwerben, dass durchgängig von ei-
7 nem europäischen Startbahnhof zu einem europäischen
8 Zielbahnhof gültig ist. Hierdurch wird nicht nur der Bu-
9 chungsvorgang vereinfacht, sondern auch im Falle ei-
10 nes verpassten Anschlusszuges die Haftung durch die
11 Bahnbetreiber übernommen und eine tragbare sowie zu-
12 zahlungsfreie Alternativverbindung für die Kundin bzw.
13 den Kunden ermöglicht. Mit dieser Maßnahme kann der
14 grenzüberschreitende Bahnverkehr attraktiver gestaltet
15 und damit ein essenzieller Beitrag zum Erreichen der Kli-
16 maziele und zur Umsetzung des „New Green Deals“ ge-
17 leistet werden.

18

19 Begründung

20 In Zeiten der Klimakrise ist notwendig die Treibhausgas-
21 emissionen zu reduzieren, vor allem im Mobilitätssektor.
22 Viele Europäer*innen wollen dies auch privat umsetzen:
23 mit Bahn statt Auto. Da viele von ihnen europäisch den-
24 ken, ist ihre Mobilität bei Geschäfts- und Urlaubsreisen
25 auch europäisch.

26

27 Leider sind viele Bahngesellschaften immer noch natio-
28 nal denkend aufgestellt und agierend. Hierbei ist es oft
29 schwierig bis nicht möglich, grenzüberschreitende Fahr-
30 karten zu erwerben. Oft geschieht das nur für Teilab-
31 schnitte und man muss separat weitere Tickets erwerben.
32 Oft ist dies nur schwer möglich und eine gewisse Kenntnis
33 ist oft notwendig, um dies zu schaffen. Vor allem bei Fahr-
34 ten in Länder, die nicht mehr direkte Nachbarländer sind,
35 ist dies oft schwierig.

36

37 Bei dem aktuellen Buchungssystem wird zudem das Risiko
38 eines verpassten Anschlusses auf den Kunden übertragen,
39 der dann sich oft ein neues Ticket zu sehr hohen Kosten
40 selber kaufen muss. Dies schreckt viele potenzielle Kun-
41 den zurecht ab und motiviert zu einem Umstieg aufs Auto
42 oder Flugzeug.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und des EU- Parlaments auf, sich für die Einführung eines einheitlichen europäischen Buchungssystems für den Bahnverkehr einzusetzen und sicherzustellen, dass deutsche Eisenbahnunternehmen das unterstützen und sich daran beteiligen. Es soll dadurch möglich sein, unkompliziert auf jedem Vertriebsweg ein Ticket zu erwerben, dass durchgängig von einem europäischen Startbahnhof zu einem europäischen Zielbahnhof gültig ist. Hierdurch wird nicht nur der Buchungsvorgang vereinfacht, sondern auch im Falle eines verpassten Anschlusszuges die Haftung durch die Bahnbetreiber übernommen und eine tragbare sowie zahlungsfreie Alternativverbindung für die Kundin bzw. den Kunden ermöglicht. Mit dieser Maßnahme kann der grenzüberschreitende Bahnverkehr attraktiver gestaltet und damit ein essenzieller Beitrag zum Erreichen der Klimaziele und zur Umsetzung des „New Green Deals“ geleistet werden.

Antrag 146/I/2023**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Verkehrswende in Berlin – Schienen-Kapazität der Stadtbahn ausbauen!**

1 Die Abgeordneten der SPD auf Bezirks- und Landesebene
 2 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass zur
 3 Unterstützung der Verkehrswende in und um Berlin die
 4 Kapazität der Gleisanlagen auf der Berliner Stadtbahn
 5 deutlich ausgebaut wird. Ziel muss sein, die Beförderungskapazität
 6 auf der Stadtbahn für den Regional und Fernverkehr
 7 bis 2030 um mindestens 30% zu erhöhen.

8

Begründung

10 Nicht erst seit Einführung des Berliner 29-Euro Tickets und
 11 demnächst dem bundesweiten 49 Euro-Ticket wird deutlich,
 12 dass die Beförderungskapazität im schienengebundenen
 13 Regional- und Fernverkehr nicht ausreicht, um die
 14 Voraussetzungen für die Verkehrswende zu schaffen.

15 Zu den Verkehrsspitzenzeiten sind die Regionalzüge nicht
 16 nur auf der Stadtbahn permanent überfüllt, es können
 17 aber auch kaum neue Kapazitäten – also zusätzliche Züge
 18 - angeboten werden, weil die Stadtbahn voll ausgelastet
 19 ist.

20 Selbst ein im Winterfahrplan 2022/23 von der Deutschen
 21 Bahn eingesetzter ICE vom Bahnhof Zoo nach Köln musste
 22 wegen Kapazitätsengpässen vorläufig wieder eingestellt
 23 werden.

Die SPD-Mitglieder in Abgeordnetenhaus und Bundestag werden aufgefordert, in Abstimmung mit den SPD-Abgeordneten aus Brandenburg sich dafür einzusetzen, durch Digitalisierung des Signal- und Zugbeeinflussungssystems die Beförderungskapazität auf der Stadtbahn zu erhöhen. Durch den Einbau des europäischen Zugbeeinflussungssystems ETCS (European Train Control System) ist die Kapazität um 20-30% zu erhöhen. Gleichzeitig sind die radialen Zufahrtsstrecken auf die Stadtbahn (z.B. die Strecke Frankfurt/Oder - Stadtbahn - Magdeburg und Stadtbahn - Spandau - Rathenow/Nauen) mit ETCS auszurüsten. Zur Finanzierung ist wie bei der Strecke Angermünde - Stettin das EU-Förderinstrument CEF zu nutzen, da die Stadtbahn Bestandteil des Transeuropäischen Vorrangnetzes ist.

Antrag 147/I/2023**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Beschleunigung des Straßenbahnverkehrs – Optimierung bestehender Systeme**

1 Die SPD-Pankow setzt sich auf Bezirks- und Landesebene
 2 dafür ein, der SPD-Landesverband Berlin setzt sich auf
 3 Landesebene dafür ein, dass
 4 • die Berliner Verkehrsverwaltung umgehend dafür
 5 sorgt, dass die Ampelschaltungen der Straßenbahn
 6 absolute Vorfahrt gewähren.
 7 • das Liniennetz der Straßenbahn durch Einbau zusätzlicher
 8 Abbiegemöglichkeiten zur Ermöglichung
 9 neuer Linienführungen ergänzt wird.

10

11

Begründung

13 Die Straßenbahninfrastruktur ist ein wichtiges Element
 14 im Portfolio des Öffentlichen Personennahverkehrs Berlins.
 15 Vor dem Hintergrund des desaströsen Bauschadens
 16 am U-Bahnhof Alexanderplatz der U-Bahnlinie U2 haben
 17 die Verbindungen mit der Straßenbahn für die Menschen
 18 in Pankow noch höhere Bedeutung bekommen. Der um-

Der SPD-Landesverband Berlin setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass

- die Berliner Verkehrsverwaltung umgehend dafür sorgt, dass die Ampelschaltungen der Straßenbahn möglichst Vorfahrt gewähren.
- das Liniennetz der Straßenbahn bei Bedarf durch Einbau zusätzlicher Abbiegemöglichkeiten zur Ermöglichung neuer Linienführungen ergänzt wird.

19 weltfreundlichere Straßenbahnverkehr ist im Verkehrs-
20 fluss im Vergleich zu dem CO-2-intensiven Individualver-
21 kehr zu priorisieren.

Soziales

Antrag 127/II/2023

KDV Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Sonnencreme für alle

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des AGH mögen ver-
2 anlassen, dass geprüft wird, ob und wie Sonnenschutz-
3 creme an städtischen Hotspots und anderen öffentlichen
4 Flächen, Einrichtungen und Schulen kostenfrei bereitge-
5 stellt werden kann.

6

7 **Begründung**

8 Hautkrebs ist derzeit auf dem Vormarsch und eincremen
9 ist der beste Schutz. Sonnenmilch ist jedoch sehr teuer, so
10 dass sich diesen Schutz nicht jede*r leisten kann. Dabei ist
11 es wichtig, dass sich insbesondere bereits Kinder ans ein-
12 schmieren mit Sonnenmilch gewöhnen.

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Kampf gegen Hautkrebs - Sonnencreme für alle

Hautkrebs ist auf dem Vormarsch und der Hauptrisikofaktor hierfür ist übermäßige Sonneneinstrahlung, angezeigt durch Sonnenbrände insbesondere in Kindheit und Jugend. Der beste Schutz dagegen sind die Vermeidung von übermäßiger Sonneneinstrahlung sowie Sonnenschutz durch entsprechende Kleidung und die Verwendung von Sonnenschutzcreme.

Um das Bewusstsein hierfür noch deutlicher in der Bevölkerung zu verankern, fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats sowie die SPD-Abgeordnetenhausfraktion auf zu prüfen, ob und wie folgende Maßnahmen in den sonnenreichen Monaten vor Ort in den beliebtesten öffentlichen Berlins Erholungsgebieten (z.B. öffentliche Grünflächen und Parks, Frei- und Strandbäder etc.) umgesetzt werden können:

1. eine verstärkte Aufklärungskampagne durch Aufklärung vor Ort
2. dauerhafte Warnhinweise vor Ort (z.B. an Kiosken, an Zäunen oder mit selbststehenden Schildern)
3. Verteilaktionen von (in diesem Fall kostenloser) Sonnencreme insbesondere für Familien mit Kindern und für Jugendliche
4. die Sicherstellung eines entsprechenden Warenangebots an Sonnenschutzcremes an vorhandenen Verkaufsstellen (Kioske etc.)

Darüber hinaus soll

1. die Verteilung von Infomaterial regelmäßig zu Beginn der sonnenreichen Monate und zu Beginn der Sommerferien über die Berliner Kindertagesstätten und die Berliner Schulen

geprüft werden.